

Petra Hätscher

Das Öffentliche Bibliothekswesen Berlins von 1961 bis 1989

Ein Strukturvergleich am Beispiel der Bibliotheken der Bezirke Kreuzberg und Mitte

Seit der deutschen Vereinigung sind für das Berliner Öffentliche Bibliothekswesen einschneidende Veränderungen eingetreten. Die Zusammenführung der Berliner Verwaltung erforderte auch ein Nachdenken über die zukünftige Organisation des Öffentlichen Bibliothekwesens. Die wichtigsten Entscheidungen sind gefallen. Zwei Bibliothekssysteme, in denen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zu finden waren, sollten zu einer Einheit verbunden werden. Der Strukturvergleich setzt die historisch entstandenen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zueinander in Beziehung und begreift sie als gewachsenes Ergebnis im jeweiligen (bibliotheks)politischen Umfeld. Die wesentlichen Strukturunterschiede werden vor dem Hintergrund der beiden deutschen Staaten herausgearbeitet. Sie werden konkret dargestellt am Beispiel von zwei Berliner Stadtbezirken, Kreuzberg für Westberlin und Mitte für Ostberlin. Im Mittelpunkt stehen der Organisationsaufbau und bibliothekspolitische Entscheidungs- und Zielsetzungsprozesse.

Berlin Public Libraries from 1961 to 1989

German reunification has brought great change to Berlin's public libraries. Here in one metropolis two different city governments and their administrations must grow into one as must their two library systems. The article compares the history of Kreuzberg's (West) library organizational structure to Mitte's (East) and depicts each system in its own political context.

Les bibliothèques publiques de Berlin de 1961 à 1989

Depuis la réunification de l'Allemagne il y a eu des changements radicaux pour les bibliothèques publiques de Berlin. Pareillement aux gouvernements municipaux et leurs administrations qui doivent se rejoindre les deux systèmes de bibliothèque se trouvent devant la même tâche. L'article compare l'histoire du système de Kreuzberg (Ouest) et celui de Berlin-Centre (Est) en présentant les deux systèmes chacun dans son propre contexte.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	155
2 Das Berliner Öffentliche Bibliothekswesen bis 1961	156
3 1961-1989: Von Mauerbau bis Mauerfall	162
4 Schlußbemerkungen	176
Anlagen	179
Literaturverzeichnis	184

1 Einleitung*

Seit der Vereinigung am 03.10.1990 sind auch für das Berliner Öffentliche Bibliothekswesen einschneidende Veränderungen eingetreten. Die Zusammenführung der Berliner Verwaltung aus Magistrat (Ost) und Senat (West) zum neuen Gesamtberliner Senat bedeutete die Zusammenführung der für Bibliotheken zuständigen Referate und Abteilungen, vor allem aber auch ein Nachdenken über die zukünftige Organisation des Öffentlichen Bibliothekswesens.

Die wichtigsten Entscheidungen über die Struktur und Weiterentwicklung sind inzwischen gefallen. Doch heißt das nicht, daß die Umsetzung immer den theoretischen Konzepten entsprach und reibungslos funktionierte. Zwei Systeme, die sich seit 1949 und besonders nochmals seit dem Bau der Mauer 1961 getrennt entwickel-

ten, sollten zu einer Einheit im Berliner Bibliotheksnetz verbunden werden – zwei Systeme, in denen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zu finden waren. Der Strukturvergleich setzt die historisch entstandenen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zueinander in Beziehung und begreift sie als gewachsenes Ergebnis im jeweiligen (bibliotheks)politischen Umfeld.

Eingangs wird ein Überblick über die Geschichte der Berliner Öffentlichen Bibliotheken von den Anfängen 1850 bis zum Mauerbau 1961 gegeben. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Zeit von 1949 bis 1961, als die beiden Stadthälften und damit auch die Bibliothekssysteme in die neugegründeten deutschen Staaten eingebunden wurden. Für Ostberlin gehe ich ausführlich auf die bibliothekspolitischen Veränderungen in der DDR ein, da sie maßgeblichen Einfluß auf die Bibliotheksentwicklung der Stadt hatten. Für Westberlin bleibt die Darstellung dagegen auf die Stadt begrenzt, da es keine länderübergreifende Gesetzgebung im kultur- und bildungspolitischen Bereich gibt.

* Die vorliegende Untersuchung wurde als Hausarbeit zur Laufbahnprüfung für den höheren Bibliotheksdienst im Herbst 1992 bei der Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen in Köln angefertigt. Sie wird hier in überarbeiteter Fassung mit Genehmigung des staatlichen Prüfungsausschusses veröffentlicht.

Das zentrale dritte Kapitel gibt für den Untersuchungszeitraum 1961 bis 1989 erst eine Einordnung in die Entwicklung der jeweiligen Bibliothekslandschaft, soweit sie Öffentliche Bibliotheken betrifft, um anschließend anhand der beiden Bezirke Kreuzberg für Westberlin und Mitte für Ostberlin Strukturunterschiede und -gemeinsamkeiten der bezirklichen Bibliothekssysteme zu zeigen. Dabei beschränke ich mich weitgehend auf den Organisationsaufbau und bibliothekspolitische Entscheidungs- und Zielsetzungsprozesse. Fragen nach Bestandsaufbau, Personalsituation usw. werden nur bei Bedarf gestreift.

Das Schlußkapitel beginnt mit der vergleichenden Zusammenfassung, in der die wesentlichen Strukturunterschiede exemplarisch herausgearbeitet werden. Abschließend erfolgt noch ein kurzer Ausblick über 1989 hinaus, der die Veränderungen umreißt, die seitdem stattgefunden haben.

Für die allgemeinen historischen Darstellungen stütze ich mich auf gedruckte Quellen und Sekundärliteratur. Die Untersuchung der Strukturmerkmale der Stadtbibliothek Kreuzberg beruht weitgehend auf Verwaltungsakten des Bibliotheksamtes Kreuzberg und auf Gesprächen mit Bibliothekarinnen und Bibliothekaren im Bezirk. Die Erhebung für die Stadtbezirksbibliothek Mitte basiert auf Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und auf ausführlichen Gesprächen mit Bibliothekarinnen; des weiteren wird häufig auf übergeordnete Verordnungen zurückgegriffen.

Ein Problem stellt die Terminologie dar. Die Bezeichnung für die Öffentlichen Bibliotheken – wie ich sie im eigenen Text überwiegend und Ost-West-übergreifend nenne – wechselte sowohl im Westen als auch im Osten: Von der Volksbücherei über Stadtbücherei zur Stadtbibliothek im Westen, zur Staatlichen Allgemeinbibliothek und Stadtbezirksbibliothek im Osten, jeweils mit Zwischenstufen und Mischformen. Für den jeweiligen Zeitraum verwende ich dann die offizielle Terminologie, wenn der Kontext es erfordert, und die heutige Form „Öffentliche Bibliothek“.

2 Das Berliner Öffentliche Bibliothekswesen bis 1961

2.1 Entwicklung bis 1945

Die ersten vier Volksbibliotheken Berlins wurden 1850 auf Initiative des Historikers und Politikers Friedrich von Raumer gegründet.¹ In einer zweiten Gründungswelle wurden zwischen 1865 und 1880 insgesamt 20 neue Bibliotheken im damaligen Berliner Stadtgebiet² eingerichtet. Als 1890 Arend Buchholtz zum Stadtbibliothekar ernannt wurde, erlebte das Bibliothekswesen einen entscheidenden Aufschwung. Er veranlaßte die Gründung von Lesehallen nach dem Vorbild der 1895 eröffneten Lesehalle der „Gesellschaft für ethische Kultur“.

In den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden auch in den umliegenden Städten und Gemeinden zahlreiche Volksbibliotheken und Lesehallen gegründet, so zum Beispiel in Wilmersdorf 1893, in Tempelhof 1894 und in Charlottenburg 1898.

Zum 50jährigen Jubiläum im Jahr 1900 gab es in Berlin 27 Volksbibliotheken und 6 Lesehallen. 1901 beschloß

die Stadtverordnetenversammlung auf Anregung von Buchholtz die Einrichtung einer zentralen Stadtbibliothek, die dann 1907 mit einem Bestand von 85 000 Bänden eröffnete. Buchholtz war dabei maßgeblich von Vorbildern aus den USA und England beeinflusst. Die Stadtbibliothek wurde kommunale bezirksübergreifende Zentralbibliothek mit angegliederten Zweigstellen.

Das Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin von 1920 schuf die sogenannte „dezentralisierte Einheitsgemeinde“. Damit sollte bei der Entstehung Groß-Berlins ein Kompromiß geschaffen werden zwischen „dem Modell einer straff zentralistischen Einheitsgemeinde und dem Modell einer Gesamtgemeinde aus assoziierten, jedoch selbständigen Gemeinden“³. Hier liegen die Wurzeln für die „bis heute wirksame Tradition starker bezirklicher Selbstverwaltung auch und gerade im Kulturbereich“⁴. Die Stadt wurde in 20 neue Verwaltungsbezirke aufgegliedert, die sich zum Teil an die alten Verwaltungsgrenzen der Städte und Gemeinden anlehnten. Die Stadtbibliothek blieb noch bis 1926 Zentrale für die alten Berliner Stadtbezirke, danach mußten diese 6 Bezirke – ebenso wie die anderen 14 schon seit 1920 – die Volksbibliotheken unter ihre eigene Regie stellen und ihr bisheriges gemeinsames Bibliothekssystem aufgeben. Damit war die Anbindung des Berliner Öffentlichen Bibliothekswesens an die Bezirke festgelegt, die dezentralen Strukturen in diesem Bereich hatten sich klar herausgebildet.

Nach 1933 wurde der Versuch unternommen, die bezirklichen Bibliotheken durch die Einrichtung eines Stadtamtes für Kunst und Bildungswesen stärker zu zentralisieren, doch ergab sich letztendlich auch zwischen 1933 und 1945 keine einschneidende Strukturveränderung auf der allgemeinen Organisationsebene.⁵

2.2 1945-1961

2.2.1 1945-1949: Neuanfänge

Auch wenn die Zeit zwischen 1945 und 1949 in der Berliner Geschichte der Öffentlichen Bibliotheken keineswegs nur als Interregnum bezeichnet werden kann, sondern eine bedeutsame historische Periode darstellt, so ist hier nicht der Raum, ausführlich darüber zu schrei-

1 Die heutige Friedrich-von-Raumer-Bücherei in der Kreuzberger Dudenstraße 18-20 läßt sich auf die 1. und 4. Raumersche Volksbücherei zurückführen; vgl. auch Anhang 3: Chronik der Stadtbücherei Kreuzberg. Im folgenden Text stütze ich mich im wesentlichen auf: Holzhausen, Hans Dieter: 125 Jahre Berliner Öffentliche Büchereien (1850-1975). In: Öffentliche Büchereien in Berlin. Arbeitsbericht. 1975. S. 5-8. Pilzer, Harald: Das Öffentliche Bibliothekswesen Berlins in der Weimarer Republik. In: Bibliothek 12 (1988) S. 3-34. Anderhub, Andreas: Die Berliner Öffentlichen Bibliotheken. In: Berliner Öffentliche Bibliotheken. Hrsg. vom DBV, Landesverband Berlin. Berlin 1988. S. 46-49.

2 Das alte Berliner Stadtgebiet bis 1920 umfaßte die heutigen Bezirke Friedrichshain, Kreuzberg, Mitte, Prenzlauer Berg, Tiergarten und Wedding.

3 Pilzer (Anm. 1) S. 8 ff.

4 Anderhub (Anm. 1) S. 46.

5 Auf die Veränderungen in den Bereichen Personalpolitik, Aussonderung von Beständen, Bestandspolitik usw. kann ich hier nicht näher eingehen.

ben. Ich beschränke mich auf einen kurzen Überblick der wesentlichen Ereignisse.⁶

Die Innenstadtgebiete Berlins waren von den Folgen des Krieges stärker betroffen als die Randlagen, so daß man auch für das Öffentliche Bibliothekswesen von größeren Verlusten in der City und den angrenzenden Bezirken sprechen muß; die westlichen Bezirke standen besser da.⁷ Auch die Berliner Stadtbibliothek hatte schwere Kriegsschäden zu verzeichnen, so daß die Lage insgesamt sehr schlecht aussah.⁸

Im Mai 1945 wurde durch den Sowjetischen Stadtkommandanten ein neuer Magistrat eingesetzt und mit der Neuinstallation einer zivilen Verwaltung begonnen. Ende Mai 1945 nahm auch das Amt für Büchereiwesen bei der Abteilung Volksbildung des Magistrats von Berlin die Arbeit auf.⁹ Im September 1945 erfolgte ein Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), Marschall Shukow, zur Ablieferung und Einziehung sämtlichen Schrifttums nazistischen und militaristischen Inhalts aus öffentlichen und privaten Büchereien.¹⁰ Dem folgte 1946 die Bestätigung durch einen vergleichbaren Befehl des Alliierten Kontrollrats.¹¹ In Ostberlin wurde die Aussonderung anhand einer Magistratsliste¹² vorgenommen, die jedoch in den Westbezirken nicht anerkannt wurde.¹³ Selbstverständlich wurden jedoch auch in den Westsektoren Bestände gemäß dem Befehl des Kontrollrats ausgesondert, zum Teil zogen sich die Arbeiten bis in den Beginn der 50er Jahre hinein.

1946 wurde eine vorläufige Verfassung verkündet, die wieder die Zweiteilung der Verwaltung in Magistrats- und Bezirksebene festlegte.

Die allgemeine politische Situation in Berlin verschlechterte sich im Verlauf der Jahre 1947/48 erheblich.¹⁴ Die Differenzen im Magistrat und die Blockade Berlins führten im November 1948 zur Teilung der Stadtregierung. Der 1946 demokratisch gewählte, danach aber vor allem nach Ausscheiden der Sowjets aus der Alliierten Kommandantur der Stadt nur bedingt arbeitsfähige Magistrat verlegte seinen Sitz nach Westberlin; in Ostberlin bildeten die kommunistischen Abgeordneten eine „Außerordentliche Stadtversammlung“. Das Amt für Büchereiwesen siedelte mit dem Leiter Fritz Moser in den Westen um, der Referatsleiter für Volksbüchereien, Erich Schröter, blieb im Osten.

Seit dieser Spaltung 1948 und spätestens mit Gründung der Bundesrepublik am 23.05.1949 und der DDR am 07.10.1949 veränderte sich für Berlin die politische Landschaft entscheidend. Der Ostsektor und die drei Westsektoren wurden in das Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem des jeweiligen deutschen Staates eingegliedert. Der Vier-Mächte-Status existierte zwar noch, faktisch wurden aber die Stadthälften als Teil der beiden Staaten begriffen, auch wenn sich die Gesetzgebung formal jeweils auf ganz Berlin bezog.

2.2.2 West-Berlin 1949-1961 (1965)¹⁵: Das „Berliner Bibliotheksgesetz“

Nach der Teilung der Stadt 1948/49 wurden in Westberlin die Senatsbehörden¹⁶ neu aufgebaut, da die zentrale Verwaltung im Ostteil der Stadt lag. In Ablösung des Amtes für Büchereiwesen in Ostberlin wurde ein Bibliotheksreferat bei der Senatsverwaltung für Volksbildung¹⁷

eingerrichtet, das allerdings nur bedingte Zuständigkeit für das Westberliner Öffentliche Bibliothekswesen hatte. Aufgrund der historisch gewachsenen zweistufigen Ver-

6 Ausführliche Darstellungen finden sich bei Pilzer, Harald: „Die Berliner Situation ist nicht mit Mitteln von gestern zu bewältigen.“ Die Öffentlichen Bibliotheken in Berlin (West) zwischen 1945 und 1965. In: Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945-1965. Wiesbaden 1993. S. 127-161. Greguletz, Alexander: Literarische Säuberungen und ihre politischen Metamorphosen im Bibliothekswesen der DDR 1945 bis 1949. In: Buch und Bibliothek 42 (1990) S. 412-416, 534-538. Marks, Erwin: Zur Geschichte und Wirksamkeit des Amtes für Büchereiwesen Berlin (1945-1956). Berlin 1988. Im übrigen sei darauf verwiesen, daß die Bibliothekspolitik der Alliierten in Deutschland ein Untersuchungsfeld ist, auf dem neue Ergebnisse auf der 6. Jahrestagung des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Bibliotheksgeschichte 1990 vorgestellt wurden. In einer Zusammenfassung schreibt Arnold, Werner: Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945 bis 1965. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 37 (1990) S. 392-398: „Die stärkste Korrektur am gängigen Geschichtsbild brachte wohl Volodin mit dem Hinweis an, daß die sowjetische Hilfe in den offiziellen Darstellungen stark übertrieben hervorgehoben wird, denn zu jener Zeit habe die Sowjetunion auf dem Gebiet der Bibliotheksverwaltung gegenüber Deutschland eher die Rolle des Schülers als des Lehrers eingenommen. Die Aussonderungen von NS-Literatur ... wurden ferner dazu genutzt, um ideologisch mißliebige Literatur zu entfernen.“ (S. 397)

7 Vgl. Pilzer (Anm. 6) S. 129.

8 Vgl. Steinberg, Heinz: Büchereigesetz. In: Berlins Öffentliche Bibliotheken. Arbeitsbericht 1955/56 (1956) S. 9-12; Hauke, Walter: Die Entwicklung der Berliner Volksbüchereien von 1945 bis 1950. In: Festschrift der Stadt Berlin zum hundertjährigen Bestehen der Volksbüchereien. Berlin 1950. S. 27-48.

9 Vgl. Marks (Anm. 6) S. 10. Der erste Leiter war Erich Kürschner, weitere Mitarbeiter waren Gerhard Hermann und Lotte Bergtel-Schleif. Sie war zuständig für den Neuaufbau der bezirklichen Volksbüchereien. Nach einem Stellenwechsel Kürschners übernahm Fritz Moser die Leitung des Amtes, zuständig für die Volksbibliotheken wurde Erich Schröter, Bergtel-Schleif wechselte an die neugegründete Berliner Büchereischule als hauptamtliche Leiterin. Vgl. Marks (Anm. 6) S. 20-21.

10 Vgl. Schumann, Ilse: Zur Tätigkeit der SMAD beim Aufbau der Bibliotheken nach 1945. In: Bibliothekar 39 (1985) S. 155-160; Pilzer (Anm. 6) S. 130.

11 Vgl. Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters. Kontrollrat, Befehl Nr. 4. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 7, 31.5.1946, S. 151-152. Abänderung in Amtsblatt Nr. 10, 31.8.1946, S. 172.

12 Vgl. Verzeichnis der auszusondernden Literatur. Hrsg. von der Abteilung Volksbildung im Magistrat der Stadt Berlin. Berlin 1946.

13 Vgl. hierzu Marks (Anm. 6) S. 18-19, der ein Schreiben des Volksbildungsdezernenten von Wilmersdorf an alle Buchhändler und Leihbüchereien des Bezirks vom 29.7.1946 zitiert, in dem es heißt: „Die ‚Schwarze Liste des Magistrats‘ ist für die Aussonderung der Literatur nicht maßgebend.“

14 Vgl. Ribbe, Wolfgang: Kleine Berlin-Geschichte. 2. Aufl. Berlin 1989. S. 196-204.

15 Der Zeitschnitt 1961 wird hier teilweise überschritten, da der Zehnjahresplan für Bibliotheken 1955-1965 sinnvollerweise in der Analyse nicht geteilt werden sollte.

16 Bis 1950 hießen sie noch Magistratsverwaltungen.

17 Der Name der Senatsverwaltung wechselt im Laufe der Jahre. Heute ist das Bibliotheksreferat bei der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten angesiedelt, das aus dem Zuständigkeitsbereich der Senatsschulverwaltung herausgelöst wurde.

waltung mit Senatshauptverwaltung und Bezirksverwaltungen mit eingeschränktem kommunalem Selbstverwaltungsrecht war und ist das Öffentliche Bibliothekswesen weitgehend den Bezirken unterstellt, soweit nicht Fragen von Gesamtberliner Interesse berührt sind.¹⁸ Die Verwaltungsstrukturen auf Bezirksebene waren 1948 schon weitgehend arbeitsfähig und damit auch die Ämter für Büchereiwesen bei den Volksbildungsstadträten der Bezirke. Personal war ausreichend vorhanden, da viele Fachkräfte bei der Teilung der Stadt auf einen Arbeitsplatz im Westen wechseln wollten.¹⁹

In Westberlin bestand zur 100-Jahr-Feier der Öffentlichen Bibliotheken Berlins kein Grund zum Feiern, wie auch noch 1954 deutlich wurde:

„Wer das Volksbüchereiwesen grundsätzlich für ein notwendiges Mittel der Volksbildung hält, muß feststellen, daß Berlins Volksbüchereien gegenwärtig die Aufgabe nicht voll erfüllen, die ihnen im Rahmen der Erwachsenen- und Jugendbildung gestellt ist.“²⁰

Die Haushaltssituation der Stadt war miserabel, was sich deutlich auf den Bestandsaufbau auswirkte.

„Nominell waren die Buchbestände der öffentlichen Bibliotheken in den West-Berliner Stadtbezirken nahezu wieder auf dem Niveau der Vorkriegszeit; ihr eklatanter Mangel bestand in Qualität und Aktualität. Vieles war trotz Veralterung nicht ausgeschieden worden, knappe Etats hatten zu Billig- und Ramschkäufen geführt. Damit waren die Bestandszahlen geradezu „künstlich“ auf das erwähnte hohe Niveau gebracht worden, wohl um dem anhaltenden Benutzungsdruck wenigstens irgend etwas entgegensetzen zu können. Zwischen 1946 und 1951 hatte sich die Zahl der eingeschriebenen Leser mehr als verdoppelt, die Ausleihe war um rund 40% gestiegen.“²¹ Es fanden aber auch positive Veränderungen statt: 1950 wurde die erste Freihandbibliothek Westberlins, die Hugo-Heimann-Bücherei im Wedding, eröffnet.

„Für Berlin ... war diese Neuorientierung eine revolutionäre Tat, die den Auftakt zur Erneuerung des Büchereiwesens darstellte. ... Niemand hätte zu hoffen gewagt, daß fünfzehn Jahre nach Eröffnung der Weddingen Hugo-Heimann-Bücherei von 101 öffentlichen Büchereien in Berlin nur noch 6 auf Thekenbetrieb angewiesen sein würden.“²²

In diese fünfzehn Jahre fiel das sogenannte „Berliner Büchereigesetz“, das aufgrund der genannten Misere der Öffentlichen Bibliotheken am 31.3.1955 vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurde.²³ 1956 folgte als Ergänzung ein Zehnjahresplan für die Entwicklung des Bibliothekswesens, der laut Beschluß des Senats erstellt werden mußte.

Dem Beschluß war eine Denkschrift vorausgegangen, in der die Aufgabe der Bibliotheken, ihr gegenwärtiger Zustand sowie Planung und Finanzierung behandelt wurden. Die Denkschrift umreißt einleitend die Aufgaben:

„Der demokratische Staat ist gehalten, durch Volksbüchereien die Lebensorientierung der Staatsbürger zu erleichtern, ihre Berufsbildung zu heben und das Verständnis für Werte der Kultur zu vertiefen. Verantwortlich geleitete Volksbüchereien befriedigen nicht nur ein berechtigtes Unterhaltungsbedürfnis, sie stärken vielmehr die Fähigkeit zu durchdachtem Handeln in allen Schichten der Bevölkerung und ergänzen zugleich für Erwachsene und Jugendliche die Arbeit jedes anderen Kulturinstituts.“²⁴

Das Verhältnis zur DDR wird angeschnitten:

„West-Berlins Volksbüchereien haben die zusätzliche Aufgabe, Leser aus Ost-Berlin und den Zonenrandgebieten mit solcher Literatur zu versorgen, die dort nicht verbreitet wird. Sie könnten dieser Aufgabe jedoch nur genügen, wenn die für West-Berlins Volksbüchereien aufgewandten Mittel nicht allzu stark zurückbleiben würden hinter den beträchtlichen Summen, die in der sowjetischen Besatzungszone dem Ausbau der Volksbüchereien nach den dort herrschenden Grundsätzen dienen.“²⁵

Damit wird die Sonderstellung Westberlins gegenüber der DDR deutlich. Sie wurde auch erkennbar, wenn sich die Westberliner Bibliothekare im Gegensatz zu ihren westdeutschen Kollegen und Kolleginnen für einen restriktiven Umgang mit der Literatur sozialistischer Autoren und aus sozialistischen Ländern aussprachen.²⁶

Die Umsetzung des Zehnjahresplans führte zu einem beträchtlichen Aufschwung des Westberliner Bibliothekssystems. „Die damit [mit der Freihandaufstellung, d.V.] und durch die allgemeine Bildungsförderung stimulierten Steigerungen der Bestands- und Ausleihzahlen brachten Berlin an die Spitze der Entwicklung im deutschsprachigen Raum.“²⁷ Wesentlicher Bestandteil des Aufschwungs waren zahlreiche Bibliotheksneubauten und -umbauten. So sollten in acht Bezirken die Hauptstellen vorrangig erneuert werden, sechs wurden vor Ablauf des Plans 1965 eröffnet.²⁸ Allerdings ging es nicht überall so schnell:

„Beziehen wir uns auf die in dem ... Jahresbericht 1958/59 veröffentlichte Bauplanung, so zeigt sich, daß diese zahlenmäßig noch nicht einmal zur Hälfte durchgeführt worden ist. Von den damals geplanten 47 Bauten und Umbauten sind 20 verwirklicht worden. 27 Bauvorhaben wurden zurückgestellt und können nach Lage der Dinge auch keinesfalls vor dem Jahre 1968 in Angriff genommen werden.“²⁹

Ein wesentlicher Meilenstein in der Geschichte der Öffentlichen Bibliotheken Westberlins war die Eröffnung der Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) im Jahr 1954. Die Gründung ging zurück auf eine amerikanische Spende

18 Zur Frage der Aufgabenverteilung in der Berliner Verwaltung vgl. Hantel, Peter: Aufbau und Aufgabenverteilung in der Berliner Verwaltung. In: Juristische Schulung 28 (1988) S. 512-519.

19 Vgl. Pilzer (Anm. 6) S. 133.

20 Denkschrift über die Berliner Volksbüchereien und ihre künftige Gestaltung. In: Mitteilungen des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, II. Wahlperiode. Nr. 76, 1954, S. 1.

21 Pilzer (Anm. 6) S. 135.

22 Sasse, Anne-Lise: Zehn Jahre Büchereibau. In: Berlins Öffentliche Bibliotheken. Arbeitsbericht 1964 (1965) S. 15.

23 Beschluß des Abgeordnetenhauses über Ausbau der Berliner Volksbüchereien. In: Berlins Öffentliche Bibliotheken. Arbeitsbericht 1955/56 (1956) S. 54-55.

24 Denkschrift (Anm. 20) S. 1; vgl. auch Steinberg (Anm. 8) S. 11.

25 Denkschrift (Anm. 20) S. 1.

26 Vgl. Pilzer (Anm. 6) S. 137. „Praktisch gewendet bedeutete dies, dennoch in den Bestand aufgenommene Literatur mit für den Leser gedachten warnenden Hinweisen wie „Achtung! Ost-Literatur“ zu versehen oder einer beschränkten Benutzung wegen des vermeintlich oder tatsächlich tendenziösen Inhalts zu unterwerfen.“

27 Anderhub (Anm. 1) S. 47.

28 Vgl. Sasse (Anm. 22) S. 17.

29 Sasse (Anm. 22) S. 29.

von 5 Mio. DM, die zu folgenden Gegenleistungen verpflichtete: Der Berliner Senat stellte den Bauplatz, sicherte den laufenden Unterhalt und integrierte die 1950 gegründete Wissenschaftliche Zentralbibliothek, welche Ersatzfunktionen einer Universitätsbibliothek für die Freie Universität in Dahlem und die im Ostteil liegende Berliner Stadtbibliothek erfüllte, als Grundlage des Bestandsaufbaus mit 70 000 Bänden.³⁰

Die AGB war als große Freihandbibliothek (ca. 100 000 Bände bei Eröffnung) mit Public-Library-Charakter konzipiert, d.h. Betonung des Auskunftsdienstes und Bereitstellung allgemeiner und spezieller Nachschlagewerke und Bibliographien in großem Umfang.

„Der Auftrag der AGB (gab sich) profan und praktisch: Literatur für Unterhaltung, Weiterbildung, Beruf und Alltag. Konzeption und Praxis fixierten die AGB nicht als gesellschaftsfernes Reservat, sondern als gesellschaftliche Institution, die genauso den politischen Imperativen und Postulaten nach Egalität und Demokratie unterlag wie auch der industriegesellschaftlichen Dynamik. Die vom ersten Tage an hohe Popularität der Bibliothek schien den Verfechtern dieses Bibliothekstyps die Angemessenheit und Richtigkeit ihrer Konzeption zu bestätigen.“³¹

Die AGB trägt den zweiten Namensbestandteil Berliner Zentralbibliothek (AGB/BZB). Diese irreführende Bezeichnung bedeutete zu keinem Zeitpunkt eine Vorrangstellung oder Weisungsbefugnis gegenüber den bezirklichen Bibliothekssystemen. Die zentralen Aufgaben beschränkten sich im wesentlichen auf ihre Rolle als Leitbibliothek der Stadtbüchereien im Leihverkehr und auf Kooperationsprojekte wie Literaturauswahlverzeichnisse, interner Leihverkehr usw.

Im Zuge der Umstellung der Bibliotheken auf Freihandbetrieb wurde die „Berliner Systematik“ erarbeitet, eine Aufstellungs- und Sachkatalogsystematik, die in allen Westberliner Öffentlichen Bibliotheken übernommen wurde, ausgenommen in der AGB, die eine eigene Systematik entwickelte.³² Auch die alphabetische Katalogisierung in den Bezirken erfolgte weitgehend einheitlich nach den „Berliner Anweisungen“, einer Art vereinfachter Preußischer Instruktionen mit mechanischer Wortfolge. Die Arbeiten wurden aber in allen 12 Bezirken getrennt und parallel durchgeführt, die AGB/BZB übernahm nur bedingt zentrale Aufgaben.³³ Die Funktionen der AGB/BZB wurden von v. Morzé nach zehnjährigem Bestehen folgendermaßen resümiert:

„Die Rolle der Gedenkbibliothek besteht keineswegs darin, in allen gemeinsamen Berliner Arbeitsvorhaben die Führung einzunehmen. ... weder die verwaltungsrechtliche Situation, noch die Bibliotheksstruktur der Gedenkbibliothek lassen eine Büchereizentrale in Berlin zu. ... Die Gedenkbibliothek wurde und wird immer mehr die Bibliothek jener Bevölkerungsschichten des Landes Berlin, die zu ihrer geistigen Orientierung, Information und Berufsarbeit heute mindestens einen so weit und so breit als möglich umfassenden und tief gegliederten Buchbestand mit dem dazugehörigen reichlichst ausgestatteten Auskunftsapparat brauchen. ... Die Gedenkbibliothek ... ist ein eigenständiges Gebilde als Bibliothek des Landes Berlin. ... Schon die alte Stadtbibliothek im Marstallgebäude zu den Zeiten von Gottlieb Fritz und Wilhelm Schuster gehorchte dieser Zielvorstellung. Die Gedenkbibliothek erfüllt – ohne jede legale oder künstlich geschaffene Zentralisierung – in diesem Sinne eine

zentrale Aufgabe aus sich heraus und von sich aus. Mehr noch als die alte Stadtbibliothek ist sie eine voll ausgebaute Public Library.“³⁴

Aus dem Zitat wird deutlich, daß die Rolle der Amerika-Gedenkbibliothek/Berliner Zentralbibliothek in der Berliner Bibliothekslandschaft recht kompliziert ist.

2.2.3 Ostberlin 1949-1961: Das Bibliothekswesen der DDR im Umbruch

Man kann feststellen, daß das Bibliothekswesen der DDR im wesentlichen in den Jahren 1949 bis 1961 herausgebildet wurde. In der Terminologie der Bibliotheksgeschichtsschreibung der DDR lassen sich zwei Phasen unterscheiden: 1. „Die Anfangsphase der sozialistischen Umgestaltung des Bibliothekswesens nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik“ und 2. „Die Entwicklung des allgemeinbildenden und des wissenschaftlichen Bibliothekswesens in der Periode der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus“³⁵. Um die Entwicklung in Ostberlin zu verstehen, muß die Struktur des Bibliothekswesens der DDR erläutert werden, da die Einbindung in die zentralen Planungen und Gesetze erfolgte. Anders als bei der Darstellung der Westberliner Entwicklung muß deshalb hier ausführlich auf die Gesamtveränderungen eingegangen werden.

Anfang 1950 wurde in der DDR das „Zentralinstitut für Bibliothekswesen“ (ZIB) auf der Grundlage der sogenannten „Kulturverordnung“ gegründet.³⁶ Es war dem Ministerium für Volksbildung unterstellt, Leiter wurde Ernst Adler.

Parallel dazu wurde für den Bereich Wissenschaftliche Bibliotheken eine „Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur“ beim Amt für Literatur und Verlagswesen der DDR geschaffen, die die Beschaffungsmodalitäten von außerhalb der DDR erscheinender Literatur für Wissenschaft und Forschung regeln sollte. Diese Regelung bezog sich vorrangig auf Literatur nichtsozialistischer Länder. Dadurch wurde implizit festgelegt, daß Öffentliche Bibliotheken in ihren Beständen auf Literatur der

30 Vgl. Pilzer (Anm. 6) S. 141-142.

31 Pilzer (Anm. 6) S. 144.

32 Vgl. Anderhub (Anm. 1) S. 46 und S. 47.

33 Vgl. Anderhub (Anm. 1) S. 46; Pilzer (Anm. 6) S. 144-145; Morzé, Adolf von: Die Gedenkbibliothek im Offenen System der Berliner Büchereien. In: Berliner Öffentliche Büchereien. Arbeitsbericht 1964 (1965) S. 48: Einrichtung eines Titeldienstes, „noch keine zentrale Katalogisierung mit mechanischer Vervielfältigung und Verteilung der Zettel“. Kuhlmann, Hans Joachim: Gutachten für einen Bibliotheksentwicklungsplan der Öffentlichen Bibliotheken Berlins. O.O. 1988. S. 20-21: Der Titeldienst wurde 1977 ganz eingestellt, „weil als Folge der Organisationsreform von 1971 seine Fortführung erschwert war und weil für den notwendig gewordenen Ausbau weder zusätzliche Mittel noch zusätzliches Personal bereitgestellt werden konnten“.

34 Morzé (Anm. 33) S. 45-46.

35 Marks, Erwin: Die Entwicklung des Bibliothekswesens der DDR. 2. Aufl. Leipzig 1987. S. 5, S. 48, S. 69; vgl. auch Vodosek, Peter: Bibliotheksarbeit in der DDR. In: Buch und Bibliothek 30 (1978) S. 16.

36 Grundlage der Gründung war die „Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz“, Gesetzblatt der DDR, 1950, S. 185-190.

sozialistischen Länder beschränkt wurden, da keine sogenannten Kontingentmittel, d.h. Valuta, für die Beschaffung westlicher Literatur zugeteilt wurden.

Eine dritte wichtige Maßnahme für die Entwicklung des Bibliothekswesens der DDR war eine Festlegung im Rahmen des „Jugendgesetzes“, die besonders der Förderung der Kinder- und Jugendliteratur dienen sollte.³⁷ Marks faßt die Ereignisse zusammen:

„Die Verantwortung für die Entwicklung des Bibliothekswesens lag seit der Gründung der DDR beim Ministerium für Volksbildung, das im Unterschied zur ehemaligen Zentralverwaltung für Volksbildung im Auftrag der neugeschaffenen zentralen Staatsmacht mit Weisungen gegenüber den unterstellten Einrichtungen wirksam werden und gesamtstaatliche Maßnahmen zur Bibliotheksförderung durchsetzen konnte. Die damit erstmals vorhandene Zusammenfassung der beiden Hauptzweige des Bibliothekswesens in einer administrativen Spitze schuf staatlich-organisatorisch günstige Voraussetzungen zur Herbeiführung der Einheit des gesamten Bibliothekswesens und bildete zugleich ein notwendiges Gegengewicht gegenüber den unterschiedlichen Entwicklungen und zentrifugalen Bestrebungen in den fünf Ländern der DDR. Es lag nahe, unter diesen Bedingungen zu versuchen, die Einheit des Bibliothekswesens von oben, mit administrativen Maßnahmen und Mitteln durchzusetzen und zu realisieren. Das Bestreben, die Zweiteilung des Bibliothekswesens in Bildungsbibliotheken und wissenschaftliche Bibliotheken als unzeitgemäßes Erbe der kapitalistischen Vergangenheit möglichst rasch zu überwinden, erhielt durch den gerade zu diesem Zeitpunkt einsetzenden Funktionswandel der Volksbüchereien in allgemeine öffentliche Bibliotheken weiteren Auftrieb. Bereits die ersten bibliothekspolitischen Aktivitäten des Ministeriums für Volksbildung verdeutlichten die Absicht, die Bibliotheksentwicklung straff und zentral zu steuern und die strukturelle Einheit des Bibliothekswesens herbeizuführen.“³⁸

Das verdeutlicht, daß die klassische Zweiteilung des deutschen Bibliothekswesens in Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken in der DDR aufgehoben werden sollte. Die Ausbildung wurde daher am ZIB zusammengefaßt, geplant war eine dreijährige Studienzeit mit einer gemeinsamen Grundausbildung für Bibliothekare an Wissenschaftlichen und an Allgemeinbildenden Bibliotheken.³⁹

Schon 1951 wurden diese Versuche in Richtung Vereinheitlichung aufgehoben. Mit der Bildung eines Staatssekretariats für Hochschulwesen mit Zuständigkeit für das gesamte Hochschulwesen der DDR einschließlich der Aufsicht über Wissenschaftliche Bibliotheken und verwandte Einrichtungen mit wissenschaftlichem Charakter wurde die bisherige Hauptabteilung Hochschulwesen des Ministeriums für Volksbildung aufgelöst⁴⁰, die zentrale Verantwortung des Ministeriums für Volksbildung für alle Bibliothekstypen entfiel.

„Alle den Gesamtbereich des Bibliothekswesens der DDR betreffenden Fragen mußten von 1951 an zwischen dem Ministerium für Volksbildung und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen einvernehmlich abgestimmt und planvoll koordiniert werden.“⁴¹

Diese Zweiteilung blieb im Prinzip bis in die Gegenwart erhalten.⁴²

1954 wurde der Kulturbereich mit dem Öffentlichen Bibliothekswesen aus dem Ministerium für Volksbildung

ausgegliedert und ein Ministerium für Kultur gegründet, dem auch das Zentralinstitut für Bibliothekswesen unterstellt wurde.⁴³ Das ZIB erhielt laut Statut die „Funktion einer zentralen Einrichtung für die Entwicklung und Anleitung der wissenschaftlich-methodischen Arbeit für die allgemeinbildenden Bibliotheken der DDR“⁴⁴. Schon 1952 war die regionale Gliederung der DDR verändert worden. Statt der 5 Länder plus Berlin wurden 14 Bezirke und 217 Kreise gebildet, die kommunale Selbstverwaltung wurde aufgehoben. Dieser Verwaltungsstruktur mußte auch das Bibliothekswesen angepaßt werden. Vom Ministerium für Kultur wurden in den Jahren 1954 bis 1957 diverse Rechtsnormen erlassen, die das Verhältnis der Allgemeinbildenden Bibliotheken zueinander regelten. Dabei wurden grundlegende Strukturveränderungen eingeleitet; die wesentlichste war die Umwandlung der Landesstellen für Büchereiwesen⁴⁵ und der Allgemeinen Öffentlichen Bibliotheken der Bezirksstädte in Bezirksbibliotheken mit Abteilungen für Methodik und Inspektion, für Ausleihe und Literaturpropaganda sowie für Kinderbibliotheken. Des weiteren

37 Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung. Zitiert nach Marks (Anm. 35) S. 50.

38 Marks (Anm. 35) S. 50.

39 Vgl. Marks (Anm. 35) S. 51.

40 Ebenso lösten sich auch die Hochschulabteilungen der entsprechenden Länderministerien auf und wurden durch das zentrale Staatssekretariat ersetzt; es fand ein deutlicher Zentralisierungsprozeß statt. Bibliotheken vom Charakter der Berliner Stadtbibliothek zwischen Öffentlicher und Wissenschaftlicher Bibliothek wurden dem Staatssekretariat unterstellt, also der wissenschaftliche Charakter in den Vordergrund gerückt. Vgl. Marks (Anm. 35) S. 58; Weber, Hermann: DDR. Hannover 1991. S. 68-71 über die Hochschulreform in der DDR.

41 Marks (Anm. 35) S. 59.

42 Die Zweiteilung widersprach dem Leninschen Gedanken vom einheitlichen System aller Bibliotheken eines Landes und war damit quasi ideologisch falsch (vgl. Krupskaja, Nadeshda Konstantinowa: Was Lenin über Bibliotheken schrieb und sagte. Berlin 1956). Das Scheitern wurde folgendermaßen erläutert: „Dem Scheitern der Einheitskonzeption in den Anfangsjahren der sozialistischen Umgestaltung liegen verschiedene Ursachen zugrunde. Eine davon war die mangelhafte wissenschaftliche Grundlegung. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erforderte die Verbesserung des Leistungsstandes des gesamten Bibliothekswesens. Es waren Anforderungen gestellt, die das Leistungsvermögen des bürgerlichen Bibliothekswesens weit überstiegen. In der antifaschistisch-demokratischen Etappe des Aufbaus bis 1949/50 gelang es jedoch nicht, das bürgerliche Bibliothekskonzept von seinen Grundlagen her theoretisch zu überwinden. So setzte sich das Neue, die im Moment erforderliche Struktur des Bibliothekswesens und die neuen Funktionen der verschiedenen Bibliotheken darin praktisch und oftmals spontan durch. Es wurde deutlich, daß ein einheitliches Bibliothekssystem nur dann planmäßig geschaffen werden kann, wenn gesicherte wissenschaftliche Grundlagen dafür ausgearbeitet sind, die nachweisen, daß eine höhere Effektivität der Bibliotheksarbeit dadurch erreichbar und für die sozialistische Gesellschaft anwendbar wird.“ Marks (Anm. 35) S. 65/66.

43 Das Staatssekretariat für Hochschulwesen wurde 1967 in ein Ministerium umgewandelt.

44 Klingner, Helga: Zentralinstitut für Bibliothekswesen 1950-1980. 2. Aufl. Berlin 1980. S. 14.

45 In Dresden, Halle, Potsdam, Schwerin und Weimar existierten die Landesstellen als Zweigstellen des ZIB. Vgl. Marks (Anm. 35) S. 69.

wurden die Kreisstellen für Bibliothekswesen mit den Kreisbibliotheken vereinigt, es erfolgte eine sogenannte doppelte Unterstellung – unter die Räte der Kreise für die überörtliche Arbeit und unter die Räte der Städte für die örtliche Arbeit.⁴⁶

Mit dieser Strukturreform war eine direkte Linie vom Ministerium für Kultur über das Zentralinstitut für Bibliothekswesen bis in die örtlichen Bibliotheken geschaffen worden. Ab 1953 übernahm das Institut die Herausgabe der Fachzeitschrift „Der Bibliothekar“. 1956 bis 1959 fanden mehrere richtungweisende Fachkongresse unter der Federführung des ZIB statt, über die im Fachorgan ausführlich berichtet wurde und die die Akzente der zukünftigen Arbeit festlegten.⁴⁷

1956: Theoretische Konferenz zu Fragen der Ausleihe in den Allgemeinbildenden Bibliotheken

1957: Konferenz zu Fragen des Bibliothekswesens auf dem Lande

1958: Konferenz zu Grundfragen des Bestandsaufbaus der Allgemeinbildenden Bibliotheken

1959: Konferenz zu Fragen der Arbeit mit dem Kinderbuch

Ab 1956 setzte sich auch verstärkt die Freihandbibliothek in der DDR durch.⁴⁸ Die Erwerbung wurde zentralisiert: Das „Einkaufshaus für Büchereien“⁴⁹ in Leipzig ging 1956 auf in der Abteilung Bibliotheken des „Leipziger Kommissions- und Großbuchhandels“ (LKG) sowie im Versorgungskontor Bürobedarf, Abteilung Bibliotheksbedarf.

„Dem Zentralinstitut für Bibliothekswesen wurde die Auswahl der bibliothekswichtigen Literatur übertragen. In Erfüllung dieses Auftrags gab es in Zusammenarbeit mit dem LKG als Hilfsmittel für den Bestandsaufbau den wöchentlich erscheinenden ‚Vorankündigungsdienst für allgemeinbildende Bibliotheken‘ heraus.“⁵⁰

Das Verlagswesen und der Buchhandel waren zur vorrangigen Belieferung von Bibliotheken verpflichtet, gleichzeitig mußten die Bibliotheken den „Vorankündigungsdienst“ (später „Informationsdienst“, ID)⁵¹ für die Titelauswahl benutzen.⁵² Ab 1961 enthielt er neben Kurzbesprechungen auch die Systemgruppe der „Systematik für allgemeinbildende Bibliotheken“ (SAB), die verbindlich für alle Bibliotheken war.

Das Zentralinstitut verwendete einen Teil der Arbeitsleistung auf die Bekämpfung von sogenannter Schund- und Schmutzliteratur.⁵³ Die Grundlagen für den Bestandsaufbau waren spätestens seit der „Bestandskonferenz“ 1958 und der 1. Bitterfelder Konferenz 1959⁵⁴ deutlich, untermauert durch den V. Parteitag der SED 1958⁵⁵. Die Bibliotheken sollten überwiegend sozialistische Literatur bzw. Literatur mit überwiegend sozialistischen Elementen im Bereich der Belletristik aufnehmen.⁵⁶ Die Erfüllung der erzieherischen Aufgaben wurde aus Sicht der DDR durch die offene Grenze zur Bundesrepublik und nach Westberlin unterminiert, durch die die genannte „Schmutz- und Schundliteratur“ weiter in das Land kommen konnte.⁵⁷ Die Schließung von gewerblichen Leihbüchereien bzw. eine gesetzliche Regelung über ihre Bestände unterband 1959 eine verbliebene Möglichkeit, sich in der DDR nichtsozialistische Gegenwartsliteratur ausleihen zu können.⁵⁸

Die Entwicklung der Aufbaujahre faßt Marks wie folgt zusammen:

„Die sozialistische Umgestaltung des allgemeinbildenden Bibliothekswesens der DDR war bis 1961 völlig, die

des wissenschaftlichen Bibliothekswesens im wesentlichen abgeschlossen. Es hatten sich in beiden Bibliothekszeigen neue, den Erfordernissen der sich formierenden sozialistischen Gesellschaft entsprechende Arbeits- und Organisationsformen herausgebildet. Das Leninsche Bibliotheksprogramm war in bezug auf die Parteilichkeit und die Öffentlichkeit der Bibliotheken, ihre Verbundenheit mit der Produktion und dem Volk sowie die Leitung der Bibliotheksarbeit durch die sozialistische Staatsmacht realisiert worden.“⁵⁹

Ostberlin: In diesen Prozeß der Strukturveränderungen war auch Ostberlin eingebunden, als „Hauptstadt der DDR“ war es eine unabhängige Verwaltungseinheit neben den 14 Bezirken des Landes. Die Funktion einer Zentralbibliothek für die Staatlichen Allgemeinbibliotheken Berlins erhielt 1955 die Berliner Stadtbibliothek,

46 Vgl. Marks (Anm. 35) S. 69; Thilo, Martin: Das Büchereiwesen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: Handbuch des Büchereiwesens. 2. Halbbd. Wiesbaden 1965. S. 718-719. Rechtliche Grundlage: Anordnung Nr. 1 über den Aufbau und Arbeitsweise der allgemeinen Öffentlichen Bibliotheken v. 24.04.1957. Gesetzblatt der DDR. Teil II, 1957, S. 175.

47 Vgl. Thilo (Anm. 46) S. 723; auch Marks (Anm. 35) S. 87-89.

48 Vgl. Marks (Anm. 35) S. 73.

49 „Am 1. Mai 1950 ging das Einkaufshaus für Büchereien in Leipzig nach Liquidierung der „Vereinigung für volkstümliches Büchereiwesen e.V.“ und dem Ausscheiden des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig als Gesellschafter in treuhänderische Verwaltung des Ministeriums für Volksbildung der DDR über.“ Marks (Anm. 35) S. 51.

50 Marks (Anm. 35) S. 73.

51 Ab 1971 nach mehrfacher Titeländerung: „Informationsdienst für den Bestandsaufbau der Staatlichen Allgemeinbibliotheken und Gewerkschaftsbibliotheken“.

52 Vgl. Anordnung über die Versorgung der allgemeinbildenden Bibliotheken mit Literatur v. 16.6.1960. Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kultur, Nr. 6/60, Teil I, lfd. Nr. 17.

53 Vgl. Kampf gegen Schund- und Schmutzliteratur. In: Bibliothekar 9 (1955) S. 649; Weisung zur Verbesserung der Literaturpropaganda der allgemeinen Öffentlichen Bibliotheken. In: Bibliothekar 9 (1955) S. 666.

54 Die Bitterfelder Autorenkonferenz (1.: 24.4.1959, 2.: 4./25.4.1964) legte den „Bitterfelder Weg“ fest. Durch die Losung „Greif zur Feder, Kumpel“ und „Dichter in die Produktion“ wurde der „sozialistische Realismus“ als verbindliche Kunstrichtung festgelegt, Talente aus der Arbeiterschaft sollten für Literatur und Malerei gewonnen werden. Vgl. Weber (Anm. 40) S. 93. Diese Festlegung einer kulturpolitischen Ausrichtung hatte Auswirkungen auf die Bestände der Bibliotheken, zum einen durch das daraus resultierende Literaturangebot, zum anderen durch die Auswahlkriterien für den Bestandsaufbau, die sich an den staatlichen Kriterien orientierten.

55 „Im Juli 1958 beschloß der V. Parteitag der SED, den Sozialismus auf allen Gebieten des Lebens zum Siege zu führen und die sozialistischen Produktionsverhältnisse nunmehr in der gesamten Volkswirtschaft, auch auf dem Lande, durchzusetzen. Er legte Maßnahmen zur Fortführung der sozialistischen Kulturrevolution fest und trug den Bibliotheken auf, mit ihren spezifischen Mitteln und Möglichkeiten zu sozialistischen Bewußtseinsbildung der Bevölkerung beizutragen.“ Marks (Anm. 35) S. 74.

56 Vgl. Thilo (Anm. 46) S. 730-735.

57 Vgl. Marks (Anm. 35) S. 77. Dazu gehörten Titel von Remarque, Suttner, dos Passos u.a., die durch ihren pazifistischen Inhalt der „aktiven Verteidigungsbereitschaft“ abträglich waren. Vgl. hierzu Thilo (Anm. 46) S. 731.

58 Vgl. Marks (Anm. 35) S. 74.

59 Marks (Anm. 35) S. 94.

1956 wurde dort die Abteilung Allgemeinbildende Bibliotheken eingerichtet, „die sich der fachlich-methodischen und operativen Anleitung der allgemeinbildenden Bibliotheken in den Wohngebieten und Betrieben der Hauptstadt widmet“⁶⁰.

Innerhalb der Stadtbezirke gab es dann jeweils ein Netz von Bibliotheken mit einer Hauptstelle und etlichen Zweigstellen, jeweils für den Erwachsenen- und Kinderbereich.

Auch in Ostberlin war der Zeitraum 1949 bis 1961 durch den Aufbau geprägt. 1949 existierten in Ostberlin 48 Volksbüchereien⁶¹, bis 1956 war die Zahl auf 105 Einrichtungen gestiegen⁶².

„Die Mehrzahl von ihnen war allerdings in kleinen und unzulänglichen ehemaligen Gewerberäumen untergebracht. ... Verteilung: Mitte 9, Prenzlauer Berg 18, Friedrichshain 12, Treptow 12, Köpenick 17, Lichtenberg 13, Weißensee 9, Pankow 15.“⁶³

Zur flächendeckenden Versorgung mit Bibliotheken wurde das Konzept der Ladenbibliotheken favorisiert. 1950 zur Hundert-Jahr-Feier legte die Abteilung Volksbildung des Magistrats von Berlin eine Festschrift vor, in der die zukünftigen Planungen entwickelt wurden. Dort heißt es:

„Die Erfahrungen aus 100 Jahren Volksbüchereiarbeit in Berlin lehren, daß 30 oder 40 Großbüchereien, über das Stadtgebiet verteilt, nicht genügend Leser anziehen können.“⁶⁴ Und weiter: „Im Jahre 1951 wird in jedem Verwaltungsbezirk eine Bücherei eingerichtet, die sich in einem Laden einer stark belebten Gegend befindet und an jedem Wochentag ganztägig geöffnet ist. Der Buchbestand wird 3000 Bände betragen. Wir glauben, daß der Typ der kleinen Freihandbücherei in Verbindung mit den großen Büchereien des Bezirks in der Lage ist, das Mehrfache an Lesern anzuziehen, als es bisher in Großstädten möglich war. Anders ausgedrückt: wir werden lieber je Bezirk 20 kleine Büchereien mit zusammen 60 000 Bänden entwickeln als eine Großbücherei mit 60 000 Bänden.“⁶⁵

Die Ladenbibliotheken dienten auch als Ersatz für die geschlossenen gewerblichen Leihbibliotheken, sie hatten vom Äußeren her einen ähnlichen Charakter durch die Unterbringung direkt zur Straße mit Fensterfronten. Zum Teil wurden Bestände aufgelöster Leihbibliotheken direkt übernommen, der Standort blieb praktisch mit veränderten Vorzeichen erhalten.⁶⁶

Ein Hauptproblem des DDR-Bibliothekswesens und speziell in Ostberlin stellte die hohe Abwanderungsrate von Fachkräften in den Westen dar.

Marks stellt das Problem aus DDR-Sicht folgendermaßen dar:

„In den ersten Jahren nach der Spaltung Berlins ergaben sich für die Bibliotheksarbeit in der Hauptstadt auch Probleme im personellen Bereich. Von Bedeutung war hier, daß eine Reihe qualifizierter Mitarbeiter nicht bereit war, den langjährigen Wohnsitz in den nun abgespaltenen Westsektoren aufzugeben. ... So ergab sich eine über längere Zeit währende kontinuierliche Abwanderung von Bibliothekaren nach Westberlin, die durch sehr junge Nachwuchskräfte ersetzt werden mußten. Die bewußte Abwerbung von profilierten Mitarbeitern aus den Bibliotheken hielt sich demgegenüber zwar in Grenzen, war aber dennoch ein ernsthafter Störfaktor, der die Aufbauarbeit im Bibliothekswesen der Hauptstadt zusätzlich beeinträchtigte.“⁶⁷

Aus Westsicht stellte sich das gleiche Phänomen wie folgt dar:

„Gewiß, die Partei und die verschiedensten Institutionen geben sich die erdenklichste Mühe, zu überzeugen; da alles jedoch parteilich begründet und vorgetragen wird, jeder „Objektivismus“, Benutzung westlicher Literatur, Kritik an den Grundlagen verpönt und eine offene Auseinandersetzung gefährlich ist, bleibt der überzeugende innere Erfolg recht zweifelhaft. Das wurde bis zum 13. August 1961 bestätigt durch die Flucht zahlreicher Bibliothekare öffentlicher Bibliotheken. Als Grund für den nicht leichten Entschluß, die Heimat zu verlassen, wurde immer wieder der ständig wachsende parteiliche Druck, der Zwang zur Verstellung, die Maßnahmen nach der ‚Bestandskonferenz‘ angegeben.“⁶⁸

Wie schon erwähnt, gab es in dieser Zeitspanne in Westberlin keinen Personalmangel, eher bestand eine akute Stellenknappheit.

3 1961 bis 1989: Von Mauerbau bis Mauerfall

Im diesem Kapitel wird eingangs ein Überblick über die allgemeinen Entwicklungen des Bibliothekswesens in West- und Ostberlin bzw. der DDR gegeben. Anschließend wird exemplarisch an zwei Bezirken aus West (Kreuzberg) und Ost (Mitte) der strukturelle Aufbau der Öffentlichen Bibliotheken in den beiden Stadthälften dargestellt und verglichen.

3.1 Rahmenbedingungen in West und Ost

Bestanden bis zum Bau der Mauer im Jahr 1961 noch wenigstens informelle und private Kontakte zwischen einzelnen Bibliothekaren und Bibliothekarinnen in West und Ost, war diese Austauschmöglichkeit danach abgeschnitten. Spätestens ab jetzt entwickelten sich die Bibliothekssysteme nicht nur wie schon seit 1948/49 auseinander, sondern es gab auch wechselseitig kaum Informationen und Wissen über die andere Seite, zumal Fachbesuche auch nach Einführung der Reiseerleichterungen eher die Ausnahme bildeten. Daher werden in diesem Abschnitt kurz die großen Entwicklungslinien der Zeit bis 1989 umrissen.

3.1.1 Westberlin: „Die Aufbauphase kam zu früh“

Mit dem Bau der Mauer war ein wesentlicher Benutzerkreis von den Öffentlichen Bibliotheken Westberlins abgeschnitten. Die Ostberliner Bevölkerung war in den Jahren seit der Teilung ausdrücklich eine Zielgruppe der

60 Die Berliner Stadtbibliothek. Berlin 1974. S. 18.

61 Vgl. Hauke (Anm. 8) S. 40. Von den 48 waren 6 Hauptbüchereien, 5 Quartierbüchereien, 27 Zweigstellen, 7 Kinderbüchereien und 3 Musikbüchereien.

62 Vgl. Marks (Anm. 6) S. 41. Von den 105 waren 95 Allgemeine Öffentliche Bibliotheken, 3 Lesesäle für Erwachsene und 7 Leseräume für Kinder.

63 Marks (Anm. 6) S. 41.

64 Hauke (Anm. 8) S. 32.

65 Hauke (Anm. 8) S. 34.

66 Vgl. Marks (Anm. 35) S. 74.

67 Marks (Anm. 6) S. 40.

68 Thilo (Anm. 46) S. 741.

Arbeit gewesen.⁶⁹ Kleye berichtet von engen Kontakten und ausgetüftelten „Mahnverfahren“ zwischen der Hugo-Heimann-Bücherei im Wedding und den Ostberliner Benutzern.⁷⁰ Da die praktische Bibliotheksarbeit jedoch in Ost und West seit 1948/49 getrennt war, ging die konkrete Arbeit in Westberlin ungehindert weiter.

Das Jahr 1961 stellte in etwa die Halbzeit im Berliner Zehnjahresplan für die Bibliotheksentwicklung dar. Die Ergebnisse von 1964/65 sind bereits in Kap. 2.2.2 kurz zusammengefaßt worden. Anderhub konstatiert für die Situation nach 1965:

„Mit der Verlagerung des Förderungsauftrages auf die einzelnen Bezirke stoppte dann der allgemeine Ausbauprozess; die modellhaft entwickelten Bibliotheksbauten aus den zurückliegenden Jahren – man war von einer Leserschaft in Höhe von 8% der Gesamtbevölkerung ausgegangen – erwiesen sich rasch als unzureichend. Das heute zu hörende Urteil, daß die Phase einer Bibliotheksförderung für Berlin leider zu früh gekommen sei, ist kaum zu entkräften, da diesen frühen Entwicklungsjahren eben bis heute keine weitere allgemeine Aufbauphase mehr folgte ... Ungeachtet des beschriebenen Förderprogrammes waren es gerade die Hauptstellen, in denen sich Raumenge auf allen Funktionsebenen wieder besonders früh bemerkbar machte; insofern muß man sich tatsächlich fragen, ob eine vollständige Realisierung des damals nur zur Hälfte durchgeführten baulichen Programmes eine nachhaltige Verbesserung der Situation hätte leisten können.“⁷¹

Die geplante Fortschreibung des Plans entfiel. Statt dessen begann eine Phase weitgehender Stagnation, die sich deutlich in den „Arbeitsberichten“ und dort besonders in den einleitenden Artikeln niederschlägt. Zwar stiegen sowohl die Zahl der Einrichtungen als auch die Bestandsgrößen, doch insgesamt wurde die Entwicklung schon 1975/76 eher skeptisch betrachtet:

„Berlins Öffentliche Büchereien nahmen in der Nachkriegsentwicklung des deutschen Büchereiwesens einen führenden Rang ein. Großzügige und weitsichtige politische Entscheidungen, wie ... der 1955 vom Abgeordnetenhaus verabschiedete Zehnjahresplan über den Ausbau der Berliner Volksbüchereien, gaben den Berliner Büchereien die Möglichkeit, sowohl auf dem Gebiet des Buchbestands wie auch dem der Ausleihzahlen lange Zeit führend in Deutschland zu sein. Inzwischen ist diese führende Stellung gefährdet, teilweise überholt. Hier deutet sich eine Entwicklung an, die gerade für Berlin auch eine politische Gefahr bedeutet. Unsere Stadt lebt nicht zuletzt von ihrer Attraktivität für ihre Bürger.“⁷²

1979, 25 Jahre nach Beginn des Aufbauplans, wurde konstatiert:

„Das Zahlenmaterial und die Kommentare und Aufsätze der erschienenen 25 Hefte ... spiegeln Stolz und Genugtuung wider, aber auch Sorgen und Befürchtungen, denn auch die letzten 25 Jahre der Berliner Bibliotheksgeschichte sind nicht ohne Enttäuschungen und Rückschläge geblieben.“⁷³

So waren die Bezirke hinsichtlich Beständen und Personalbemessung im Verhältnis zur Einwohnerzahl sehr unterschiedlich ausgestattet.⁷⁴

„In diesen Tatsachen zeigt sich deutlich die Schwäche des dezentralen Aufbaus des Öffentlichen Büchereiwesens in Berlin. Jeder Versuch einer Umstrukturierung im Hinblick auf eine gerechte soziale und gleichmäßige

kulturelle Betreuung der Bürger stößt planerisch auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten.“⁷⁵

Auch 1976 war ähnlich konstatiert worden:

„Die Hauptproblematik des Öffentlichen Büchereiwesens in Berlin liegt darin begründet, daß es kein geschlossenes System darstellt, wie dies in den beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen oder den übrigen Großstädten der Fall ist, sondern aus der zur Senatsverwaltung für Schulwesen gehörenden Amerika-Gedenkbibliothek/Berliner Zentralbibliothek und zwölf selbständigen Stadtbüchereisystemen besteht, die jeweils zur Abteilung Volksbildung der Bezirksämter gehören.“⁷⁶

Die Senatsverwaltung war durch Senatsbeschluß beauftragt worden, „die Struktur des Berliner Büchereiwesens mit dem Ziel einer Straffung zu untersuchen“⁷⁷. Damit war die Diskussion um einen neuen Bibliotheksentwicklungsplan oder gar ein Bibliotheksgesetz neu eröffnet. Die Senatsverwaltung bevorzugte einen Bibliotheksentwicklungsplan gegenüber einem Gesetz, da „der Senat vermeiden [möchte], daß gesetzliche Mindestanforderungen im Bibliothekswesen auf die heutige [1980/81] Finanzlage abgestellt werden und dadurch einer späteren günstigeren Entwicklung im Wege stehen könnten. Ein ... Bibliotheksgesetz müßte jene enormen Folgekosten zu vermeiden suchen, die ein inhaltlich gefülltes und eben nicht bloß formales Bibliotheksgesetz haben müßte. Der Senat hält es aus diesem Grund für vernünftiger, einen Bibliotheksentwicklungsplan zu erarbeiten, der – stets fortgeschrieben – in dem Augenblick eine solide Basis für ein Bibliotheksgesetz zu bilden vermag, in dem die Folgekosten auch wirklich von der Öffentlichen Hand getragen werden können. – Im übrigen stellt aber ein Berliner Bibliotheksentwicklungsplan eine Selbstverpflichtung des Senats dar, die für sich gesehen bereits eine gute Grundlage für die Verbesserung des Berliner Bibliothekswesens darstellt.“⁷⁸

Der Plan sollte bis Frühjahr 1983 vorgelegt werden. Noch 1982/83 wurde der Entwicklungsplan für die laufende Legislaturperiode, frühestens Anfang 1984 angekündigt.⁷⁹ Im Arbeitsbericht 1987 tauchte der Bibliotheksentwicklungsplan wieder auf.

69 Vgl. z.B. Arbeitsrichtlinien für das Amt Büchereiwesen (Kreuzberg) vom 5.3.56, erstellt durch die Unterkommission der Deputation für Volksbildung, Punkt 6e: „Vorbereitung gezielter Leserwerbung, insbesondere Bemühungen um die Bewohner des Ostsektors und der Zone.“ (Verwaltungsakten Amt Büchereiwesen Kreuzberg, Aktenplan 0: Büchereigeschichte)

70 Vgl. Kleye, Werner A.: Mein Traumberuf war es nicht. Berlin 1990. Die Ostberliner adressierten ihre Post an „Herrn Hugo Heimann“, die Bibliothek antwortete mit „Onkel Hugo“.

71 Anderhub (Anm. 1) S. 47.

72 Arbeitsbericht. Öffentliche Bibliotheken in Berlin. 1975 (1976) S. 5-6.

73 Arbeitsbericht. 1979 (Anm. 72) S. 11.

74 1980: Medien pro Einwohner in Neukölln 1,33 und in Spandau 2,38 als Extremwerte. Der Durchschnitt lag bei 1,70. Arbeitsbericht. 1980 (Anm. 72).

75 Arbeitsbericht. 1979 (Anm. 72) S. 19.

76 Arbeitsbericht. 1976 (Anm. 72) S. 5.

77 Vgl. Arbeitsbericht. 1976 (Anm. 72) S. 5.

78 Arbeitsbericht. 1980 (Anm. 72) S. 8.

79 Vgl. Arbeitsbericht. 1982 (Anm. 72) S. 6. Landespressedienst v. 15.11.1982, Aus dem Abgeordnetenhaus, Mündliche Anfrage Nr. 12: Über Öffentliche Bibliotheken.

„Dr. Hans Joachim Kuhlmann (erstellte) im Auftrag des Kultursenators ein Gutachten für einen Bibliotheksentwicklungsplan der Öffentlichen Bibliotheken Berlins. ... sollen in dem Gutachten die Probleme des Öffentlichen Bibliothekswesens in West-Berlin analysiert und Empfehlungen für die zukünftige Entwicklung gegeben werden. Die Ergebnisse des Gutachtens ... sollen im Frühjahr 1988 in einer möglichst breit geführten Diskussion geprüft werden und Grundlage für den Berliner Bibliotheksentwicklungsplan sein.“⁸⁰

Ein erster Entwurf des Bibliotheksentwicklungsplans sollte möglichst vor Januar 1989 vorgelegt werden, um in der dann folgenden Legislaturperiode dem Abgeordnetenhaus eine Senatsvorlage zuleiten zu können. Auch hier wird wieder die katastrophale Ausstattung weiter Teile der Bibliothekssysteme konstatiert:

„Ziel der Bemühungen wird es sein, langfristig die Arbeitsvoraussetzungen der Öffentlichen allgemeinen Bibliotheken wesentlich zu verbessern. Ein großer Teil der in den 50er und 60er Jahren gebauten Bibliotheken entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen: ihre Räume sind zu klein geworden und die Raumverteilung erlaubt keine rationelle Gestaltung von Arbeitsabläufen. Bei der Festlegung des Erwerbungssetats der Amerika-Gedenkbibliothek und der Stadtbüchereien wird seit vielen Jahren ein Berechnungsschlüssel zugrunde gelegt, der weder auf die enormen Preissteigerungen auf dem Medienmarkt noch auf die stetig wachsende Medienproduktion Rücksicht nimmt, – ganz zu schweigen von der zusätzlichen Aufgabe, auch Videokassetten in das Medien-Angebot aufzunehmen. – Ebenso ist der Personalberechnungsschlüssel nicht an den heute von einer Bibliothek erwarteten Dienstleistungen orientiert, so daß zentrale Aufgaben Öffentlicher allgemeiner Bibliotheken – beispielsweise im Bereich der sozialen Bibliotheksarbeit – derzeit nur unvollkommen wahrgenommen werden können.“⁸¹

Das Gutachten lag im Januar 1988 vor.⁸² Die Senatsverwaltung faßte das Ergebnis zusammen:

„Einen ... Umbruch forderte bereits im Januar Dr. Hans Joachim Kuhlmann mit seinem Gutachten für einen Bibliotheksentwicklungsplan der Öffentlichen Bibliotheken im Land Berlin. Eine „optimale Organisation der Berliner Öffentlichen Bibliotheken“ sieht er nur in der „Zusammenfassung unter zentraler Leitung“: „Nur so ist eine bezirksübergreifende Planung möglich, können die ungleichen Arbeitsvoraussetzungen beseitigt werden, nur so läßt sich die AGB reibungslos in ein Gesamtsystem integrieren, können ihre Leistungen von allen Öffentlichen Bibliotheken voll genutzt werden.“⁸³

In der Folge wurde im Laufe des Jahres auf Vorschlag der Volksbildungsstadträte der Bezirke eine „Arbeitsgruppe Bibliotheksentwicklungsplanung“ konstituiert, die sich unter Leitung des Bibliotheksreferats der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten aus drei Volksbildungsstadträten und drei Leiterinnen bzw. Leitern der Ämter Büchereiwesen zusammensetzte.⁸⁴ Diese die Senatsverwaltung beratende Arbeitsgruppe brachte eine Einigung zustande, deren vorläufiges Ergebnis der erste Entwurf des Bibliotheksentwicklungsplans im Herbst 1989 war. Dieser Entwurf wurde jedoch sofort durch die politischen Ereignisse überholt.

In seinem Gutachten plädierte Kuhlmann erstens für die Herauslösung der Öffentlichen Bibliotheken aus der Zuständigkeit der Bezirke⁸⁵ und zweitens für die Errichtung

sogenannter „Regionalbibliotheken“⁸⁶. Diese Idee war schon 1965 bei Ablauf des Förderprogramms erwogen worden.

„Gewiß wird die Gedenkbibliothek nach weiterem Ausbau der Stadtbüchereien für eine umfassende Versorgung von ganz Berlin nicht genügen. Es ist schon heute klar, daß Bibliotheken ihrer Art für Berlin noch etwa drei in Frage kommen, eine im Westen der Stadt, eine im Norden und eine im Osten. Diese Bibliotheken müssen systematisch und als in sich geschlossenes System aufgebaut werden.“⁸⁷

Von Morzé verwies darauf, daß diese Pläne keineswegs neu seien, sondern schon in den dreißiger Jahren erörtert worden seien. Sowohl v. Morzé 1965 als auch Kuhlmann im Jahr 1988 mußten feststellen, daß neben der AGB/BZB dringend weitere Bibliotheken mit Bestandsgrößen ab 200 000 Medieneinheiten notwendig seien.⁸⁸

Die Nicht-Umsetzung dieser Vorschläge zeigt die Grenzen der bezirksorientierten Organisation: Die Bezirke planen und finanzieren keine bezirksübergreifenden Projekte, der Senat stellt auch keine ausreichenden Mittel für solche Planungen zur Verfügung, da die Öffentlichen Bibliotheken vorrangig von den Bezirken zu betreuen und weiterzuentwickeln sind.

Die zwischenbezirkliche Koordination und die Koordination mit dem Bibliotheksreferat der Senatsverwaltung findet in sogenannten Amtsleiterinnen- und Amtsleiter-Runden statt. Sie „dienen der Abstimmung und dem Informationsaustausch; von ihnen eingesetzte, weisungsgebundene Arbeitskreise wenden sich speziellen bibliothekarischen Belangen zu: Öffentlichkeitsarbeit, Jugendbüchereien, Autobüchereien, Literaturversorgung der Ausländer, Ausbildung, Mediotheken an Oberstufenzentren, Schulbüchereien; besonders zu erwähnen ist der Arbeitskreis der Hauptstellenleiter, der die wohl handgreiflichsten Ergebnisse liefert, nämlich die laufende Aktualisierung der „Berliner Systematik“ mit dem Schlagwortindex.“⁸⁹

80 Arbeitsbericht. 1987 (Anm. 72) S. 6.

81 Arbeitsbericht. 1987 (Anm. 72) S. 7.

82 Kuhlmann (Anm. 33).

83 Arbeitsbericht. 1988 (Anm. 72) S. 6.

84 Vgl. Arbeitsbericht. 1988 (Anm. 72) S. 6.

85 Vgl. Kuhlmann (Anm. 33) S. 92.

86 „... eine entscheidende Verbesserung der Medienversorgung für die Berliner Bevölkerung würde nach meiner Ansicht erst durch die Neuerrichtung von drei bis vier zusätzlichen großen Regionalbüchereien erzielt werden. Die AGB mit ihren vielfältigen Aufgaben könnte eine Entlastung sehr wohl vertragen. Als einzige große Öffentliche Bibliothek für ganz Berlin zieht sie aus allen Bezirken Benutzer an, denen die Angebote in den derzeitigen Hauptstellen der bezirklichen Büchereisysteme nicht ausreichen. Die für Erwachsene bestimmten Bestände dieser Hauptstellen zählen in der Regel weniger als 100 000 Medien, sind also für die Erfüllung spezieller Leserwünsche nicht groß genug. Der große, über 900 000 Medien umfassende Bestand der AGB ist wiederum auf einen Spitzenbedarf und für die Versorgung des Leihverkehrs ausgerichtet. Eine Zwischengruppe von drei bis vier über das Stadtgebiet verteilten „Regionalbüchereien“ mit Beständen von je etwa 300 000 bis 350 000 Medieneinheiten könnte einerseits die Dienste der kleineren Büchereien ergänzen und die regionalen Besonderheiten pflegen, andererseits die stark frequentierte AGB entlasten.“ Kuhlmann (Anm. 33) S. 93-94.

87 Morzé (Anm. 33) S. 46.

88 Vgl. auch Pilzer (Anm. 6) S. 38-39.

89 Anderhub (Anm. 1) S. 48.

Diese Arbeitskreise stellen die – bei aller Unterschiedlichkeit und Selbständigkeit der Bezirke – notwendige Gemeinsamkeit und Einheitlichkeit der Bibliothekssysteme her.⁹⁰

Gemeinsamkeiten gibt es auch beim Verbuchungssystem per Fotoverbuchung. 1977 wurde ein einheitlicher Benutzerausweis für die Westberliner Öffentlichen Bibliotheken eingeführt. Allerdings mußte die AGB mit Einführung der EDV-Verbuchung diese Einheitlichkeit wieder durchbrechen und einen eigenen maschinenlesbaren Ausweis ausgeben. Im Zuge des projektierten EDV-Verbundes für die Öffentlichen Bibliotheken Berlins soll das wieder geändert werden.⁹¹

1979 wurden in dem Arbeitsbericht der Senatsverwaltung die Gemeinsamkeiten hervorgehoben:

[Es gibt] „eine Fülle von Gemeinsamkeiten des Öffentlichen Büchereiwesens in Berlin: Einheitliche Systematik der Bestände, gemeinsames Schlagwortregister, gleiches Verbuchungssystem, gemeinsame Benutzerausweise, die in allen Büchereien gelten, vor allem aber auch regelmäßige Arbeitssitzungen der Leiter der Stadtbüchereien und ständige gemeinsame Arbeitskreise zu den wichtigsten Fachfragen wie z.B. Jugendbibliotheken, Schulbibliotheken, Autobüchereien usw.“⁹²

Es besteht ein offensichtliches Bedürfnis, zumindestens von seiten der Senatsverwaltung, die Gemeinsamkeiten in Abständen immer wieder hervorzuheben, sie vielleicht auch zu beschwören, um einer Auseinanderentwicklung entgegenzuwirken.

Ein Dilemma in allen Bezirken war die personelle Ausstattung und die Struktur der Personalbemessung. Eine Berliner Besonderheit gegenüber dem bundesdeutschen Bibliothekswesen ist die fast durchgängige Verbeamtung der bibliothekarischen Kräfte, die in den 70er Jahren abgeschlossen wurde. Die Gewerkschaften waren maßgeblich an dieser Entwicklung beteiligt.⁹³ Aufgrund dieser Sonderentwicklung wurde in Berlin auch keine Assistentenausbildung für die Öffentlichen Bibliotheken eingerichtet, da man sich nicht über die Frage Angestellten- oder Beamtenstatus einigen konnte. Die nichtbibliothekarischen Tätigkeiten werden daher von angelernten Angestellten verrichtet, die häufig aus anderen Teilen der Verwaltung umgesetzt wurden. Kuhlmann kommt in seinem Gutachten zu dem Schluß, daß der Mehrbedarf an Angestellten ganz erheblich sei und daß vor allem eine qualifizierende Ausbildung dringend erforderlich sei, um bei der Schaffung von Stellen auch auf Nachwuchs zurückgreifen zu können.⁹⁴ Mangelhaft nennt er auch die Personalbemessung aus den 60er Jahren, die eine Besetzung von 1 : 1 von Bibliothekaren zu Assistenten/Angestellten vorsieht. Eine neue Personalbemessungsformel fiel Ende der 70er Jahre den Sparmaßnahmen zum Opfer.

3.1.2 Ostberlin: Rechtliche Rahmenbedingungen

Der Zeitraum 1961 bis 1989 ist im Bibliothekswesen der DDR gekennzeichnet durch die Festlegung von Rechtsnormen, die zu einer weiteren Vereinheitlichung zumindestens im Sektor der allgemeinbildenden Bibliotheken führte. Die DDR-Bibliotheksgeschichtsschreibung bezeichnet die Phasen als „Herausbildung des einheitlichen sozialistischen Bibliothekssystems in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft“

(1961-1971) sowie „Die Fortschritte der Bibliotheksarbeit unter den Bedingungen des entwickelten Sozialismus“ (1971-1985).⁹⁵

Das wesentliche bibliothekspolitische Ereignis zwischen Mauerbau und Öffnung der Grenze war die Verabschiedung der „Bibliotheksverordnung“ (BVO) durch den Ministerrat der DDR am 31.05.1968 mit Wirkung vom 01.07.1968.⁹⁶

Diese Bibliotheksverordnung war Ergebnis einer langen Diskussion über ein Bibliotheksgesetz und über die zukünftige Organisation des Bibliothekswesens allgemein. Direkt nach Gründung der DDR wurde die Vereinheitlichung der verschiedenen Bibliotheksbereiche erstrebt, letztendlich setzte sich jedoch die klassische deutsche Trennung zwischen Wissenschaftlichen und Öffentlichen Bibliotheken durch.⁹⁷ Während in den 50er Jahren die Forderung nach einem Bibliotheksgesetz vornehmlich von seiten der Öffentlichen Bibliotheken laut wurde, setzten sich in den 60er Jahren auch die Vertreter der Wissenschaftlichen Bibliotheken vermehrt für ein solches Gesetz ein.⁹⁸ Der „Bibliotheksverband der DDR“⁹⁹ bemühte sich seit seiner Gründung um eine „konzeptionelle Grundlegung für die weitere Bibliotheksentwicklung“¹⁰⁰. Erika Marks schreibt weiter:

„In den zwei folgenden Jahren forderte der Verband dann immer wieder die Schaffung eines Bibliotheksgesetzes. So wurde in seinem Arbeitsprogramm für den Zeitraum 1966 bis 1968 bei den Maßnahmen zur Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bibliothekssystems als Aufgabe genannt: „Vorbereitung und Ausarbeitung des Entwurfs eines Bibliotheksgesetzes.“ Auch in den Thesen des Verbandes für die 2. Hauptversammlung 1966 in Erfurt stand, daß zur Beseitigung der Hemmnisse auf dem Gebiet des Bibliothekswesens, „die Verabschiedung eines Gesetzes für das einheitliche sozialistische Bibliothekswesen noch notwendiger geworden“ sei. Hinsichtlich der Zielrichtung des Gesetzes wurde darin folgende Auffassung vertreten: „Dieses Gesetz

90 Vgl. auch Kuhlmann (Anm. 33) S. 26-42.

91 Vgl. Kuhlmann (Anm. 33) S. 38-39.

92 Arbeitsbericht 1979 (Anm. 72) S. 19.

93 Vgl. Anderhub (Anm. 1) S. 47. Protokolle der Arbeitsbesprechungen und bibliothekarischen Fachdiskussionen, 30.6.1971.

94 Vgl. Kuhlmann (Anm. 33) S. 36-37 und 88-91.

95 Vgl. Marks (Anm. 35) S. 6, S. 99, S. 147. Vgl. auch Vodosek (Anm. 35) S. 16.

96 Verordnung über die Aufgaben des Bibliothekssystems bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Mai 1968 – Bibliotheksverordnung (BVO). In: Rechts-ABC. Leipzig 1983. S. 205-216. Vgl. auch Anlage 1.

97 Vgl. Kap. 2.2.3.

98 Vgl. Marks, Erika: Im Vorfeld der Bibliotheksverordnung. In: Bibliothekar 42 (1988) S. 193-197.

99 Der „Bibliotheksverband der DDR“ (bis 1972 „Deutscher Bibliotheksverband“) wurde am 18./19.3.1964 als Institutionenverband für alle Bibliothekstypen der DDR gegründet. Vgl. Marks (Anm. 35) S. 106. Die Rechtsfähigkeit wurde am 20.04.1964 vom Ministerium für Kultur angeordnet (Anordnung über die Rechtsfähigkeit des Deutschen Bibliotheksverbandes vom 20. April 1964. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 282-283), das letzte Statut ist von 1977 (Statut des Bibliotheksverbandes der Deutschen Demokratischen Republik vom 28. Oktober 1977. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 408-409).

100 Marks (Anm. 98) S. 197.

muß auf die engen kooperativen Beziehungen zwischen Bibliotheken und Informationseinrichtungen Bezug nehmen und eine Veränderung der Struktur des Bibliothekswesens festlegen, die im Sinne der neuen Aufgabenstellung etappenweise nach einem konkreten Plan zu realisieren wäre, aus dem die Perspektive jeder einzelnen Bibliothek ersichtlich ist.¹⁰¹

Mit der Verabschiedung der Bibliotheksverordnung 1968 wurde die Struktur des Bibliothekswesens rechtlich festgelegt, es fanden Aufgabenzuschreibungen und Organisationsfestlegungen statt. Die BVO, gültig für Wissenschaftliche und Öffentliche Bibliotheken, legte für die Staatlichen Allgemeinbibliotheken die grundlegenden Aufgaben fest, die später in der 5. Durchführungsbestimmung spezifiziert wurden. Die BVO war als Rahmenverordnung zu verstehen, die durch die Durchführungsbestimmungen ergänzt und aktualisiert werden konnte. Wesentlich waren zwei Grundprinzipien:

1. Kooperation (BVO § 10,1)

„Die Bibliotheken lösen ihre Aufgaben eigenverantwortlich und organisieren die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Bibliotheken. Zur effektiven Nutzung aller vorhandenen Kapazitäten des Bibliothekssystems, zur vernünftigen Abstimmung der Aufgaben der einzelnen Bibliotheken und zur rationellen Arbeitsteilung wirken die Bibliotheken, bei Wahrung der Eigenverantwortlichkeit, in Bibliotheksnetzen zusammen. Das verlangt, die Kooperationsbeziehungen zwischen den Bibliotheken nach den jeweiligen Bedürfnissen zu entwickeln und zu erweitern.“

2. Eigenverantwortlichkeit (BVO § 18,1)

„Die Leiter der staatlichen Organe und Einrichtungen und der Betriebe, denen Bibliotheken unterstehen, sind für die planmäßige Entwicklung der Bibliotheken, für die Bestimmung ihrer Aufgaben mit Hilfe bestätigter Perspektiv- und Jahrespläne und für die ausreichende materielle und personelle Sicherung ihrer Arbeit voll verantwortlich.“¹⁰²

Marks resümiert:

„Der Einsatz zentraler finanzieller und materieller Ressourcen zum Aufbau eines einheitlichen Bibliothekssystems war damit ebenso ausgeschlossen worden wie das Instrumentarium administrativer Verfügungsmittel der Staatsmacht. Das Bibliothekssystem mußte sich in den nachfolgenden Jahren folglich im Rahmen jener Grenzen herausbilden, die durch bestehende Verantwortungsbereiche vorgeformt und mit Hilfe von Vereinbarungen zu erreichen waren.“¹⁰³

Damit war die Idee eines einheitlichen Bibliothekssystems Leninscher Prägung offiziell und rechtlich aufgehoben worden.¹⁰⁴

Grundsatzentscheidungen auf dem Gebiet des Bibliothekswesens behielt sich der Ministerrat vor, ansonsten war der Minister für Kultur für die Koordinierung der Entwicklungsplanung verantwortlich, wobei eine Abstimmung mit dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, das für die Wissenschaftlichen Bibliotheken zuständig war, und dem Ministerium für Wissenschaft und Technik erfolgen sollte.¹⁰⁵ „Als beratendes Gremium für diese Fragen ist beim Minister für Kultur ein Beirat für Bibliothekswesen zu bilden, in dem auch der Deutsche Bibliotheksverband vertreten sein muß.“¹⁰⁶ In den folgenden Jahren wurden auf allen Ebenen des Bibliothekswesens derartige Beiräte gebildet.

Die Bibliotheksverordnung wurde um Durchführungsbestimmungen (DB) ergänzt, die die Schaffung von Leit-einrichtungen, die Herausbildung neuer Bibliothekstypen und den Aufbau von Bibliotheksnetzen inhaltlich näher bestimmten und juristisch fixierten.¹⁰⁷ Die wichtigsten Durchführungsbestimmungen waren die

1. DB: Statut des Zentralinstituts für Bibliothekswesen
2. DB: Zur Deutschen Bücherei in Leipzig
3. DB: Zur Deutschen Staatsbibliothek in Berlin
5. DB: Zu staatlichen Allgemeinbibliotheken
6. DB: Zu Wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken der Bezirke.¹⁰⁸

Für das 1964 gegründete „Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken“ (MZ) des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, das Pendant zum Zentralinstitut für Bibliothekswesen, wurden die rechtlichen Grundlagen über Anweisungen des Ministeriums geschaffen.¹⁰⁹

Entscheidend für das Öffentliche Bibliothekswesen der DDR waren die 5. und die 6. Durchführungsbestimmung. Die 5. DB von 1971, betreffend die Staatlichen Allgemeinbibliotheken (StAB), legte folgende Aufgaben und Strukturen fest:

1. Die StAB waren der territorial wirksame Bereich des Bibliothekswesens.¹¹⁰

101 Marks (Anm. 98) S. 197. Zur Entstehung der BVO vgl. auch Riedl, Hans: Die Staatlichen Allgemeinbibliotheken. In: Bibliothekar 33(1979) S. 289-292.

102 Bibliotheksverordnung 1968. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 211 und 215.

103 Marks (Anm. 35) S. 114.

104 Werner, Heinz: Struktur und Bibliotheksrecht in der DDR. In: Bibliotheksarbeit in der DDR und in der Bundesrepublik im Vergleich. Berlin 1990. S. 32 faßt das wie folgt zusammen: „So dominierten in den sechziger Jahren mehr und mehr die Vorstellungen, auf der Grundlage eines Bibliotheksgesetzes ein einheitliches Bibliothekssystem zu schaffen, in dem alle Bibliotheken einem staatlichen Organ, einem Ministerium oder einem Staatssekretariat unterstellt oder von einem mit interministeriellen Weisungsbefugnissen ausgestatteten zentralen, direkt dem Ministerrat unterstellten Organ geleitet werden sollten. Solche Vorstellungen widersprachen aber Grundtendenzen der staatsrechtlichen Entwicklung in der DDR, und im Ergebnis der Beratungen wurde entschieden, das Bibliothekswesen in der DDR als „einheitliches Bibliothekswesen“ nicht strukturell-administrativ sondern funktionell-kooperativ zu gestalten.“

105 Vgl. Bibliotheksverordnung § 17,2. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 214.

106 Bibliotheksverordnung § 17,3. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 214.

107 Vgl. Marks (Anm. 35) S. 114. Die Durchführungsbestimmungen zur BVO werden zwischen 1970 und 1976 verabschiedet. Alle sind einschließlich ergänzender Richtlinien und Anlagen abgedruckt in: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 217-259.

108 Die genauen Bezeichnungen aller zehn Durchführungsbestimmungen sind in der Anlage 1 benannt.

109 Vgl. Anweisung Nr. 17/1977 über das Statut des Methodischen Zentrums für wissenschaftliche Bibliotheken und Informations- und Dokumentationseinrichtungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen vom 26. September 1977. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 403-408. Vgl. auch Marks (Anm. 35) S. 104 sowie Kern, Wilfried: Das Bibliothekswesen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1981. S. 18-19. – Vgl. hierzu auch Bibliothek 10 (1986) S. 281-285 (Petra Scheulen). [Anm. d. Red.].

110 5. Durchführungsbestimmung zur BVO, § 2,1. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 232.

2. Sie arbeiteten in Netzen zusammen, sowohl auf örtlicher als auch auf regionaler Ebene (Landkreise, Bezirke).¹¹¹
3. Sie waren dem Rat der Stadt/Gemeinde nachgeordnet, in der sie ihren Sitz hatten.¹¹²

In einer Richtlinie zur 5. DB¹¹³ wurden Einzelheiten zur Arbeitsweise der Bibliotheken festgelegt, so z.B. zum Bestandsaufbau, zur Bestandserschließung, zur Hierarchie der Bibliotheken usw.

„Der mit der 5.DB zur BVO konstituierte Typ der staatlichen Allgemeinbibliothek erwuchs aus den allgemeinen öffentlichen Bibliotheken der 60er Jahre und knüpfte an die progressiven Traditionen dieser Einrichtungen an. Denn die wesenseigenen Merkmale dieses Bibliothekstyps, die umfassende Verbreitung belletristischer und künstlerischer Literatur, die Propagierung gesellschaftswissenschaftlicher und Fachliteratur sowie die Literaturbetreuung von Kindern und Jugendlichen, blieben erhalten.“¹¹⁴

In einer Broschüre des Bibliotheksverbandes der DDR werden die Staatlichen Allgemeinbibliotheken definiert. Die Darstellung wird in voller Länge übernommen, da sie am prägnantesten die Aufgabenstellungen umreißt, und das in der eigenen Terminologie und Gewichtung.

„Die Staatlichen Allgemeinbibliotheken sind der grundlegende, in allen Orten der Republik wirksame Bibliothekstyp. Durch diese Bibliotheken mit ihren Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene werden alle Teile der Bevölkerung erreicht. Die Staatlichen Allgemeinbibliotheken bilden ein eigenes, der administrativ-territorialen Struktur entsprechendes Bibliotheknetz. Dazu zählen Gemeindebibliotheken, ländliche Zentralbibliotheken, Stadtbibliotheken, Stadt- und Kreisbibliotheken bzw. Kreisbibliotheken, Wissenschaftliche Allgemeinbibliotheken der Bezirke bzw. Stadt- und Bezirksbibliotheken. Diese Bibliotheken sind jeweils den örtlichen Organen der Staatsmacht unterstellt. In der Regel werden die Staatlichen Allgemeinbibliotheken in Orten über 3000 Einwohner hauptberuflich und in kleineren Orten nebenberuflich geleitet. Die Staatlichen Allgemeinbibliotheken wecken, fördern und befriedigen Bedürfnisse nach Literatur und Literaturinformation. Sie tragen zur sozialistischen Bewußtseins- und Persönlichkeitsbildung bei und unterstützen die Aus- und Weiterbildung, das Studium, die berufliche Qualifizierung, die ästhetische und Allgemeinbildung, die niveauvolle Unterhaltung und schöpferische Freizeitgestaltung. Die Staatlichen Allgemeinbibliotheken erfüllen ihre Aufgaben mit Hilfe eines alle Gebiete umfassenden, erschlossenen Bestandes an Büchern, Zeitschriften und Zeitungen sowie auditiven, visuellen und anderen Materialien. Sie sind Zentren des geistig-kulturellen Lebens ihres Einzugsbereiches geworden. Das ständig zunehmende, breite und differenzierte Angebot an Bibliotheksbeständen und bibliothekarischen Dienstleistungen für unsere sozialistische Gesellschaft ist die Grundlage für die kontinuierlich wachsenden Leistungen der Staatlichen Allgemeinbibliotheken.“¹¹⁵

In dem Zitat werden auch die Wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken der Bezirke, abgekürzt WAB(B), bei der Aufzählung der Staatlichen Allgemeinbibliotheken genannt. Sie wurden durch die 6. DB zur BVO¹¹⁶ konstituiert und den Staatlichen Allgemeinbibliotheken zugeordnet, nicht dem wissenschaftlichen Bibliotheksbereich. Nach Riedl gehörte die „planmäßige Realisierung

der Konzeption der WAB(B) ... zu den strukturbestimmenden Aufgaben der Bibliotheksentwicklung in der DDR noch über die siebziger Jahre hinaus“¹¹⁷.

Mit der Bibliotheksverordnung von 1968 und den folgenden Durchführungsbestimmungen waren die entscheidenden Weichen für die Entwicklung des Bibliothekswesens der DDR gestellt. Die Zweiteilung in Wissenschaftliches und Öffentliches Bibliothekswesen war festgeschrieben worden, Kooperation war vorgesehen, die Wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken der Bezirke bildeten eine Art Schnittstelle zwischen den Bereichen. In den 70er Jahren wurden die Richtlinien spezifiziert. In den 80er Jahren gab es keine wichtigen Veränderungen in der Struktur und Organisation des Bibliothekswesens der DDR.

Im Jahr 1977 wurde mit Wirkung vom 01.01.1978 allgemeinverbindlich die „Klassifikation für Staatliche Allgemeinbibliotheken und Gewerkschaftsbibliotheken“ (KAB) eingeführt; sie löste damit die „Systematik für allgemeinbildende Bibliotheken“ ab. Umsystematisierungen sollten bis 31.12.1980 beendet sein.¹¹⁸ Schon 1975 sorgte die Anweisung über die Einführung der „Regeln für die Alphabetische Katalogisierung“ (RAK), die ab 01.01.1977 verbindlich in allen Bibliotheken der DDR angewandt werden mußten, für eine Vereinheitlichung der Bearbeitung.¹¹⁹ Gleichzeitig wurde die Nutzung zentraler Dienste nochmals verbindlich festgelegt: „Für den Aufbau der alphabetischen Kataloge sind zentral gefertigte Titeldrucke (z.B. Leipziger Titeldrucke der Deutschen Bücherei, Annotierte Zetteldrucke des Zentralinstituts für Bibliothekswesen) zu nutzen.“¹²⁰

Da die zentralen Titeldrucke in der Regel auch die KAB-Notation enthielten, entfiel damit die hausinterne Formal- und Sachkatalogisierung.

Die Menschen in Ostberlin waren durch den Mauerbau 1961 besonders betroffen, da bis zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit bestand, Bibliotheken des Westens relativ unkompliziert zu benutzen und in Buchhandlungen einzukaufen. Marks schreibt dazu: Der „Besonderheit der Situation in der DDR mußte stets Rechnung getra-

111 5. Durchführungsbestimmung zur BVO, § 3-4. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 233-234.

112 5. Durchführungsbestimmung zur BVO, § 7,1. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 236.

113 Richtlinie zur Fünften Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der den örtlichen Räten unterstehenden staatlichen Allgemeinbibliotheken. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 238-246.

114 Marks (Anm. 35) S. 117-118.

115 Kern (Anm. 109) S. 8.

116 Sechste Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Aufgaben und Arbeitsweise der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken der Bezirke – vom 5. Januar 1971. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 247-248. Der Bibliothekstyp existiert seit 1968, wurde in der BVO aber noch zum Wissenschaftlichen Bibliotheksbereich gerechnet.

117 Riedl (Anm. 101) S. 296.

118 Anweisung über die Einführung der Klassifikation für Staatliche Allgemeinbibliotheken und Gewerkschaftsbibliotheken vom 6. September 1977. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 402-403.

119 Anweisung über die Einführung der „Regeln für die Alphabetische Katalogisierung“ (RAK) in den Bibliotheken vom 1. Oktober 1975. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 375-376.

120 RAK-Anweisung, § 3. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 375.

gen werden, floß doch aus Westberlin ein trüber Strom literarischer Machwerke in die DDR ein, der nicht nur das Ideengut des geschlagenen deutschen Imperialismus und des Antikommunismus zu verbreiten suchte, sondern auch antihumanistische und billige Schund- und Schmutzerzeugnisse einschloß. ... Die Maßnahmen der Regierung der DDR zur Sicherung der Staatsgrenze West am 23. August 1961 schoben dem unkontrollierten Eindringen dieser Erzeugnisse endgültig einen Riegel vor. In den nächstfolgenden Monaten veranstalteten Berliner Bibliothekare in Schulen Schmöcker-Umtausch-Aktionen, bei denen für die Abgabe von je drei Schmökern ein gutes Buch als Äquivalent angeboten und die Schüler als Leser für die Kinderbibliotheken geworben wurden.¹²¹

Damit war für Marks die Entwicklung eines „unabhängigen“ Bibliothekswesens nun auch in Ostberlin möglich und gegeben.¹²² Die Hauptstadt der DDR fügte sich von nun an in das Netz der Bibliotheken ein, auf Stadtbezirksebene wurden die Staatlichen Allgemeinbibliotheken als Stadtbezirksbibliotheken mit Haupt- und Zweigstellen weiterentwickelt, die Berliner Stadtbibliothek wurde Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek des Bezirks.¹²³

3.2 Kreuzberg

3.2.1 Demokratie im Bezirk – Organisationsstruktur und Entscheidungsprozesse

Bei Maueröffnung 1989 gab es im Bezirk Kreuzberg 14 Bibliotheken.¹²⁴ Davon waren

6 Erwachsenenbibliotheken einschließlich des 1961 gegründeten „Politischen Buchkabinetts“ im Rathaus Kreuzberg und der Namik-Kemal-Bücherei, einer Spezialbücherei für Türken und Türkinnen, die auch Bestände für Jugendliche bereithält,

4 Jugendbüchereien und

4 Mediotheken in einer Gesamtschule und in drei Oberstufenzentren.

Diese Situation war weitgehend Ende der 50er bis Mitte der 60er Jahre geschaffen worden mit Ausnahme der Mediotheken, die zwischen 1977 und 1983 eröffnet worden sind, und der Namik-Kemal-Bücherei, die 1974 eingerichtet wurde.

Die Hauptstelle am Verkehrsknotenpunkt Kottbusser Tor eröffnete im April 1964 mit einem Neubau.

„Die Bücherei (viergeschossiger Neubau, 1086 m²) bedeutet eine echte Neueinrichtung. Sehr günstiger Standort, aber fehlende Leuchtschrift. Die Unterbringung der Erwachsenenbücherei im 1. Stock ist unzweckmäßig. Das viergeschossige Gebäude hat nur einen Lasten- aber keinen Personenaufzug, der wahrscheinlich nachträglich eingebaut werden muß. Ungeachtet der durch die ungünstige Bauweise vorhandenen betrieblichen Schwierigkeiten rechnet die Büchereiverwaltung mit einer erheblichen Leser- und Ausleihzunahme und einer damit verbundenen Entlastung der Amerika-Gedenkbibliothek, die sich alsdann in stärkerem Maße ihren überregionalen Aufgaben widmen kann.“¹²⁵

In einem Schreiben des Kreuzberger Amtsleiters an die Bezirksverwaltung wird das Büchereisystem umrissen:

„Es gibt in jedem Berliner Bezirk nur *eine* Stadtbücherei und also auch in Kreuzberg. Die Stadtbücherei ist ein

System von Büchereieinrichtungen, bestehend aus einer Hauptstelle und den zu ihr gehörigen Zweigstellen. Die Zweigstellen ... sind also keine organisatorisch selbständigen Gebilde, sondern Teile eines Ganzen. Die Hauptstelle ist der zentrale Ort, an dem ... alle jene Einrichtungen in Erscheinung treten, die für die praktische Büchereiarbeit charakteristisch sind ... und in der die fachliche und büromäßige Verwaltungsarbeit für alle Einrichtungen des gesamten Büchereiwesens zusammengefaßt ist.“¹²⁶

Als wesentliche Aufgabe der Zweigstellen wird der Ausleihdienst benannt, während alle „fachlichen und büromäßigen Angelegenheiten“ der Zweigstelle in der Hauptstelle erledigt werden. Und weiter:

„Aus dem genannten Organisationsprinzip ergibt sich, daß die Beschäftigten der Stadtbücherei nur in einer Dienststelle, nämlich der Stadtbücherei, tätig sind, ganz gleich, ob sie im Amt, in der Zugangsstelle oder in den Zweigstellen ihren Dienst tun. ... Im allgemeinen sind die einzelnen Zweigstellen mit Personal so knapp besetzt ..., daß bei einem Ausfall eines Mitarbeiters sofort ein Mitarbeiter aus ... der Zugangsstelle als Ersatz einspringen muß. Dieser Vorgang tritt sehr oft ein, wobei eine solche Vertretung manchmal sehr langwierig ist; insbesondere muß in der Ferienzeit ein umfangreicher Vertretungsdienst organisiert werden.“¹²⁷

Das bezirkliche Bibliothekssystem wird eindeutig als eine Einheit angesehen, in der die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zwar selbstverständlich fest zugewiesene Arbeitsbereiche und -orte haben, bei Bedarf aber jederzeit Vertretungen übernehmen müssen, die auch längerfristiger Natur sein können, z.B. bei Krankheitsausfällen,

121 Marks (Anm. 35) S. 77.

122 „Die Sicherungsmaßnahmen vom 13. August dienten dem Schutz des Sozialismus und der Arbeiter-und-Bauern-Macht, normalisierten das Leben der Bevölkerung in Berlin und bildeten die Voraussetzung für einen nun weitgehend von direkter Einflußnahme des Imperialismus störungsfreien Ausbau der sozialistischen Arbeits- und Lebensbedingungen in der DDR. Bibliothekare aus allen Teilen der Republik stellten sich 1961 für die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls in Berlin zur Verfügung, wußten sie doch, daß diese Maßnahme auch ihre Arbeit für Frieden und Sozialismus ganz wesentlich erleichtern würde.“ Marks (Anm. 35) S. 77.

123 Vgl. Berliner Stadtbibliothek (Anm. 60) S. 19.

124 Die einzelnen Einrichtungen (Stand 1989) sind in der Anlage 2 aufgeführt. Die genaue historische Entwicklung ergibt sich aus Anlage 3 „Chronik der Stadtbücherei Kreuzberg“, zusammengestellt aus der Akte Bibliotheksgeschichte beim Amt Büchereiwesen Kreuzberg und aus den Chroniken in den jährlichen Arbeitsberichten der Senatsverwaltung.

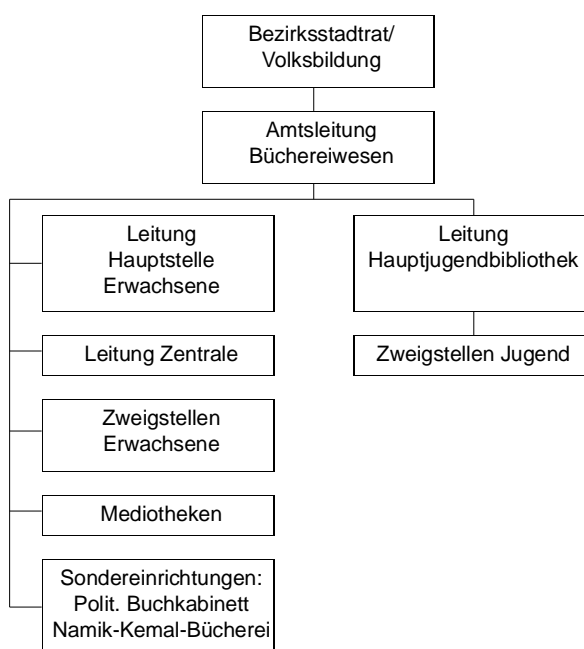
125 Sasse (Anm. 22) S. 27. Der Lastenaufzug ist in einen Personenaufzug umgebaut worden.

126 Schreiben Volksbildung/Büchereiwesen. Betr.: Antwort auf den Bericht des Verwaltungsrevisors betr. Arbeitsplatzüberprüfung im Büchereiwesen, Vorg.: Bericht vom 20. Juli 1962 – PV-Verw.-Rev. 0102/2 von 1962, in: Amt Büchereiwesen Kreuzberg, Akte 0: Büchereigeschichte, S. 1 des Schreibens. Zur Funktion des Amtsleiters wird noch ausgeführt: „Da die gesamte Arbeit des Büchereiwesens entscheidend durch fachliche Gesichtspunkte bestimmt wird und die büromäßig-verwaltungstechnischen Aufgaben nur insofern, als sie als notwendige Begleiterscheinungen auftreten, erledigt werden, ist die Leitung des Amtes durch eine Fachkraft (Diplombibliothekar) zu besetzen und hier in Kreuzberg auch besetzt worden.“

127 Wie Anm. 126, S. 2.

Mutterschutzzeiten usw. Diese Organisationsbeschreibung von 1962 hat in der Grundaussage bis heute Gültigkeit.

Die internen Strukturen ergeben sich aus der folgenden schematischen Darstellung:



Die Amtsleiter bzw. Amtsleiterinnen sind Fachbeamte, die direkt den Stadträten für Volksbildung unterstellt sind.¹²⁸ Innerhalb der Kreuzberger Stadtbücherei gibt es zwei Hauptstränge in der Organisation.

1. Die Leiterin der Hauptjugendbibliothek in der Adalbertstraße ist gleichzeitig zuständig für die drei Zweigstellen Glogauer Straße, Dudenstraße und Oranienstraße. Der Dienstweg Zweigstellen – Amtsleitung geht über die Leiterin der Hauptjugendbibliothek.

2. Der Erwachsenenbereich ist nicht analog organisiert. Der Leiter der Hauptstelle ist gleichzeitig Vertreter der Amtsleiterin. Die Leiter/innen der Zweigstellen sind ihm nicht untergeordnet, sondern unterstehen direkt der Amtsleitung, ebenso wie die Leiter der Mediotheken, die Leitung der Zentrale und die Leiter der Sondereinrichtungen. Anders als im Jugendbereich gibt es damit keine Zwischenstelle zwischen praktisch allen Einrichtungen und der Amtsleitung. Dadurch entsteht eine relativ egalitäre Stellenstruktur.¹²⁹

Die Zentrale ist örtlich in der Hauptstelle angesiedelt, steht aber im Prinzip außerhalb, da sie für alle Einrichtungen die zentralen Bestell- und Einarbeitungstätigkeiten vornimmt; sie ist quasi eine eigene Einrichtung.

Die Verantwortung für den Bestandsaufbau liegt in allen Bezirken bei der Amtsleitung, sie hat die letzte Entscheidung. In einigen Bezirken Westberlins gibt es sogenannte Kaufsitzungen, in denen zwischen den zuständigen Bibliothekarinnen und Bibliothekaren und der Amtsleitung die Auswahl vorgenommen wird, wobei Auswahlreferent/inn/en ausschließlich Mitarbeiter/innen der Hauptstelle sind. In Kreuzberg sind die Kaufsitzungen seit 1977 in der klassischen Form abgeschafft.¹³⁰ Die Bestellauswahl bezieht alle bibliothekarischen Kräfte des Bibliothekssystems ein.¹³¹ Jede Bibliothekarin und jeder Bibliothekar ist als Referentin oder Referent zuständig

für mindestens ein Fachgebiet und muß in regelmäßigen Abständen, im allgemeinen im dreimonatigen Rhythmus, eine Vorschlagsliste neuer Titel erarbeiten, die dann als Bestellgrundlage für die Verantwortlichen in den einzelnen Einrichtungen dient. Darüber hinausgehende Empfehlungen anderer Bibliothekare und Bibliothekarinnen sollten vor Verschicken der Liste an die zuständige Referentin gegeben werden. Die Bestände der Einzelbibliotheken werden individuell von den Fachkräften vor Ort aufgebaut; jede Bibliothek verfügt über einen eigenen, intern am Jahresanfang zugeteilten Etat aus dem gesamten Erwerbungssetat. Damit sind die Bibliothekarinnen und Bibliothekare in den Zweigstellen keine reinen Ausleihbibliothekare, sondern sie sind stark in die inhaltliche Arbeit des Gesamtsystems eingebunden.

Sowohl in der Hauptstelle als auch in den Zweigbibliotheken, weder im Erwachsenen- noch im Jugendbereich gibt es ausgewiesene Spezialbibliothekare. Das bundesdeutsche Bibliothekswesen (und damit auch das Westberlins) hat z.B. keine Spezialausbildung für Kinder- und Jugendbibliothekare. Ähnlich wie mit der örtlichen Zuweisung zu einzelnen Bibliotheken innerhalb des Bezirkssystems ist es auch mit der Zuweisung von speziellen Tätigkeitsmerkmalen: Selbstverständlich werden bestimmte Aufgaben aufgeteilt (im Erwachsenenbereich z.B. Aufbau eines Informationsbestandes, Broschürendienst, Heimausleihe usw.), die Zuweisung ist auf der Ebene aber nicht Bestandteil der Stellenbeschreibung, sondern kann wechseln, da diese Tätigkeiten nicht an Besoldungsstufen gekoppelt sind. Es gibt also keine sogenannten „Funktionsstellen“ wie im Ostteil der Stadt, die in allen Bezirken für bestimmte Zuständigkeiten gleich aufgebaut sein sollen.

Der inhaltliche und fachliche Austausch findet in sogenannten Fachdiskussionen statt. Sie entwickelten sich Ende der 60er Jahre aus den Kaufsitzungen, auf denen bei Bedarf übergeordnete Fragen diskutiert wurden. Seit Beginn der 70er Jahre wurden diese Sitzungen institutionalisiert und lösten dann 1977 die Kaufsitzungen ab. 1970 gab es pro Monat eine Fachdiskussion und drei Kaufsitzungen, bei Bedarf jeweils mehr. Bei der Änderung 1977 fanden dann vierzehntägige Fachdiskussionen statt, später einmal monatlich.

Die Fachdiskussionen hatten über einen längeren Zeit-

128 Die etwas ungewöhnliche Bezeichnung „Amtleiter/in“ statt „Direktor/in“ leitet sich aus „Amt Büchereiwesen“ (bzw. seit 1992 wahlweise „Amt Bibliothekswesen“) der Bezirke ab.

129 Daraus kann sich das Problem der geringen Beförderungsmöglichkeiten ergeben. Der Haushaltsplan 1991 weist 24 bibliothekarische Stellen unterhalb der Amtsleitung aus, davon eine A13 und zwei A12 Stellen. Die Aufstiegsmöglichkeiten sind demzufolge nicht sehr ausgeprägt; in anderen Berliner Bezirken sieht es ähnlich aus. Auch in vorhergehenden Jahren/Jahrzehnten war die Situation nicht anders. Vgl. Haushaltsplan von Berlin für das Haushaltsjahr 1991. Bezirksplan Kreuzberg. S. 221.

130 Vgl. Protokolle der Arbeitsbesprechungen und bibliothekarischen Fachdiskussionen, 7.6.1977 ff.

131 Die Darstellung der Kaufentscheidung bezieht sich auf den Erwachsenenbereich. Im Jugendbereich finden Kaufsitzungen statt. In diesem Abschnitt soll nicht im einzelnen das Bestellsystem der Kreuzberger Stadtbücherei erläutert, sondern die Struktur der Beteiligung aller Fachkräfte an der inhaltlichen Arbeit deutlich gemacht werden.

raum, beeinflusst durch die allgemeine Liberalisierung im Zuge der 68er Studentenbewegung, einen weitgehend basisdemokratischen Charakter. Das Studium der Protokolle zeigt, daß weitgehende Mitbestimmung und Mitsprache bei allen Entscheidungen im Bibliotheksbereich gefordert und zum Teil umgesetzt wurde, und zwar für alle Beschäftigten, auch die technischen Angestellten. Eine Gruppe politisch aktiver Bibliothekarinnen und Bibliothekare, die sich „Sozialistischer Arbeitskreis Bibliotheken Berlin“ (SABBER) nannte und einige Mitglieder in Kreuzberg hatte, brachte Diskussionen in Gang, die auch nach Auflösung der Gruppe im Bezirk weitergeführt wurden.¹³² Ein Resultat der geforderten Mitbestimmung bei bibliothekspolitischen Fragen war die Wahl von jeweils einem Sprecher für die Bibliothekare und die Angestellten. Die Angestellten wählten erstmals im November 1970, die gewählte Sprecherin sollte zukünftig auch an den bibliothekarischen Arbeitssitzungen teilnehmen, nachdem sich häufige Vollversammlungen aller Mitarbeiter/innen als unpraktikabel erwiesen hatten.¹³³

Desgleichen wurden von den bibliothekarischen Kräften Sprecherinnen gewählt. Die Funktionen wurden wie folgt definiert¹³⁴:

„Es sind legitimierte Gesprächspartner für alle Fälle, in denen er [der Amtsleiter] keine Einmannentscheidung treffen kann oder möchte, ein Zusammentreffen aller Bibliothekare aber entweder zeitlich nicht möglich ist oder ihm eine allgemeine Aussprache unnötig erscheint oder er sie für nicht zweckdienlich hält. Die beiden Sprecher hätten jederzeit die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, wie ein bestimmtes Problem behandelt werden soll, ob im kleinsten oder im großen Kreis.“¹³⁵

Diese Definition war umstritten, die Vorstellungen einiger Bibliothekare und Bibliothekarinnen gingen wesentlich weiter.¹³⁶

Die gesamte Diskussion ist sicher nur verständlich vor dem politischen Hintergrund der Zeit, der Bewegung hin zu Demokratisierung am Arbeitsplatz, Debatten um basisdemokratische Ansätze usw.; sie erscheint heute bei Durchsicht der Protokolle in Einzelpunkten überspitzt. Sie hatte aber die konkrete Auswirkung, daß eine Struktur innerhalb der Institution entstanden war, die weitgehend alle Beschäftigten in die Entwicklung und Planung verantwortlich eingebunden hat. Aufgaben wurden nicht (nur) delegiert, sondern die Ideen für neue Aufgaben und Weiterentwicklungen entstanden im Kreis der Mitarbeiter, die leichter über traditionelle Hierarchien hinweg – wie z.B. die zwischen bibliothekarischem Fachpersonal und technischen Angestellten – Anregungen einbringen konnten. Im Prinzip waren durch die Praxis Beteiligungsstrukturen entstanden, die eine große Identifikation mit der Arbeit und der Institution nach sich zogen. Die Fachdiskussionen fanden auch in den 80er Jahren noch statt, allerdings in vermindertem Umfang ca. einmal monatlich. Innerhalb der Einzeleinrichtungen, Berufsgruppen etc. gab es nach wie vor bei fachlichem Bedarf Besprechungen, z.B. aller Bibliothekare und Bibliothekarinnen der Hauptstelle oder ähnliches. Die Anzahl der Sitzungen hat abgenommen, Grundsatzentscheidungen wurden aber nach wie vor gemeinsam diskutiert.

3.2.2 Sparen contra Entwickeln? – Bibliothekspolitische Zielsetzungen und Entwicklungen

Die Bilanz der Entwicklung in Kreuzbergs Bibliotheken stellte sich zwischen 1961 und 1989 wie folgt dar, wobei als zusätzlicher Vergleichswert noch der von 1955 hinzugezogen wird, das Jahr, in dem der Zehnjahresplan begonnen wurde.¹³⁷

	1955	1961	1989
Einwohner	210 250	191 721	148 377
Büchereien	5	7	14
Bibliothekare	12	13	25
Angestellte	11	13	25,5
Medienbestand	49 403	74 644	260 751 ¹³⁸
pro Einw.	0,23	0,39	1,76
Entleihungen	273 525	275 477 ¹³⁹	656 182 ¹⁴⁰
pro Einw.	1,30	1,43	4,93
Umsatz	5,80	3,80	2,52

Bei einer Verdoppelung der Bibliothekseinrichtungen und gut einer Verdreifachung der Bestände – wobei die erhebliche Anzahl der nicht öffentlich ausleihbaren Mediothekenbestände nicht mitgerechnet sind, die jedoch insgesamt 8 Arbeitskräfte überwiegend binden – stieg das Personal auf das Doppelte, und zwar in der Berliner 1 : 1 Besetzung von Bibliothekaren zu Büchereiangeestellten. Da der Bezirk bis 1989 konventionell, d.h. ohne EDV arbeitete, waren die Rationalisierungsmöglichkeiten sehr begrenzt.

Mit Eröffnung der Hauptstelle 1964 waren alle Bibliotheken des Bezirks auf Freihandausleihe umgestellt, wobei die anfangs noch existierenden separaten Lesesäle in allen Häusern bis spätestens 1978 der Erweiterung der Ausleihfläche weichen mußten. Dennoch platzten die Einrichtungen aufgrund der nicht erfolgten Erweiterungen seit Mitte der 60er Jahre „aus allen Nähten“.¹⁴¹

Die großen Schwerpunkte der drei Jahrzehnte waren – die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen incl. Klasseneinführungen,

132 „SABBER“ gab die Zeitschrift „SABBER-INFO“ heraus (1.1970 – 9/10.1972).

133 Vgl. Protokoll der 1. Arbeitsbesprechung der Büchereiangeestellten, 5.11.1970.

134 Vgl. Protokoll der Fachdiskussion, 10.3.1971.

135 Protokoll der Fachdiskussion, 10.3.1971.

136 „Die Sprecher haben ihren Wählern gegenüber volle Informationspflicht. Grundsätzlich halten wir es nicht für nötig, daß sie an irgendeine Vertraulichkeit gebunden sind. Der einzige Grund ... ist die vertrauliche Behandlung von Ablehnungen von Bewerbungen ... Unser Ziel sollte es sein, über die Institution zweier Sprecher der Bibliothekare und der Angestellten hinaus, zu einer beschlußfassenden Vollversammlung zu gelangen.“ Abgrenzung der Funktion der bibliothekarischen Sprecher [Diskussionspapier zur Fachdiskussion am 10.3.1971].

137 Die Angaben sind den Arbeitsberichten 1955, 1961 und 1989 (Anm. 72) entnommen.

138 Zusätzlich ein nicht öffentlich nutzbarer Bestand von 269 778 Medieneinheiten, überwiegend in den Mediotheken.

139 1958: 318 582, 1959: 327 656, 1960: 301 179. Der Rückgang ist eventuell mit auf den Bau der Mauer zurückzuführen.

140 Nur öffentlich nutzbarer Bestand.

141 Vgl. Kuhlmann (Anm. 33) S. 34.

- der Aufbau von Schulbibliotheken,
- ständiges Bemühen um soziale Bibliotheksarbeit und
- Programmarbeit mit Stadtteilkulturarbeit.

Die Bibliothek kämpfte dabei ständig gegen zwei schwerwiegende Probleme an: auf der einen Seite zu kleine Räume und zu wenig Personal, auf der anderen Seite die AGB/BZB, die für die Kreuzberger Einrichtungen beim Status quo eine nicht zu überbietende Konkurrenz darstellte. So hatten 1981/82 knapp 30% der Benutzer und Benutzerinnen der AGB ihren Wohnsitz in Kreuzberg, die Kreuzberger und Kreuzbergerinnen hatten auch 30% Anteil an der Ausleihe, und das ohne Berücksichtigung der Jugendbibliothek der AGB.¹⁴²

Schon 1965 vermerkte Sasse in ihrem Bericht über den Zehnjahresplan:

„Am 31. März 1965 haben Kreuzberg und Tempelhof das Leistungsziel nicht erreicht. Der Bezirk Kreuzberg darf hier jedoch außer Betracht bleiben, da die Amerika-Gedenkbibliothek in seinem Gebiet liegt und seine Situation daher einmalig ist.“¹⁴³

Die AGB/BZB hatte gerade in den 60er Jahren einen hohen Servicestandard zu bieten, bei dem die bezirklichen Einrichtungen nicht mithalten konnten. Vor allem im Informationsbereich und in der Breite des Bestandes war die AGB überlegen; der Bezirk suchte entsprechend sein Betätigungsfeld in der Kinder- und Jugendbetreuung und in der sozialen Bibliotheksarbeit.

Auf den Fachdiskussionen des Jahres 1970 war das beherrschende Thema die Diskussion eines Arbeitspapiers „Möglichkeiten zukünftiger Büchereiarbeit in Kreuzberg“¹⁴⁴. Das Papier nahm folgende übergreifende Schwerpunktsetzungen vor: 1. Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit, 2. Intensivierung der Zusammenarbeit mit Schulen, 3. Auf- und Ausbau von Betreuungsaufgaben (Altersheime, Krankenhäuser usw.) und 4. Erweiterung des Angebots durch eine Phonotheek, Diathek u.ä. Alle vier Punkte waren ausführlich erläutert. Zusätzlich wurden Rationalisierungsmaßnahmen und die allgemeine Verbesserung der Bibliotheksarbeit incl. Verbesserung der Präsentation der Bestände erörtert.

Nach ausführlichen Diskussionen wurden abschließend Dringlichkeitsstufen aufgestellt, nach denen die selbstgesetzten Ziele erarbeitet werden sollten. Die vorrangigen Aufgaben lagen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Intensivierung der Schulkontakte und Aufbau eines Schlagwortkatalogs auf der Basis des bestehenden Schlagwortregisters.

Der Aufbau des Schlagwortkatalogs wurde mit Beginn des Jahres 1971 gestartet, nachdem Hausregeln entwickelt worden waren. Im Zusammenhang mit dem Berliner Schulbauprogramm der 70er Jahre wurden die Kreuzberger Mediotheken konzipiert und eröffnet.¹⁴⁵ Außerdem wurde die sonstige Zusammenarbeit mit den Schulen intensiviert, so daß Kreuzberg 1989 an zweiter Stelle aller 12 Bezirke bei Klassenführungen lag.¹⁴⁶ Des weiteren war die Eröffnung der Namik-Kemal-Bücherei 1974 ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur bibliothekarischen Wahrnehmung und Betreuung der Türkinnen und Türken in Berlin. 1989 hatte die Bibliothek einen Bestand von ca. 21 000 Medieneinheiten.¹⁴⁷

Alle diese Neueinrichtungen und Veränderungen wurden im Vorfeld auf den Fachdiskussionen und anderen Sitzungen ausführlich erörtert. Die Protokolle zeigen, daß die Weiterentwicklung der inhaltlichen Arbeit ständig im breiten Kreis diskutiert wurde, die Entwicklungs-

träger im Idealfall alle Bibliothekarinnen und Bibliothekare bzw. in bestimmten Fällen auch die Büchereiangeestellten waren. Es wird aber auch deutlich, daß über den gesamten betrachteten Zeitraum die Amtsleitung den Rahmen der Entwicklungsmöglichkeiten absteckte und so bei aller Aufgeschlossenheit gegenüber innovativen Anregungen aus dem Kreise der Mitarbeiter ihre bibliothekspolitischen Ziele setzen konnte. So waren z.B. mehrere Vorstöße der bibliothekarischen Fachkräfte in Richtung auf den Ausbau der eigenen und der kooperativ mit anderen Einrichtungen durchgeführten Veranstaltungen bis Ende der 80er Jahre nicht besonders erfolgreich, da der Amtsleiter den internen Tätigkeiten wie Aufbau des Schlagwortkatalogs bei Personalknappheit Priorität gab gegenüber der Programmarbeit.

Der Funktionswandel der Öffentlichen Bibliotheken zu Informations- und Kommunikationszentren wurde in Westberlin allgemein und auch in Kreuzberg nur zögernd umgesetzt. Die Idee, die Stadtbibliothek als Ort für Stadtteilarbeit mit benutzerorientierten Beständen und Programmen, Kontakten zu örtlichen Initiativen und Verbänden usw. zu begreifen, drang nur langsam in das Kreuzberger Bibliothekswesen im ganzen ein, wobei wesentliche Hemmnisse immer die bauliche Situation und der Personalmangel waren. Kuhlmann faßt das wie folgt zusammen:

„Diese „kulturelle Breitenarbeit“ wird in Berlin noch kaum geleistet, die bezirklichen Büchereisysteme sollten sie aber als ihre Aufgabe sehen und annehmen. Dazu ist einerseits ein gründliches Umdenken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bibliotheken nötig, ein starkes Engagement für Dienste, die mit der konventionellen Bibliotheksarbeit nur wenig gemein haben, und viel Phantasie und Durchsetzungskraft. Ich meine, dies alles ist auch in Berlin vorhanden, es muß nur mit der notwendigen Überzeugungsarbeit aktiviert werden. Was mit nur wenigen Ausnahmen fehlt, sind die dafür nötigen räumlich großzügigen und angemessen eingerichteten Bibliotheken.“¹⁴⁸

142 Die Daten wurden durch eine Repräsentativbefragung in der AGB von September 1981 bis August 1982 erhoben. Die Zahlen sind einem Schreiben des Amtsleiters an den Bezirksstadtrat vom 25.10.1982 entnommen. Akte 7.1.1: Bezirksamt/Volksbildungsstadtrat.

143 Sasse (Anm. 22) S. 37.

144 Arbeitspapier des Amtsleiters, vorgestellt am 29.4.1970. Diskussionen darüber im Mai und Juni (4.5., 5.5., 12.5., 13.5., 20.5. und 3.6.1970), Besprechungen zur Erfolgskontrolle am 7.4.1971 und 6.12.1972. Protokolle der Arbeitsbesprechungen und bibliothekarischen Fachdiskussionen.

145 Vgl. Anhang 2. Die vier Mediotheken eröffneten zwischen 1977 und 1983, außerdem wurde eine Schulnebenstelle in einer Grundschule eingerichtet.

146 Vgl. Arbeitsbericht 1989 (Anm. 72) S. 52.

147 Vgl. Arbeitsbericht 1989 (Anm. 72) S. 40. Die Kreuzberger Bevölkerung hat zu ca. einem Drittel eine ausländische Staatsbürgerschaft, der größte Anteil sind Türken und Türkinnen. Die Namik-Kemal-Bücherei bietet Medien in türkischer und deutscher Sprache an (etwa 25% deutschsprachige Literatur), wobei der Anteil Literatur in deutscher Sprache an der Ausleihe 1989 bei rund 40% lag, Tendenz steigend. Vgl. Sauer, Christine-Dorothea: Aufgaben und Praxis der Öffentlichen Bibliotheken im Dienste der Kommunen. In: Bibliotheksarbeit in der DDR und der Bundesrepublik im Vergleich. Berlin 1990. S. 43-45.

148 Kuhlmann (Anm. 33) S. 63.

Seit Ende der 80er Jahre wurde die Arbeit in Richtung auf die Erfüllung dieser Aufgaben wesentlich verstärkt. Ansätze dazu gab es schon Anfang der 80er Jahre. Die Belletristik für Erwachsene und Jugendliche wird seit 1984 mit Interessenkreisauflaplern versehen.¹⁴⁹ Diese benutzerfreundliche Maßnahme war das Ergebnis einer Diskussion über die dreigeteilte Bibliothek, die in einem Westberliner Bezirk in der ursprünglichen Form und in einem weiteren abgewandelt umgesetzt wurde. Nach Besuchen dort entschieden sich die Kreuzberger Bibliothekarinnen und Bibliothekare für die modifizierte Version, und zwar nur für die Belletristik und biographische Literatur.¹⁵⁰

Die soziale Bibliotheksarbeit war zwar lange programmatisches Ziel, konnte aber nur sehr begrenzt verwirklicht werden. Die Heimausleihe an alte und behinderte Menschen wurde in den 70er Jahren recht aktiv, danach eher punktuell durchgeführt. Seit 1979 gibt es eine Nebenstelle der Bücherei Oranienstraße in einem Seniorenheim. Die Arbeit in Krankenhäusern lag völlig darnieder; erst seit 1990 gibt es in einem Kreuzberger Krankenhaus wieder eine Patientenbibliothek, die aber nicht dem Amt Büchereiwesen unterstellt ist, sondern der Verwaltung des Krankenhauses.¹⁵¹

Der Zeitraum 1961 bis 1989 begann für die bezirklichen Bibliotheken sehr hoffnungsvoll und mit einer Aufbruchstimmung aufgrund des laufenden Zehnjahresprogramms, war in den 70er Jahren geprägt von Ansätzen der Umorganisation und Erneuerung bei mangelhafter zahlenmäßiger Personalausstattung und bestand in den 80ern darin, bei endgültig schlechten Rahmenbedingungen trotzdem neue Inhalte umsetzen zu wollen. Die in den 70ern entstandenen Entscheidungsstrukturen waren dabei weiterhin wichtig für die Diskussionen der nächsten zwei Jahrzehnte.

3.3 Mitte

3.3.1 Organisationsstruktur und Entscheidungsprozesse

1989 hatte die Stadtbezirksbibliothek Mitte 10 Einrichtungen, und zwar

- 5 Erwachsenenbibliotheken und
- 5 Kinderbibliotheken.¹⁵²

Alle Bibliotheken waren in getrennten Häusern untergebracht, es gab nirgends eine räumliche Einheit von Erwachsenen- und Kinderbibliothek. In den 60er Jahren existierten noch einige Bibliotheken mit beiden Bereichen unter einem Dach, so z.B. die Philipp-Schaeffer-Bibliothek, der 1964 die Räume für die Kinderbibliothek durch Ratsbeschluss zugunsten eines Möbelkombinats entzogen wurden. Die Bertolt-Brecht-Bibliothek, die von der Eröffnung 1963 bis 1974 Erwachsene und Kinder betreute, existierte danach nur noch als Kinderbibliothek weiter, wurde dafür aber in einer einmaligen Konstruktion als Hauptkinderbibliothek für Mitte und Friedrichshain zuständig. Für die Versorgung der Erwachsenen des Einzugsbereichs auch aus Mitte mit Buchbeständen wurde die Pablo-Neruda-Bibliothek in Friedrichshain verantwortlich. Die Geschichte der einzelnen Bibliotheken ist recht bewegt, da durch die permanente Raumnot häufig umgezogen wurde, oft auch nur provisorische Räume zur Verfügung standen, jedenfalls keine Biblio-

theksbauten, sondern umgebaute Läden oder Wohnungen. Eine Ausnahme bildete auch hier die Bertolt-Brecht-Bibliothek, die als erster Bibliothekszweckbau in Ostberlin eröffnet wurde.

„Sie [die Bibliothek] besteht aus zwei Ausleihräumen, einem für Erwachsene und einem für Kinder, Arbeitsräumen und Nebenräumen. Die Bibliothek ist eine der schönsten und räumlich größten allgemeinen öffentlichen Bibliotheken Berlins.“¹⁵³

Dennoch wurde die Planung von seiten der Bibliothekare kritisiert, da sie teilweise an den Erfordernissen vorbeiging.

„Die Bibliothek wurde gebaut, aber das Ergebnis befriedigt nicht. Gewiß, wir haben eine schöne und moderne Kinderbibliothek, die mit viel Liebe, Geschmack und Können projektiert und eingerichtet wurde. Aber die vorhandenen Mittel wurden nicht ökonomisch genug genutzt. Unsere Erfahrungen zeigen, daß es notwendig ist, bei einem solchen Bau die Meinung der in der Praxis tätigen Kollegen einzuholen und vor allem die konkreten Unterlagen über die Entwicklung der Schülerzahlen zu beachten. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß das in diesem Falle versäumt wurde, absorbieren gegenwärtig sehr viel von der Arbeitszeit der in der Bibliothek tätigen Kollegen. Wir schließen daraus, daß auch wir Bibliothekare uns in Zukunft bei den Baufachleuten Gehör verschaffen müssen, wenn es um unsere ureigensten Belange geht.“¹⁵⁴

Der Bezirk mußte sich bis 1989 immer wieder mit unzureichenden Räumlichkeiten auseinandersetzen, wobei in den 80er Jahren im Rahmen des Bauprogramms zur 750-Jahr-Feier der Stadt 1987 eine Veränderung eintrat. Gerade im Innenstadtbereich verbesserten einige Einrichtungen ihren Standort bzw. die Raumausstattung.¹⁵⁵

Die Organisationsstruktur der Stadtbezirksbibliothek ergab sich zum Teil aus der Struktur des Öffentlichen Bibliothekswesens der DDR. Die allgemeinen Unterstellungsverhältnisse, die schon im Kapitel 3.1.2 angesprochen worden sind, wurden durch die Rechtsnormen der

149 Akte: Einzelne Arbeitsverfahren, Organisationsschemata: „Interessenkreis-Aufkleber“, 31.8.1984.

150 Vgl. Protokolle der Arbeitsbesprechungen und bibliothekarischen Fachdiskussionen, 12.5.1982.

151 Es handelt sich um die Alfred-Döblin-Bibliothek im Urbankrankenhaus, die auf engagierte Initiative eines Bibliothekars dort im November 1990 eröffnet werden konnte.

152 Die genaue Auflistung ergibt sich aus Anlage 4. Die historische Entwicklung ist in Anlage 5 „Chronik der Stadtbezirksbibliothek Mitte“ aufgeführt, die nach Sühnhöld, Margrit: Die Entwicklung der Stadtbezirksbibliothek Berlin-Mitte. In: Bibliothekar 41(1987) S. 446-450; Marks, Erwin: Aus der Vorgeschichte der Stadtbezirksbibliothek Berlin-Mitte. In: Bibliothekar 41(1987) S. 6-13 und Marks, Erwin: Berlins erste Öffentliche Lesehalle. In: Bibliothekar 41(1987) S. 57-60 sowie nach Gesprächen mit Bibliothekarinnen des Bezirks zusammengestellt ist.

153 Runkel, Christa: Die Planung muß den Anforderungen der kommenden Jahre gerecht werden. In: Bibliothekar 22(1966) S. 741-744, hier S. 741. Die Bibliothek hatte eine Grundfläche von ca. 500 m², was besagt, daß die meisten anderen Ostberliner Bibliotheken zu dem Zeitpunkt sehr klein gewesen sein müssen. Vgl. auch Schröter, Erich: Die Bertolt-Brecht-Bibliothek in der Berliner Karl-Marx-Allee. In: Bibliothekar 18 (1964) S. 697-704, hier S. 697.

154 Runkel (Anm. 153) S. 743.

155 Vgl. Sühnhöld (Anm. 152) S. 449.

weitgehend in den 60er und 70er Jahren erlassenen Gesetze definiert. Durch sie entstand eine Weisungsbindung der unteren Einrichtungen, vermittelt über die jeweiligen Räte der Gemeinden, in diesem Fall über den Rat des Stadtbezirks, der wiederum dem Magistrat von Berlin unterstellt war. Grundsätzlich gab es keine kommunale Selbstverwaltung. Trotzdem waren natürlich bestimmte Aufgaben den Gemeinden und Städten zugeschrieben, und dazu gehörte auch die Zuständigkeit für die Staatlichen Allgemeinbibliotheken, hier die Stadtbezirksbibliothek.

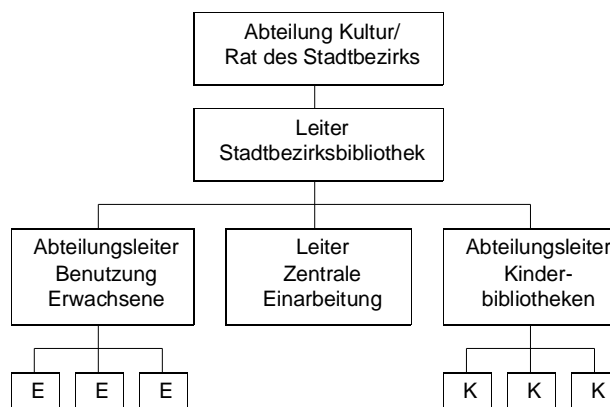
Das Verhältnis zwischen Berliner Stadtbibliothek auf der einen Seite und der Stadtbezirksbibliothek Mitte auf der anderen Seite war über die Hauptabteilung Öffentliche Bibliotheken hergestellt. Die Hauptabteilung war gegenüber der Stadtbezirksbibliothek nicht weisungsberechtigt, sondern sie „[widmete] sich der fachlich-methodischen und operativen Anleitung der allgemeinbildenden Bibliotheken in den Wohngebieten und Betrieben der Hauptstadt. Besonders eng sind die Arbeitsbeziehungen zu den staatlichen Allgemeinbibliotheken, die verwaltungsrechtlich und ökonomisch den Abteilungen Kultur der Stadtbezirke unterstellt sind.“¹⁵⁶

Indirekt hatte sie jedoch mehr Einfluß, da die Abteilung Kultur des Rats des Stadtbezirks dem übergeordneten Fachorgan, der Abteilung Kultur des Magistrats unterstellt war, die wiederum fachlich von der Berliner Stadtbibliothek beraten wurde.¹⁵⁷ Die direkte Zusammenarbeit erfolgte über den Arbeitskreis der Leiter der Stadtbezirksbibliotheken, der die Umsetzung der Bibliotheksverordnung zu veranlassen und zu verantworten hatte. „Die Beratungsthemen werden nach Konsultation mit den Mitgliedern gemeinsam vom Literaturreferenten der Abteilung Kultur des Magistrats und von dem Leiter der Abteilung Allgemeinbildende Bibliotheken vorgeschlagen und durch die Vertreter der Stadtbezirke bestätigt. Mit dieser Arbeitsweise wird der demokratische Zentralismus als Organisations- und Leitungsprinzip praktiziert und garantiert, daß Grundsatzfragen beraten werden, die für alle Stadtbezirksbibliotheken von Bedeutung sind. Der Arbeitskreis unterstützt damit die Abteilungen Kultur der Räte der Stadtbezirke in ihrer Leitungstätigkeit gegenüber den ihnen unterstellten Bibliotheken. Er ermittelt auch durch Erfahrungsaustausch und Analysen die besten Ergebnisse der Bibliotheksarbeit und entwickelt für die Abteilung Kultur des Magistrats Vorschläge für das Zusammenwirken aller Partner. Die Leiter der Stadtbezirksbibliotheken setzen sich für eine schnelle Umsetzung der gemeinsam gewonnenen Erkenntnisse in ihrem Verantwortungsbereich ein und fördern die Vorhaben, die in anderen Arbeitskreisen detailliert erarbeitet werden.“¹⁵⁸

Es war also erklärter Auftrag des Arbeitskreises, die Bibliotheksarbeit in Berlin zu vereinheitlichen und die Durchsetzung der Anordnungen zu überprüfen.

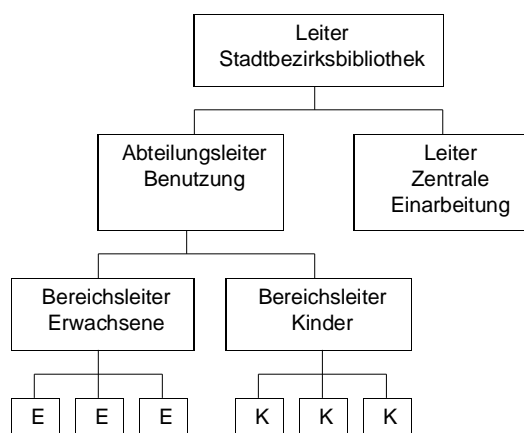
Die innerbetriebliche Organisation ergab sich weitgehend aus den für Staatliche Allgemeinbibliotheken vorgesehenen Arbeitsbereichen und damit im Zusammenhang entstandenen Spezialistenstellen. So sah die 5. Durchführungsbestimmung zur BVO neben der Aufteilung in Erwachsenen- und Kinderbereich, Hauptstelle und Zweigstelle bei „entsprechender Kapazität zusätzliche Sachgebiete oder Abteilungen“ vor, z.B. Information, Benutzung, Öffentlichkeitsarbeit und Literaturpropaganda, Aus- und Weiterbildung u.a.¹⁵⁹

Für Mitte ergab sich folgendes Modell:



Dieses Schema bestand in Variationen bis 1986. Dabei änderten sich vor allem die zusätzlichen Aufgaben. So waren anfangs die beiden Abteilungsleiter in der Regel gleichzeitig Leiter der jeweiligen Hauptbibliothek des Bereichs.¹⁶⁰ Der Abteilungsleiter Benutzung war gleichzeitig Stellvertreter der Leitung.

1986 wurde eine zusätzliche Zwischenstufe eingeführt:



Der neue Abteilungsleiter Benutzung war gleichzeitig stellvertretender Leiter. Auffällig ist in beiden Strukturen die Unabhängigkeit der Zentralen Einarbeitung, die nicht – wie auch denkbar – dem Bereich Erwachsenenbibliotheken unterstellt ist. Um diese Organisationsstruktur gab es seitens des Zentralinstituts für Bibliothekswesen theoretische Ausführungen, da nicht definitiv geklärt war, ob die Nebenordnung vorteilhafter für den Arbeitsablauf sei oder die Unterordnung unter den Bereich Erwachsene bzw. bei Systemen mit einer kombinierten Hauptbibliothek unter diese.¹⁶¹

156 Berliner Stadtbibliothek (Anm. 60) S. 18.

157 Vgl. Berliner Stadtbibliothek (Anm. 60) S. 18.

158 Berliner Stadtbibliothek (Anm. 60) S. 19.

159 Vgl. Richtlinie zur 5.DB zur BVO, Abs. IX, 2-4. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 243.

160 1967 wurden die beiden Funktionen Abteilungsleitung und Leitung Hauptbibliothek vermutlich getrennt; dies konnte von mir nicht abschließend geklärt werden.

161 Vgl. dazu Günnel, Peter: Betriebsstruktur. In: Goltz, Siegfried: Leitung, Betriebsstruktur. Berlin 1984. S. 73-98, hier S. 83-84, sowie Günnel, Peter: Zu einigen Problemen der Betriebsstruktur der Staatlichen Allgemeinbibliotheken. In: Bibliotheksarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1982. S. 112-119.

Innerhalb der Bereiche Erwachsene und Kinder gab es sogenannte Funktions- oder Spezialistenstellen, die sich aus einzelnen Aufgabenstellungen, festgelegt in den gesetzlichen Rahmenbestimmungen, ergaben. Im einzelnen waren das:

1. Der Informationsbibliothekar: Die Sonderaufgabe ergab sich aus der Richtlinie von 1966, sogenannte Informationsbestände aufzubauen.¹⁶² In Mitte erschien ein entsprechendes Tätigkeitsmerkmal im Stellenplan 1967¹⁶³, endgültig wurde eine Stelle 1977 eingerichtet.

2. Öffentlichkeitsarbeit und Literaturpropaganda: Der besondere Aufgabenbereich war schon in der BVO und der Richtlinie zur 5. DB hervorgehoben, wurde aber seit 1977 durch das Statut des Ministerium für Kultur¹⁶⁴, das die Literaturpropaganda mit in den Mittelpunkt stellte und sich auf die Bibliotheken auswirkte, nochmals betont. In Mitte wurde 1977 eine herausgehobene Stelle mit Zuständigkeit für Erwachsene und Kinder eingerichtet.

3. Ausbildungsbibliothekar: Die Tätigkeit wurde im Stellenplan von 1967 besonders erwähnt, seit 1974 gab es eine ausgewiesene Funktionsstelle im Bezirk.

4. Jugendbibliothekar: Die Betreuung der Jugendbuchbestände und besonders die Förderung der Arbeit mit Jugendlichen war dem Erwachsenenbereich zugeordnet; in den Bibliotheken gab es Sonderbestände für „Junge Leute“. Die Förderung basierte insbesondere seit Verabschiedung des neuen Jugendgesetzes 1974¹⁶⁵ auf staatlicher Unterstützung. Als Schwerpunkt wurde die Tätigkeit im Stellenplan 1967 genannt, die endgültige Einführung erfolgte 1974/75.

Zusätzlich gab es noch eine Stelle zur Betreuung der audio-visuellen Medien, wobei die Einrichtung für den Kinderbereich 1975 erfolgte, für den Erwachsenenbereich jedoch nicht nachvollziehbar war, wann die Stelle installiert wurde.

Die Einrichtung der Stellen erfolgte normalerweise nach einschneidenden zentralen Entscheidungen, gut nachvollziehbar beim Jugendgesetz und der entsprechenden Funktionsstelle. Wann die Umsetzung der Vorgaben erfolgte, wurde auf örtlicher Ebene vom Rat des Stadtbezirks für die Stadtbezirksbibliothek entschieden, die Stellenplanung und -einrichtung konnte also trotz gesetzlicher Vorgaben mit erheblicher Verzögerung erfolgen.

Neben der vertikalen Leitungsstruktur gab es Sitzungen des sogenannten Leitungskollektivs. Es bestand aus dem Leiter (später Direktor), dem Abteilungsleiter Benutzung, den Bereichsleitern Erwachsene und Kinder, dem Leiter der Zentrale, dem Parteisekretär – der häufig der Abteilungsleiter Benutzung oder der Bereichsleiter Erwachsene war – und bei Bedarf aus zusätzlichen Personen mit beratender Funktion, z.B. Öffentlichkeitsarbeit und Literaturpropaganda, Verwaltungsleiter usw. Die verschiedenen Besetzungen wurden als enge oder erweiterte Leitung bezeichnet, wobei die Grenzen zwischen beiden fließend waren. Die Definition des Leitungskollektivs war in der DDR für die Staatlichen Allgemeinbibliotheken nicht einheitlich, so gehörte der Bereichsleiter Kinderbibliotheken nicht überall dazu.

Für den Bestandsaufbau zeichneten die jeweiligen Bereichsleiter verantwortlich, übergeordnet war letztendlich die Leitung. Allerdings bestand kaum das Problem der Auswahl. Bestellt wurde anhand des „Informationsdienstes“ des Zentralinstituts für Bibliothekswesen, und da seit den 70er Jahren relativ viel Geld vorhanden war,

wurde die in der DDR publizierte Literatur großzügig gekauft. Andere Anschaffungen kamen nicht in Frage, da es keine Kontingentmittelzuteilungen von Devisen für die Stadtbezirksbibliothek gab. Teilweise wurde in Schwerpunkten Literatur aus dem sozialistischen Ausland gekauft.

Es gab kein Referentensystem, die Zuteilung der Titel wurde von den Bereichsleitern, zum Teil auf Anforderung der Leiter der jeweiligen Einrichtungen vorgenommen in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Zentrale. Die Schwierigkeit lag darin, bei Lieferung zu entscheiden, welche Bibliothek bedacht wurde, da oft nicht die verlangte Stückzahl einzelner Titel vom Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel geliefert wurde. Die Kaufsitzungen dienten zur ausführlichen Besprechung einzelner Titel, ebenso wie auch weitere interne Sitzungen auf verschiedenen Ebenen (Kinderbibliotheken, Erwachsenenbibliotheken, Mitarbeiter einer Einrichtung) häufig der Auseinandersetzung mit den Buchinhalten dienten.

3.3.2 Bauten und Beiräte – Bibliothekspolitische Zielsetzungen und Entwicklungen

Die Zielsetzungen des bezirklichen Bibliothekssystems in Mitte waren vorgegeben durch die gesetzlichen Rahmenbestimmungen zum Bibliothekswesen der DDR. Viele Entwicklungen standen damit nach Verabschiedung der entsprechenden Richtlinie, Verordnung usw. nicht zur Diskussion, sondern sollten möglichst schnell umgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund muß die Einrichtung bestimmter Sondergebiete betrachtet werden. So steckte die BVO und vor allem die 5. Durchführungsbestimmung zur BVO mit zugehöriger Richtlinie einen Rahmen, der schon etliche konkrete Zielsetzungen enthielt, auf deren Umsetzung in Mitte im folgenden eingegangen wird. Gleichzeitig muß aber auch berücksichtigt werden, was Werner, langjähriger Direktor der Berliner Stadtbibliothek, 1990 bei einem Vortrag formulierte:

„Nun kennzeichnet es aber die Bibliotheksinstitution in der DDR seit geraumer Zeit, daß gesetztes Recht und Rechtswirklichkeit zunehmend divergierten. ... Dabei wird man Ursachen und Gründe erkennen können, daß manche rechtlichen Regelungen von vornherein nicht realisierbar waren, weil sie den gesellschaftlichen Gegebenheiten nicht entsprachen, oder, was auch der Fall war, sich nicht mit anderen sogar höherrangigen Rechtsvorschriften in Übereinstimmung befanden. Die daraus resultierende Rechtsunsicherheit führt auch dazu, daß

162 Vgl. Richtlinie über die Informationstätigkeit der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken vom 20. September 1966. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 284-288.

163 Vgl. Rat des Stadtbezirks Mitte, Abteilung Kultur, Stadtbezirksbibliothek: Stellen 1967, nebst Anhang: Charakteristik der Arbeitsaufgaben für die einzelnen Planstellen.

164 Vgl. Statut des Ministeriums für Kultur. Beschluß des Ministerrats vom 20. Oktober 1977. In: Gesetzblatt der DDR. Teil I. Berlin 1977. S. 360 ff.

165 Vgl. Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik – Jugendgesetz der DDR – vom 28. Januar 1974. In: Gesetzblatt der DDR. Teil I. Berlin 1974. S. 45 ff.

bestimmte rechtliche Regelungen von den für die Bibliotheken verantwortlichen Organen und Unterhaltsträgern mehr und mehr ignoriert wurden.¹⁶⁶

Die Hauptzielsetzungen in Mitte im Zeitraum 1961 bis 1989 erstreckten sich auf

- die Verbesserung der Raumsituation,
- den Aufbau von Informationsbeständen und Konsultationsstellen für Literaturpropaganda sowie
- die Einrichtung von Bibliotheksbeiräten.¹⁶⁷

Die Zahl der Einrichtungen war über den Zeitraum relativ konstant.¹⁶⁸ Problematisch war eher die Größe und der Zustand der Räume, so daß ein bestimmendes Moment der Arbeit die Suche nach geeigneten Standorten war, wie auch aus der Chronik ersichtlich ist, die die häufigen Umzüge dokumentiert. Die Umsetzungen wurden noch erschwert durch die personellen Engpässe vor allem in den 60er Jahren, als zum Teil die Hälfte der bibliothekarischen Stellen nicht besetzt werden konnte.¹⁶⁹ Die Bausituation verbesserte sich nach Veränderungen in den 70ern nochmals in den 80er Jahren. Die Situation der Hauptstelle blieb aber unverändert, sie war zu klein, die Leitung der Stadtbezirksbibliothek, die Informationsstelle und die Konsultationsstelle Literaturpropaganda und auch die zentrale Einarbeitung mußten an anderen Standorten untergebracht werden, was zu einer starken Zersplitterung der Arbeit führte. Ende der 80er Jahre wurden Planungen für den Neubau einer Hauptstelle gemacht,¹⁷⁰ der Bau wurde jedoch nicht mehr vor Maueröffnung begonnen. Nach der Vereinigung wurden die Planungen gestrichen.

1978 wurde die „Informationsstelle und Konsultationsstelle Literaturpropaganda“ eröffnet. Sie sollte zwei Funktionen erfüllen:

- Der Bereich Literaturpropaganda diene der Verbesserung und Professionalisierung der Literaturpropaganda und Öffentlichkeitsarbeit im Bezirk. Neben öffentlichen Veranstaltungen für Benutzer – in erster Linie Lesungen – wurden auch Fortbildungsangebote für die Mitarbeiter im Bezirk für ihre Programmarbeit durchgeführt. Des weiteren wurde eng mit den Gewerkschaftsbibliotheken auf der Grundlage einer Vereinbarung¹⁷¹ zusammengearbeitet.

„Vorrangige Aufgabe ist die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bibliotheks- und Literaturpropaganda. Partner für die Gewerkschaftsbibliotheken ist die Konsultationsstelle für Literaturpropaganda unter Leitung des Bibliothekars für Öffentlichkeitsarbeit. Er unterstützt die Anleitung von Kulturobleuten, hilft bei der Erarbeitung von Kultur- und Bildungsplänen, empfiehlt literaturpropagandistische Materialien wie Veranstaltungskonzeptionen, Dia-Ton-Vorträge, Schallplatten, beschafft Autorenfotos, Gestaltungselemente für Ausstellungen und stellt sie den Betrieben (Brigaden u.a. Gruppen) zur Verfügung.“¹⁷²

Da die Literaturpropaganda eine der zentralen Aufgaben der Staatlichen Allgemeinbibliotheken nach BVO und 5. Durchführungsbestimmung sein sollte, wurde der Konsultationsstelle eine zentrale Bedeutung zugeschrieben, um vor allem die Veranstaltungen im Rahmen der Programmarbeit zu vermehren. 1989 führte die Konsultationsstelle 358 Veranstaltungen durch und machte 21 Anleitungen für Literaturpropaganda.¹⁷³

- Angegliedert an die Konsultationsstelle Literaturpropaganda war in Mitte die Informationsstelle, die in anderen Bezirken in der Hauptstelle untergebracht war. Die

obligatorische Einrichtung von sogenannten Informationsbeständen (Enzyklopädien, Lexika, Bibliographien,

166 Werner (Anm. 104) S. 30.

167 Die gleichen Zielsetzungen lassen sich auch für andere Bezirke belegen. So werden für den Bezirk Weißensee für den Zeitraum 1961 bis 1985 u.a. folgende übergreifende Schwerpunkt Aufgaben genannt: bessere Ausnutzung und Verlagerung der Zweigbibliotheken, Verbesserung der Leitung und Planung, Informationsstelle, Kooperationsbeziehungen (Gewerkschaftsbibliotheken, Betriebe, Schulen usw.), Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, Intensivierung der Arbeit der Leserbeiräte. Vgl. Wiesbaum, Elisabeth: Zur Geschichte der Öffentlichen Bibliotheken des Stadtbezirks Berlin-Weißensee. In: Beiträge zur Berliner Bibliotheksgeschichte 7 (1989) S. 2-56, hier S. 26/27.

168 1966: 5 Erwachsenenbibliotheken, 1 Ausleihstelle für Erwachsene, 5 Kinderbibliotheken, 1 Ausleihstelle für Kinder; 1989: 5 Erwachsenenbibliotheken, 5 Kinderbibliotheken. Zahlen nach: Die Arbeitsergebnisse der Allgemeinen Öffentlichen Bibliotheken der Hauptstadt Berlin. 1.1966 und Die statistisch erfaßten Arbeitsergebnisse der Staatlichen Allgemeinbibliotheken und Gewerkschaftsbibliotheken der Hauptstadt der DDR. 24.1989. Es gab keine kombinierte Bibliothek.

169 Vgl. Bericht der Stadtbezirksbibliothek Mitte „Über die Entwicklung des Bibliothekswesens im Stadtbezirk Berlin-Mitte“ von 1966: „Zur Zeit werden 5 Bibliotheken für Erwachsene und die 5 Bibliotheken für Kinder von 5 Bibliothekaren geleitet. Es versteht sich von selbst, daß für andere Arbeit keine Zeit bleibt. Versuche, innerhalb Berlins Kader zu finden, blieben erfolglos. Ähnlich wie bei uns, sieht es in den anderen Stadtbezirken aus. So werden z.B. im Stadtbezirk Pankow 17 Bibliotheken von 9 ausgebildeten Bibliothekaren geleitet. Die Bibliothekare wandern in die Institute und wissenschaftlichen Bibliotheken ab, wo sie bessere Arbeitsbedingungen und ein z.T. erheblich größeres Gehalt haben. Wir hätten die Möglichkeit, Bibliothekare aus den Randgebieten Berlins einzustellen. Diese Kollegen machen ihre Tätigkeit bei uns aber davon abhängig, daß sie hier eine Wohnmöglichkeit erhalten.“ (S. 24) In dem Bericht wird auch die Raumsituation ausführlich für jede Einrichtung beschrieben und es werden Veränderungsvorschläge entwickelt (S. 3-12).

170 Vgl. Sühnhold (Anm. 152) S. 450.

171 „Im Stadtbezirk Berlin-Mitte besteht seit einigen Jahren enge Verbindung der StAB zu den 23 hauptberuflich geleiteten Gewerkschaftsbibliotheken, die eine Kreisarbeitsgemeinschaft bilden (KAG). Eine 1975 geschlossene Vereinbarung mit Aufgaben für beide Partner wurde 1980 überarbeitet, konkretisiert und als Arbeitsplan für die Jahre 1981/82 verabschiedet. Unterzeichnet ist dieser Plan vom Stadtbezirksrat für Kultur, vom Sekretär für Kultur und Bildung beim Kreisvorstand des FDGB, vom Direktor der Stadtbezirksbibliothek (StBB) und vom Leiter der KAG Gewerkschaftsbibliotheken, die damit die Verantwortung zur Durchsetzung der kulturpolitischen Aufgaben im Stadtbezirk übernommen haben.“ Sühnhold, Margrit: Durch Gemeinschaftsarbeit zu höheren Leistungen. In: Bibliothekar 37 (1983) S. 443-447, hier S. 443.

172 Sühnhold (Anm. 171) S. 443-444; vgl. auch Sühnhold, Margrit: Vom Nutzen sozialistischer Kooperation. In: Bibliothekar 39 (1985) S. 212-214, hier S. 212: „Erweitert wurden diese Maßnahmen [der Kooperation] 1984 durch gemeinsame Literaturgespräche. Bisher wurden vier Diskussionen über neue Werke der Gegenwartsliteratur der DDR, im Rahmen der Kunstpreisdiskussion des FDGB, geführt, die gleichzeitig als Beispielveranstaltungen praktische Hinweise für solche Veranstaltungen in den Gewerkschaftsgruppen vermittelten. Ebenfalls als Beispielveranstaltung ist in Vorbereitung auf den 35. Jahrestag unserer Republik ein literarisch-musikalisches Programm von Mitarbeitern der Gewerkschaftsbibliotheken vorgestellt worden.“

173 Vgl. Die statistisch erfaßten Arbeitsergebnisse ... 1989 (Anm. 168) S. 20.

Wörterbücher usw.) beruhte auf einer Richtlinie von 1966¹⁷⁴, die durch die 5. DB nochmals bestätigt wurde. Hierin heißt es:

„Aus Literatur von besonders hohem Informationsgehalt ... sollen Informationsbestände aufgebaut und in Verbindung mit Leseplätzen zur Benutzung der Bibliothek bereitgestellt werden. Vorhandene Leseräume sind entsprechend zu reorganisieren. Diese Aufgaben sind bei der Verteilung der Mittel im Rahmen der Haushaltspläne der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken zu berücksichtigen.“¹⁷⁵

Die Informationsstellen sollten mit einer Fachkraft besetzt sein. Im Stellenplan 1967 von Mitte wurde eine Stelle mit besonderem Verantwortungsbereich „Leiter der Informationsstelle“ ausgewiesen. Aufgrund der Personalengpässe in den 60er Jahren konnte sie nicht qualifiziert besetzt werden, seit Ende der 70er Jahre gab es endgültig eine ausgewiesene Stelle mit Einrichtung der separaten Konsultationsstelle.

Die Unterbringung getrennt von den Beständen der Hauptstelle war problematisch. Die Materialien konnten nicht in die tägliche Bibliotheksarbeit integriert werden, nicht quasi im Vorbeigehen benutzt werden, sondern die Stelle mußte extra aufgesucht werden, zum Teil differierten die Öffnungszeiten zwischen Hauptstelle und Informationsstelle. Es mußte also schon ein sehr dringendes Informationsbedürfnis vorliegen, um einen zusätzlichen Weg auf sich zu nehmen. Die Benutzung der Informationsbestände war durch diese Raumsituation erheblich erschwert. Die Statistik weist für 1989 113 Benutzer nach.¹⁷⁶

Besonderes Augenmerk wurde im Bezirk auf die Zusammenarbeit mit den Bibliotheksbeiräten gelegt.¹⁷⁷ Schon in den 70er Jahren waren die Beiräte an einzelnen Kinderbibliotheken tätig.¹⁷⁸ Die Mitglieder des Beirats (im allgemeinen Vertreter anderer Bibliotheken, Lehrer, Mitarbeiter des Buchhandels u.a.) sollten die Bibliotheken beraten bei Bestandsaufbau und -erschließung, öffentlichkeitswirksam tätig werden und neue Benutzer gewinnen.¹⁷⁹ 1989 berichtete die Direktorin der Stadtbezirksbibliothek Mitte über die Entwicklung der Beiräte: „1979 [prüfte] die Leitung der StBB, ob es sinnvoll wäre, an den anderen sieben Bibliotheken ebenfalls Beiräte zu gründen. Wir hielten es für effektiv, einen zentralen Bibliotheksbeirat zu bilden, der sich den Aufgaben aller Bibliotheken des Netzes widmen sollte. Die einzelnen Beiräte wurden aufgelöst und ihre aktivsten Mitglieder arbeiteten im neuen Beirat mit.“¹⁸⁰

Der 1980 konstituierte Beirat¹⁸¹ traf sich vierteljährlich, wobei unter anderem folgende Themen beraten wurden:

- Veranstaltungsreihen in den Kinderbibliotheken,
- Tag der Offenen Tür und die gemeinsame Vorbereitung mit dem Beirat,
- Vorbereitung des X. Parteitags der SED,
- Erläuterung von Arbeitsgebieten der Stadtbezirksbibliothek,
- Vorstellung wichtiger Neuerscheinungen und
- Rechenschaftsberichte u.a.¹⁸²

Ein Schwerpunkt der 80er Jahre in der Zielsetzung der Stadtbezirksbibliothek war sicher die Kooperation mit den Beiräten und auch mit den Gewerkschaftsbibliotheken, in die viel Arbeitszeit investiert wurde. So wurden z.B. Anfang der 80er Jahre „Literaturbälle“ organisiert, bei denen ein umfangreiches Abendprogramm präsentiert wurde.¹⁸³ Die Organisation solcher Veranstaltungen

bedurfte auch nach Einschätzung der Beteiligten eines umfangreichen Arbeitseinsatzes.¹⁸⁴

Die 60er Jahre waren im Bibliothekssystem des Bezirks Mitte geprägt durch bauliche Unzulänglichkeiten und durch akuten Personalmangel, in den 70er Jahren fand eine Phase der Neueinrichtungen statt, während die 80er dann bestimmt waren vom Leitgedanken Öffentlichkeitsarbeit und Literaturpropaganda mit diversen Methoden. Alle Entwicklungen waren jedoch immer geprägt von den zentralen rechtlichen Vorgaben.

4 Schlußbemerkungen

4.1 Vergleichende Zusammenfassung

Einen Vergleich der Bibliothekssysteme Kreuzberg und Mitte stellvertretend als Vergleich Berlin-West und Berlin-Ost zu deklarieren, ist nur bedingt möglich. Gerade in Westberlin wiesen die bezirklichen Bibliotheken in

174 Vgl. Richtlinie über die Informationstätigkeit der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken vom 20. September 1966. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 284-288.

175 Siehe Anm. 174, S. 285.

176 Die statistisch erfaßten Arbeitsergebnisse ... 1989 (Anm. 168) S. 20.

177 Die Errichtung von Beiräten war geregelt in der Anlage „Rahmenordnung über Beiräte an staatlichen Allgemeinbibliotheken“ zur Richtlinie zur 5.DB zur BVO (s. auch unten Anlage 1 der Arbeit). In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 246-247.

178 Vgl. Eine Kinderbibliothek und ihr Beirat. In: Bibliothekar 27 (1973) S. 236-238. Der Artikel beschreibt die Arbeit des Beirats der Auguste-Lazar-Bibliothek. „Am Tage der Gründung [8.9.1971] gehörten dem Beirat acht Mitglieder an, inzwischen sind es zehn geworden – drei Deutschlehrerinnen, eine Pionierleiterin, eine Buchbinderin, eine Verlagsangestellte, eine Schriftstellerin, ein Journalist, ein Schlosser und der ABV [Abschnittsbevollmächtigte] vom zuständigen Revier.“ S. 236.

179 Vgl. Anlage „Rahmenordnung ...“. In: Rechts-ABC (Anm. 96) S. 246-247.

180 Sühnhold, Margrit: Aus der Arbeit des Bibliotheksbeirates der Stadtbezirksbibliothek Berlin-Mitte. In: Bibliothekar 43 (1989) S. 19-23, hier S. 20.

181 Zusammensetzung des Beirats: je ein Vertreter der Klein- und Mittelbetriebe, des Kulturbundes, des Kreispionierhauses, der FDJ-Kreisleitung, Abteilung Kultur, des Kreiskulturhauses, der Ständigen Kommission Kultur, der Leiter der Volksbuchhandlung, ein verantwortlicher Mitarbeiter für außerunterrichtliche Tätigkeiten der Schulen, der Sekretär für Kultur und Bildung des Kreisvorstandes des FDGB, der Vorsitzende der Kreisarbeitsgemeinschaft (KAG) der hauptberuflich geleiteten Gewerkschaftsbibliotheken und verantwortliche Mitarbeiter der Stadtbezirksbibliothek. Vgl. Sühnhold (Anm. 180) S. 20.

182 Vgl. Sühnhold (Anm. 180) S. 21.

183 Vgl. Sühnhold (Anm. 171) S. 445-446; Sühnhold (Anm. 152) S. 449: „Höhepunkt der gemeinsamen Arbeit ist der Literaturball für aktive Benutzer der Bibliotheken und ehrenamtliche Kulturfunktionäre sowie Brigaden der Betriebe, der bereits seit fünf Jahren durchgeführt wird.“

184 „Jeder, der selbst bei Vorbereitungen für ein solches oder ähnliches „Unternehmen“ beteiligt war, weiß um die mühevollen Kleinarbeit bis hin zum letzten Detail. Das Programm inhaltlich zu erarbeiten, geeignete Künstler zu gewinnen, das beschäftigte uns lange vorher. ... Trotz der umfangreichen Arbeiten, die für ein Gelingen Voraussetzung waren, gab es Einigkeit bei den Veranstaltern und Besuchern, daß 1983 wieder ein Literaturball stattfinden sollte. Und er findet statt am 4. November 1983.“ Sühnhold (Anm. 171) S. 445-446.

Ausstattung und Struktur erhebliche Unterschiede auf, selbst untereinander sind sie kaum vergleichbar.¹⁸⁵ Dennoch lassen sich in der Gegenüberstellung der in den letzten Kapiteln dargestellten Organisationsformen und Zielsetzungen Grundlinien für Ost und West am Beispiel der beiden Bezirke herausarbeiten.

1. In beiden Stadthälften war das Öffentliche Bibliothekswesen den Bezirken unterstellt, es gab jeweils mehrere Stadtbibliothekssysteme. Der grundlegende Unterschied bestand darin, daß die Ostberliner Bezirke aufgrund der Bibliotheksverordnung zur Unterhaltung von Staatlichen Allgemeinbibliotheken verpflichtet waren, während in Westberlin die kommunale Selbstverwaltung der Bezirke ihnen die Zuteilung der Mittel überließ. Das Ergebnis war aber faktisch das gleiche. In beiden Teilen der Stadt wurden in jedem Bezirk Öffentliche Bibliotheken finanziert.

Die nicht erfolgte Zentralisierung ist in der Berliner Stadtgeschichte begründet. Daß auch in der DDR im Zuge der Bibliotheksverordnung keine Zentralisierung unter einem übergeordneten Organ erfolgte, ergab sich aus dem Zeitpunkt der Verordnung, als allgemein eher größere Selbstverwaltungs- und Dezentralisierungsbestrebungen deklariert wurden.¹⁸⁶

Die Zentralisierung war dennoch trotz Zuordnung der Bibliotheken zu den Bezirken in Ostberlin wesentlich ausgeprägter als in Westberlin. Die Notwendigkeit, die Richtlinien und Verordnungen erfüllen zu müssen, die oft sehr ins Detail gingen, führte zu einer starken Einschränkung der Eigenständigkeit. Westberlin vertrat dagegen das andere Extrem, indem die bezirkliche Unterordnung und Kooperation nicht besonders ausgeprägt war. Die Vor- und Nachteile der jeweiligen Organisationsform sind für Westberlin oft diskutiert worden und lassen sich auch auf die beiden Bezirke bzw. auf Ost- und Westberlin anwenden. Anderhub faßt das Für und Wider zusammen:

Nachteile: „mangelnde Koordination und Kooperation zwischen den Bibliotheken, fehlende Gesamtplanung und starkes Gefälle zwischen den Bezirken hinsichtlich Medienausstattung, Streuung der Einrichtungen, Größe der Einzugsbereiche, technischer und bestandsmäßiger Ausstattung, Öffnungszeiten. ... Gewichtige Vorteile dezentraler Organisation lassen sich ... am grundlegenden Vorzug der Bibliotheken in den Bezirken herauslesen: Die einzelne Bibliothek weiß detailliert um die Lese- und Informationsinteressen der Benutzer im Umfeld und vermag mit größtmöglicher Schnelligkeit ihre Arbeit darauf einzustellen.“¹⁸⁷

2. Die Leitungsebenen waren in beiden Stadtteilen unterschiedlich. Zum einen war die Gewichtung von Leitungsfunktionen verschieden. Während in Kreuzberg vor allem in den siebziger Jahren eine Tendenz zur „Enthierarchisierung“ bestand – eine Tendenz, die in dieser Form keineswegs in allen Westberliner Bibliotheksnetzen jener Zeit zu beobachten war –, war das in der Stadtbezirksbibliothek Mitte nicht der Fall. Es bestanden klare Über- und Unterordnungen, die nicht grundsätzlich diskutiert wurden. Auch wenn in Westberlin die Kreuzberger Variante mit basisdemokratischen Ansätzen bestimmt nicht die Regel war, so bestand allgemein eine Tendenz zur Demokratisierung der Arbeitsstrukturen z.B. durch Besprechungen.

In Ostberlin gab es quer zur Arbeitshierarchie die Parteihierarchie, die durch die Beteiligung am Leitungskol-

lektiv Einflüsse auf inhaltliche Entscheidungen nehmen konnte. Hier bestand – wenigstens in Mitte – eine Personalunion zwischen leitender Funktion und Funktion als Parteisekretär.

Zum anderen war die konkrete Ausprägung der Leitung unterschiedlich. In Mitte wurde die Leitungsebene im untersuchten Zeitraum durch die Einführung einer neuen Ebene weiter ausdifferenziert. In Kreuzberg war die Strukturorganisation praktisch unverändert. In der DDR gab es seitens des Zentralinstituts für Bibliothekswesen Veröffentlichungen über die optimale Organisation staatlicher Allgemeinbibliotheken, die auf theoretischer Basis eine Klärung der Strukturfragen versuchten. In Westberlin fand die Auseinandersetzung dieser Fragestellung eher praxisorientiert statt, d.h. es ging in der Regel um die konkrete Organisation eines bestimmten Bezirks.

Damit nähert man sich einem Grundunterschied der beiden Systeme, der sich aber nicht nur auf die Organisation des Bibliothekswesens bezieht, sondern allgemein tragend ist. In Westberlin gingen die Lösungswege von der Praxis zur Theorie, d.h. ein auftretendes Problem hatte praktische Relevanz und mußte deshalb gelöst werden. In Ostberlin war der Weg teilweise umgekehrt: Es gab eine entwickelte theoretische Erkenntnis, die in die Praxis umgesetzt werden mußte, auch wenn in der Form oder in einem konkreten Fall kein Bedarf danach bestand oder die Umsetzung unzureichend war. Die Arbeit auf einer ideologisch-theoretischen Grundlage, aus der die Korrektur der praktischen Ergebnisse nur durch erneute theoretische Diskussionen von oben nach unten erfolgen konnte, führte zu einem schwerfälligen Apparat. Zum Teil waren diese Mechanismen auch im Westberliner Bibliothekswesen wirksam. Immer dann, wenn bezirksübergreifende Entscheidungen getroffen werden mußten, wurde die Maschinerie der Abstimmungssitzungen und Erkenntnisdiskussionen in Gang gesetzt. Die Nachteile dieses Mechanismus wurden in Westberlin zum Teil durch die Vorteile der dezentralen Organisation aufgehoben, die in Einzelfällen zu schnellen Entscheidungen befähigte. In Ostberlin waren die Spielräume des unabhängigen, sozusagen dezentralen Handelns jedoch beschränkter.

3. Dieser Unterschied findet sich in der Umsetzung der bibliothekspolitischen Zielsetzungen in den beiden Bezirken wieder. Zum Teil gab es Parallelen, es bestanden aber auch erhebliche Unterschiede. Gemeinsam war beiden Bezirken ein akuter Raummangel und von daher als Dauerzielsetzung die Verbesserung der baulichen Situation, allerdings mit zeitlicher Verschiebung. Während Kreuzberg Mitte der 60er Jahre mit dem Neubau einer Hauptstelle und zwei neubezogenen Zweigstellen kurzfristig recht gut „bebaut“ war, kam eine positivere Entwicklung in Mitte erst in den 70er Jahren in Gang. Beide Bezirke konnten aber bis zum Ende des Berichtszeitraums gemessen an internationalen Standards und

185 „Größe und Entwicklungsstand dieser zwölf Stadtbüchereien aber weisen ... in fast allen Bereichen so weitgehende Unterschiede auf, daß eine Vergleichbarkeit nur bedingt gegeben ist und jeder Versuch einer Umstrukturierung nach einheitlichen Gesichtspunkten auf erhebliche Schwierigkeiten stößt.“ Arbeitsbericht 1976 (Anm. 72) S. 5-6.

186 Vgl. Weber (Anm. 40) S. 119-122.

187 Anderhub (Anm. 1) S. 47.

verglichen mit Bibliotheken in der Bundesrepublik und Neubauten in der DDR erheblichen Raumbedarf anmelden. Das Ziel „Verbesserung der baulichen Situation“ ergab sich in beiden Bezirken quasi von selbst und war keine selbstgesetzte bibliothekspolitische Aufgabe im eigentlichen Sinn.

In anderen Bereichen unterschieden sich die Wege, aber nicht die Anlässe, die zu bestimmten bibliothekspolitischen Zielsetzungen führten. In Mitte waren bestimmte Ziele durch Verordnungen und Richtlinien vorgegeben, die konsequentere Verfolgung der einen oder anderen Vorgabe hing dann von Engagement und persönlichem Einsatz einzelner ab, so daß sich durch Personalwechsel auf der Leitungsebene auch Schwerpunktverschiebungen ergeben konnten. So ging z.B. die Einrichtung des zentralen Bibliotheksbeirats und die Verstärkung der Kooperationsvorhaben mit anderen Einrichtungen mit einem Leitungswechsel einher. Dasselbe Phänomen ist in Kreuzberg zu beobachten, wo die Ausrichtung auf eine stärker benutzerorientierte Bibliotheksarbeit mit Programmarbeit und Kontakten zu Stadtteilgruppen durch einen Leitungswechsel hervorgerufen wurde. Die Zielsetzung an sich ist hier jedoch nicht durch Verordnung vorgegeben, sondern ergibt sich aus der allgemeinen Bibliothekspraxis und -entwicklung, vor allem dem Vergleich mit anderen Bibliothekssystemen in der Bundesrepublik und im Ausland.

Der Unterschied der Herangehensweise wird deutlich an dem Beispiel Informationsbestände. In Mitte gab es wie beschrieben eine Informationsstelle, die zwar die Funktion der allgemeinen Auskunftsstelle für das Bibliothekssystem übernehmen sollte, dies aber aufgrund der räumlich getrennten Unterbringung gar nicht erfüllen konnte. Das Verständnis von Informationsabteilungen zur breitesten Auskunftserteilung in allen Lebenslagen, zur Bürgerinformation, zur Stadtteilinformation usw. ist dagegen die Auffassung in Kreuzberg gewesen, ein Anspruch, den die Bibliotheken dort allerdings auch erst in den letzten Jahren einzulösen begannen. Vorher gab es in den Kreuzberger bezirklichen Bibliotheken kaum Auskunftsbestände. Der Unterschied lag in der Umsetzung. In Kreuzberg gab es keine Informationsstelle, solange sie im Bezirk nicht als notwendig angesehen wurde. Sobald sie aufgebaut wurde, sollte das möglichst benutzerorientiert geschehen. Bestimmte Aufgaben wurden nicht übernommen, auch wenn sie eigentlich zu den Aufgaben einer Bibliothek gehörten, wenn die fachgerechte Umsetzung aufgrund von finanziellen, personellen oder räumlichen Engpässen nicht möglich war. Die Auswahl sollte nach bibliothekspolitischen Prioritätensetzungen erfolgen. Mit der Entscheidung, Bürgerinformation durch spezielle Informationsbestände über die Bearbeitung von Zusatzkatalogen zu stellen und damit Personal umzuschichten, wurden Prioritäten gesetzt. Die Grenzen auf politischer Ebene lagen in Westberlin bei den Stadträten bzw. den Bezirksverordnetenversammlungen.

In Mitte waren die Entscheidungen in der Form nur bedingt möglich. Natürlich steckten auch äußere Engpässe den Rahmen des Machbaren, vor allem bei der begrenzten Personalkapazität in den 60er Jahren, doch waren trotz allem die von oben vorgegebenen zentralen Aufgaben umzusetzen, da sie auf einer höheren juristischen und auch politischen Ebene entschieden waren. Der Bezirk konnte Maßnahmen verzögern, aber letztlich

selten verhindern. Die Form der Umsetzung konnte aber unterschiedlich sein, und daraus ergaben sich dann die oben genannten Spielräume in den Ostberliner Bezirken.

4.2 Weitere Perspektiven

Seit der Maueröffnung am 9.11.1989 und endgültig seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und damit auch der beiden Stadthälften von Berlin entstand die Notwendigkeit, sich mit dem jeweils anderen Bibliothekssystem zu beschäftigen. Es mußten Überlegungen zur zukünftigen Organisation angestellt werden, welche Strukturen, Bezeichnungen usw. weitergeführt und welche verändert werden sollten.

Mittlerweile ist dieser Prozeß in weiten Bereichen abgeschlossen. An der grundsätzlichen Organisation der Öffentlichen Bibliotheken in Bezirkssystemen hat sich bis heute nichts verändert. Die koordinierende Rolle übernimmt das Bibliotheksreferat bei der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten; die Hauptabteilung Öffentliche Bibliotheken bei der Berliner Stadtbibliothek wurde aufgelöst. Weitgehend wurde das alte Westberliner System auf die gesamte Stadt übertragen, in den Ostberliner Bezirken wurden Strukturreformen eingeleitet.

Die Zusammenarbeit zwischen den Bezirken, der AGB/BZB und der Berliner Stadtbibliothek wird durch verschiedene Arbeitskreise gewährleistet. Der richtungweisende ist die „Ständige Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berliner Öffentlichen Bibliotheken“¹⁸⁸. Diese Konferenz richtet sowohl kontinuierlich arbeitende Arbeitskreise als auch sogenannte Projektgruppen zur Bearbeitung bibliotheksfachlicher Einzelfragen ein. Da die Zahl der Bezirke mittlerweile 23 beträgt und entsprechend die Sitzungen aller Leiterinnen und Leiter einen erheblichen Umfang haben, wird aus dem Kreis der „Ständigen Konferenz“ ein Konzeptionsausschuß zur Erarbeitung von Empfehlungen zur berlinweiten Bibliotheksarbeit gebildet. Die Referentin der Senatsverwaltung nimmt an den Sitzungen der „Ständigen Konferenz“ teil.

Die Amerika-Gedenkbibliothek und die Berliner Stadtbibliothek werden fusionieren und gemeinsam in eine neue Rechtsform überführt werden. Es ist der Wunsch der beiden Bibliotheken und der Senatskulturverwaltung, für beide Häuser gemeinsam einen Neubau in der Berliner Mitte im zukünftigen Regierungsviertel zu realisieren. Bis zur Entscheidung über diese Wünsche werden die Bibliotheken weiterhin in zwei Gebäuden arbeiten.

Das gesamte Öffentliche Bibliothekswesen ist von der Sparpolitik des Berliner Senats betroffen. In Ostberlin wurden in einigen Bezirken erhebliche Stellenstreichungen bei der Neubeantragung der Stellenpläne nach der Vereinigung vorgenommen. In der ganzen Stadt wurden nach einem erneuten Spardurchgang 1991 nochmals über 109 Stellen im Öffentlichen Bibliothekswesen eingespart. Für Kreuzberg zum Beispiel hieß das, daß fünf

¹⁸⁸ Vgl. Ständige Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berliner Öffentlichen Bibliotheken: Einrichtung von Arbeitskreisen und Projektgruppen. 28.6.1991.

Stellen – das entspricht 10% – nicht wieder besetzt werden konnten.

Die Veränderungen sind im Ostteil der Stadt viel gravierender als im Westen. Praktisch die gesamte konkrete Arbeit mußte neu organisiert werden, alle Arbeitsgrundlagen haben sich verändert. Angefangen bei der Systematik – die „Berliner Systematik“ wird jetzt in allen Bezirken angewendet – über das Bestellverfahren bis zur Leitungsorganisation mußten neue Arbeitsgrundlagen geschaffen werden bzw. eine Einarbeitung in Inhalte und Verfahren mußte stattfinden. Besonders beim Bestandsaufbau war eine Einarbeitung notwendig, da sich im Vergleich zur DDR das Verhältnis von Erwerbungssetat und Medienangebot umgekehrt hat. Die Bezirke mußten Auswahlkriterien entwickeln, Grundbestände aufbauen und alte Bestände in großem Umfang aussondern.

Die Verwaltungszusammenarbeit und der bezirkliche Verwaltungsaufbau wurde berlinweit über ost-westliche Bezirkspartnerschaften hergestellt, die in vielen Bezirken auch auf der Ebene der Öffentlichen Bibliotheken funktionierte.¹⁸⁹ Zusätzlich entstanden einzelne Bibliothekskooperationen. So arbeiten z.B. mittlerweile die Bücherei Oranienstraße in Kreuzberg und die Heinrich-Heine-Bibliothek in Mitte, die nur ca. 800 m auseinanderliegen, eng zusammen, koordinieren ihre Programmarbeit und beteiligen sich maßgeblich an den Aktivitäten eines im Stadtteil neugegründeten Bürgervereins.

Die Grenzöffnung bedeutete für die Bibliotheken des Westens, besonders für die im alten Grenzgebiet, vor allem einen Anstieg der Benutzung, auf den sie sich unbürokratisch einstellten.¹⁹⁰ Bei den Bibliotheken in Ostberlin sanken die Ausleihzahlen rapide ab. Der Senat bewilligte Sondermittel zum Aufbau von Grundbeständen. Mittlerweile sind die Benutzungszahlen in Ost und West ausgeglichen, bezirkliche Unterschiede lassen sich nicht mehr an der Ost-West-Trennung nachvollziehen.

Das Zusammenwachsen der beiden Stadthälften Berlins zu einer neuen Einheit auf dem Gebiet der Öffentlichen Bibliotheken wurde erleichtert durch die dezentrale Organisationsstruktur, auch wenn das paradox klingt. Die Ostberliner Bezirksbibliotheken mußten bestimmte Vorgaben der Senatsverwaltung übernehmen, die aber in allen Verwaltungsbereichen zum Tragen kamen wie neue Stellenpläne u.ä. In der konkreten bezirklichen Bibliotheksarbeit jedoch waren und sind die Einzelsysteme unabhängig, die Entscheidungen sowohl über Organisationsstrukturen als auch über das Maß der Eingliederung in die überbezirkliche Kooperation lagen bei den Bezirken selbst. Dadurch ergaben sich Konfliktlinien zwischen den beiden verschiedenen Systemen weniger als Konfrontation zwischen Ost und West denn als Entscheidungsprozesse innerhalb der Ostberliner Bezirke. Dort mußte der Schritt von einem stärker zentralistisch orientierten Bibliotheksnetz hin zu einem dezentralen Verbund unabhängiger Bezirkssysteme vollzogen werden.

Jetzt – im Jahr 1994 – beschäftigen sich alle 23 Stadtbibliothekssysteme mit den gleichen Fragen und Problemen: Drohende Stellenstreichungen, fehlende EDV-Ausstattung und knappe Sachmittelausstattungen treffen die ganze Stadt gleichermaßen.

Anlage 1 Bibliotheksverordnung und Durchführungsbestimmungen

Verordnung über die Aufgaben des Bibliothekssystems bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Mai 1968 – Bibliotheksverordnung (BVO)

Erste Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Statut des Zentralinstituts für Bibliothekswesen – vom 24. August 1970

Zweite Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Aufgaben und Arbeitsweise der Deutschen Bücherei zu Leipzig als Leit- und Koordinierungseinrichtung für Bibliographie und bibliographische Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik – vom 24. August 1970

Dritte Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Aufgaben und Arbeitsweise der Deutschen Staatsbibliothek Berlin als zentrale Leiteinrichtung für Leihverkehr und Zentralkataloge im Bibliothekssystem der Deutschen Demokratischen Republik – vom 24. August 1970

Vierte Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Führung von bibliothekarischen Berufsbezeichnungen und Verleihung von Titeln an Bibliothekare – vom 4. November 1970

Fünfte Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der den örtlichen Räten unterstehenden staatlichen Allgemeinbibliotheken – vom 27. Januar 1971

– *nebst*: Richtlinie zur Fünften Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der den örtlichen Räten unterstehenden staatlichen Allgemeinbibliotheken (24.2.1971)

– *nebst*: Anlage zu vorstehender Richtlinie: Rahmenordnung über Beiräte an staatlichen Allgemeinbibliotheken

Sechste Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Aufgaben und Arbeitsweise der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken der Bezirke – vom 5. Januar 1972

Siebente Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Aufgaben und Arbeitsweise der Zentralen Fachbibliotheken – vom 5. Januar 1972

Achte Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung vom 6. November 1974 [Änderung der 4. DB]

Neunte Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Ordnung über den Internationalen Schriftentausch der Bibliotheken und Informationseinrichtungen sowie den Tausch und die Abgabe von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten (Tauschordnung) – vom 1. März 1976

Zehnte Durchführungsbestimmung zur Bibliotheksverordnung – Ordnung über den Internationalen Leihverkehr der Bibliotheken (ILV-Ordnung) – vom 1. März 1976

– *nebst*: Anlage zu vorstehender Durchführungsbestimmung (Teilnahmeberechtigte Bibliotheken am ILV)

189 Vgl. Sühnhold, Margrit: Berlin – Zusammenarbeit zwischen Ost und West. In: Buch und Bibliothek 42 (1990) S. 597-599 über die Kooperation zwischen den Bezirken Mitte und Wedding.

190 So wurden in allen Berliner Bibliotheken von Anfang an Leser- ausweise an Ostberliner und DDR-Bürger ausgestellt. Die Amtsleiterin Kreuzberg beschreibt die Situation nach Öffnung der Grenze: „Die Öffnung der Mauer haben die Kollegen der Stadtbücherei Kreuzberg im wahrsten Sinne des Wortes „hautnah“ erlebt – schon am 10. November war die Gegend um den Moritzplatz und das Kottbusser Tor menschenüberflutet, drängelten sich von den ersten Öffnungsstunden an vor allem in der Zweigstelle Oranienstraße und in der Wilhelm-Liebknecht-Bücherei am Kotti interessierte DDR-Bürger.“ Sauer, Christine-Dorothea: Kein „Mauerblümchen“ mehr. In: Buch und Bibliothek 42 (1990) S. 150-151.

Anlage 2**Bibliotheken des Bezirks Kreuzberg 1989**

- Wilhelm-Liebnecht-Bücherei (Hauptstelle)
Adalbertstraße 2
– Erwachsenenbibliothek ca. 53 000 ME
– Jugendbibliothek ca. 29 000 ME
- Friedrich-von-Raumer-Bücherei
Dudenstraße 18-20
– Erwachsenenbibliothek ca. 29 000 ME
– Jugendbibliothek ca. 20 000 ME
- Bücherei Oranienstraße
Oranienstraße 72
– Erwachsenenbibliothek ca. 27 000 ME
– Jugendbibliothek ca. 12 000 ME
– Nebenstelle Seniorenheim Stallschreiberstraße 12, Bestand ca. 800 ME
– Nebenstelle Kurt-Schumacher-Grundschule, Puttkamer Straße 19, Bestand ca. 4400 ME
- Bücherei Glogauer Straße
– Glogauer Straße 12/13
Erwachsenenbibliothek ca. 17 000 ME
– Glogauer Straße 16
Jugendbibliothek ca. 16 000 ME
- Namik-Kemal-Bücherei
Mariannenplatz 2
Spezialbibliothek mit Literatur in türkischer Sprache
Erwachsenen- und Jugendbibliothek ca. 21 000 ME
- Politisches Buchkabinett im Rathaus Kreuzberg
Yorckstraße 4-11
Spezialbibliothek für Politik und Zeitgeschichte ca. 3700 ME
- Mediothek Carl-von-Ossietsky-GS
Blücherstraße 46-47
Bestand nur für die Schule nutzbar
1989 wegen Asbestsanierung geschlossen
- Mediothek Oberstufenzentrum Textil
Kochstraße 9-13a
Bestand ca. 21 000 ME nur für die Schule nutzbar
- Mediothek Oberstufenzentrum Handel
Wrangelstraße 98
Bestand ca. 158 000 ME nur für die Schule nutzbar
- Mediothek Oberstufenzentrum Metalltechnik
Lobeckstraße 76-81
Bestand ca. 20 000 ME nur für die Schule nutzbar

Anlage 3**Chronik der Stadtbibliothek Kreuzberg**

- 1850 Gründung der ersten Volksbüchereien in Berlin
4. Volksbücherei:
Luisenstädtische Realschule, Sebastianstraße 49
- 1863 Sebastianstraße 49 (4. VB)
Umzug in die Ritterstraße 31
- 1869 Gründung der 9. VB in der Wartenburgstraße 12
- 1872 Gründung der 13. VB Lausitzer Platz 9. Zu einem nicht mehr bekannten Zeitpunkt Umzug in die Waldemarstraße 77 und Angliederung der 8. Lesehalle
- 1877 Ritterstraße 31 (4. VB)
Umzug in die Stallschreiberstraße 54a
- 1881 Gründung der 22. VB in der Dieffenbachstraße 60/61
- 1883 Gründung der 24. VB in der Reichenberger Straße 44/45
- 1900 Wartenburgstraße 12 (9. VB)
Umzug in die Wilmsstraße 10
Erweiterung um eine Lesehalle
- 1900 Reichenberger Straße 44/45 (24. VB)
Umzug in die Glogauer Straße 12/13
Erweiterung um eine Lesehalle
- 1905 Schmidstraße 16 (14.VB, gegründet 1874)
Umzug in die Baruther Straße 20 (späteres Kreuzberger Gebiet)
- 1919 Glogauer Straße 12/13 (24. VB)
Umwandlung der Lesehalle in die 5. Kinderlesehalle
- 1920 Die Einheitsgemeinde Berlin wird gegründet und damit auch der Bezirk Kreuzberg. Die 6 Innenstadtbezirke bilden bis 1926 keine eigenen bezirklichen Bibliothekssysteme, sondern sind ein Bibliothekssystem unter Leitung der Berliner Stadtbibliothek
- 1921 Stallschreiber Straße 54a (4. VB)
Erweiterung mit Beständen der 1. VB aus Mohrenstraße 41, zukünftig 1. VB
- 1923 Glogauer Straße 12/13 (5. Kinderlesehalle)
Umzug in die Waldemarstraße 77 zur 13. VB
- 1924 Waldemarstraße 77 (13. VB)
Schließung der VB und der 8. Lesehalle
5. Kinderlesehalle bleibt erhalten
- 1926 Waldemarstraße 77
Eröffnung einer Jugendbücherei zusätzlich zur Kinderlesehalle
- 1926 Stallschreiberstraße 54a (1. VB)
Neue Räume im gleichen Haus
Erweiterung um eine Kinderlesehalle
- 1926 1.11. Übernahme der Volksbibliotheken und Lesehallen durch den Bezirk Kreuzberg
– 1. VB mit Kinderlesehalle: Stallschreiberstraße 54a
– 9. VB mit Lesehalle: Wilmsstraße 10
– 14. VB: Baruther Straße 20
– 22. VB: Dieffenbachstraße 60/61
– 24. VB: Glogauer Straße 12/13
– 5. Kinderlesehalle und Jugendbücherei: Waldemarstraße 77
- 1928 Baruther Straße 20 (14. VB)
Umzug in die Belle-Alliance-Straße 80
gleichzeitig Verlagerung der Lesehalle Wilmsstraße 10 in die Belle-Alliance-Straße 80
- 1934 Dieffenbachstraße 60/61 (22. VB)
Schließung
- 1939 Waldemarstraße 77
Umzug in die Lausitzer Straße 4
- 1943/45 Belle-Alliance-Straße 80
Zerstörung durch Kriegseinwirkungen, Wiedereröffnung mit einem Behelfsbestand in der Gneisenaustraße 7
- 1945 Stallschreiberstraße 54
Umzug zum Tempelhofer Ufer 15
- 1945 Lausitzer Straße 4
Zerstörung durch Kriegseinwirkungen und Schließung
- 1949 Lindenstraße 39 wird eine zentrale Buchbindeerei eingerichtet. Später Umzug in die Zossener Straße (Termin nicht mehr bekannt)
- 1949, 14.11. Körtestraße
Eröffnung einer Kinderlesestube
- 1950 Gneisenaustraße 7
Umzug aus einem Behelfsquartier in die alten Büchereiräume in der Waldemarstraße 118. Angliederung einer Kinderlesestube
- 1951 Glogauer Straße 16

- Eröffnung einer Jugendbücherei im Freihandbetrieb und eines Kinderlesesaals
- 1951 Körtestraße
- Schließung der Kinderlesestube
- 1951, August: Tempelhofer Ufer 15
- Umzug in die Dudenstraße 10
- 1953 Waldemarstraße 118
- Schließung der Kinderlesehalle zur Vergrößerung der Büchereiräume
- 1954 Eröffnung der Amerika-Gedenkbibliothek/Berliner Zentralbibliothek mit Standort in Kreuzberg
- 1955 Dudenstraße 10
- Umzug in den Neubau Dudenstraße 18/20. Eröffnung als Freihandbibliothek mit Lesesaal
- Namensgebung: Friedrich-von-Raumer-Bücherei
- Die Buchbinderei aus der Zossener Straße wird hier mit untergebracht
- 1956 Glogauer Straße 12/13
- Umbau zur Freihandbibliothek
- 1957 Dudenstraße 18/20
- Schließung des Lesesaals
- Eröffnung einer Freihand-Jugendbücherei
- Umzug der Buchbinderei in das Rathaus, Yorckstraße 4/11
- 1961 Yorckstraße 4/11
- Eröffnung eines „Politischen Buchkabinetts“ (Sonderbibliothek) im 3. Stock des Rathauses
- 1963 Yorckstraße 4/11
- Umzug des Politischen Buchkabinetts in neue Räume im Erdgeschoß
- 1964, Januar: Wilmsstraße 10
- Schließung der Thekenbücherei
- Die Bestände werden in die neue Hauptstelle übernommen
- 1964, April: Adalbertstraße 2
- Eröffnung der Hauptstelle in einem Neubau
- Erwachsenenbücherei mit Lesesaal und Zeitungslesesaal
- Jugendbücherei mit Kinderlesesaal
- Buchbinderei aus Yorckstraße 4/11
- 1964, August: Oranienstraße 72
- Eröffnung einer Erwachsenenbücherei und einer Jugendbücherei
- 1964, November: Waldemarstraße 118
- Schließung der Thekenbücherei wegen Nähe zur Hauptstelle
- 1966, Januar: Glogauer Straße 16
- Schließung des Kinderleseraums zugunsten der Erweiterung der Büchereiräume
- 1969, Januar: Adalbertstraße 2
- Schließung des Kinderlesesaals zugunsten der Erweiterung der Jugendbücherei
- 1974, März: Mariannenplatz 2
- Eröffnung der Spezialbücherei für Türken und Türkinnen mit Erwachsenen- und Jugendbeständen
- Namensgebung: Namik-Kemal-Bücherei
- 1975, März: Adalbertstraße 2
- Namensgebung: Wilhelm-Liebknecht-Bücherei
- 1977, Mai: Blücherstraße 46/47
- Eröffnung einer Schulmediothek in der 1. Gesamtoberschule Kreuzberg
- 1978, September: Wilhelm-Liebknecht-Bücherei, Adalbertstraße 2
- Schließung des Lesesaals und Zeitungslesesaals zugunsten der Erwachsenenbücherei
- 1979, Juni: Puttkamerstraße 19
- Eröffnung einer Schulnebenstelle der Jugendbücherei Oranienstraße 72 in der 1. Grundschule
- 1979, August: Stallschreiberstraße 12
- Eröffnung einer Nebenstelle der Oranienstraße 72 in einem Seniorenheim
- 1980, Januar: Wrangelstraße 98
- Eröffnung einer Mediothek im Oberstufenzentrum Handel
- 1980, Januar: Kochstraße 9-13a
- Eröffnung einer Mediothek im Oberstufenzentrum Textil
- 1983, November: Lobeckstraße 76-81
- Eröffnung einer Mediothek im Oberstufenzentrum Metalltechnik
- 1987, 9.1. Wilhelm-Liebknecht-Bücherei, Adalbertstraße 2: Die fünfmillionste Ausleihe wird als Jubiläumseignis im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung gefeiert
- 1987 Dudenstraße 18/20
- Schließung der Jugendbücherei wegen Renovierung
- 1987 Glogauer Straße 16
- Schließung bis Juli 1987 wegen Renovierung der Jugendbücherei
- 1988 Beginn der CD-Ausleihe in den Zweigstellen Friedrich-von-Raumer-Bücherei in der Dudenstraße 18/20, Oranienstraße 72 und Glogauer Straße 12/13
- 1988, 3.6. Blücherstraße 46/47
- Schließung der Mediothek wegen Asbestgefährdung
- 1988, 6.12. Wilhelm-Liebknecht-Bücherei, Adalbertstraße 2
- Beginn der CD-Ausleihe
- 1989, 26.5.-29.9. Lobeckstraße 76/81
- Schließung der Mediothek wegen Gefährdung durch Asbest
- 1989, 11.9.-6.11. Puttkamerstraße 19
- Schließung der Nebenstelle wegen Asbestgefährdung
- 1989, 27.9 Oranienstraße 72
- Stadtteilstadtteilfest anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Bibliothek
- 1993 Yorckstraße 4/11
- Schließung des Politischen Buchkabinetts wegen Personalmangels
- 1994, 4.1. Glogauer Straße 12/13
- Schließung der Bibliothek wegen Personalmangels
- 1994, 26.8. Wilhelm-Liebknecht-Bibliothek, Adalbertstraße 2
- Jubiläumfest anlässlich des 30. Geburtstag
- 1994, 26.8. Namik-Kemal-Bibliothek, Mariannenplatz 1
- Jubiläumfest anlässlich des 20. Geburtstags
- 1994, 27.7. Oranienstraße 72
- Namensgebung: Bona-Peiser-Bibliothek anlässlich des 30jährigen Jubiläums

Anlage 4**Bibliotheken des Bezirks Mitte 1989***Erwachsenenbibliotheken*

- Dr.-Philipp-Schaeffer-Bibliothek
Brunnenstraße 181
Hauptbibliothek für Erwachsene ca. 60 000 ME
- Kurt-Tucholsky-Bibliothek
Max-Beer-Straße 2-4
ca. 29 000 ME
- Bibliothek Griebenowstraße
Griebenowstraße 23
ca. 23 000 ME
- Andersen-Nexö-Bibliothek
Wilhelm-Pieck-Straße 231
ca. 29 000 ME
- Heinrich-Heine-Bibliothek
Köpenicker Straße 100
ca. 28 000 ME

Kinderbibliotheken

- Bertolt-Brecht-Bibliothek
Karl-Marx-Allee 33
Hauptbibliothek für Kinder ca. 27 000 ME
- Fred-Rodrian-Bibliothek
Rosa-Luxemburg-Straße 45
ca. 10 000 ME
- Auguste-Lazar-Bibliothek
Wilhelm-Pieck-Straße 199
ca. 22 000 ME
- Brüder-Grimm-Bibliothek
Griebenowstraße 22
ca. 15 000 ME
- Ludwig-Renn-Bibliothek
Leipziger Straße 56
ca. 16 000 ME
- Arkadi-Gaidar-Bibliothek
Köpenicker Straße 79
ca. 14 000 ME

Anlage 5**Chronik der Stadtbezirksbibliothek Mitte**

- | | |
|--|---|
| <p>1850 Gründung der 1.-4. Volksbücherei auf Initiative von Friedrich von Raumer
1. Friedrich-Werdersches Gymnasium
Werderscher Markt 7
2. Königstädtische Realschule
Schießgasse 31
3. Dorotheenstädtische Realschule
Georgenstraße 23
(heute: Brunnenstraße 181)
4. Luisenstädtische Realschule
Sebastianstraße 49</p> <p>1895, 1.1. Neue Schönhauser Straße 13
Gesellschaft für ethische Kultur:
1. öffentliche Lesehalle gegründet
Leitung: Bona Peiser</p> <p>1896, 19.10. 1. VB: Werderscher Markt 7
Umzug in die Mohrenstraße 41
erhält eine Lesehalle</p> <p>1897, 15.6. „Lesehalle der Arbeiterbildungsschule“
eröffnet
Brunnenstraße 25</p> <p>1899 Außer-Haus-Ausleihe beginnt in der Lesehalle
der Gesellschaft für ethische Kultur
Neue Schönhauser Str. 13</p> | <p>1899, 26.10. Alexandrinenstraße 26
Bibliotheksgründung durch Hugo Heimann</p> <p>1902 Neue Schönhauser Straße 13
Umzug der Lesehalle der Ges. für eth. Kultur in
die Münzstraße 11 (Scheunenviertel)</p> <p>1907, 15.10. Berliner Stadtbibliothek eröffnet
Leitung: Arend Buchholtz
Zimmerstraße 90/91</p> <p>1908 Lesehalle Münzstraße 11
Umzug in die Rungestraße 25-27</p> <p>ab 1913 Kinderlesehallen werden eingerichtet (bis
1920/21: 6)</p> <p>1920 Die Einheitsgemeinde Berlin wird gegründet.
Die 6 Innenstadtbezirke bilden bis 1926 keine
eigenen bezirklichen Bibliothekssysteme, son-
dern stellen eine Einheit unter Leitung der Berli-
ner Stadtbibliothek dar</p> <p>1920 Alexandrinenstr. 26
Heimannsche Bibliothek wird 31. VB
Umzug in die Adalbertstraße 41</p> <p>1921 Berliner Stadtbibliothek
Umzug in den alten Marstall, Breite Straße 32-
34</p> <p>1921 1. VB: Mohrenstraße 41
Umzug in die Stallschreiberstraße 54a (Kreuz-
berg) zur 4. VB, Weiterführung beider als 1. VB</p> <p>1926, 7.9. Vorlage und Beschluß der Stadtverordne-
tenversammlung: Übergabe der Bibliotheken an
die jeweils zuständigen 6 Innenstadtbezirke ab
1.11.1926</p> <p>1927 Münzstraße 11, 1. Lesehalle der Ges. f. eth.
Kultur wird zur VB
Umzug in die Rungestraße 25/27 (Zweigstelle)</p> <p>1928, 9.12. Brunnenstraße 181: Eröffnung
Bestände aus
– Klosterstraße 65/68
– Altbestände „Heimann“ aus Adalbertstr. 41
existieren in Mitte
– Hauptstelle, Brunnenstr. 181
– Zweigstelle, Adalbertstraße 41
– Zweigstelle, Rungestraße 25/27</p> <p>1937 Rungestraße 25/27
Umzug in die Köpenicker Straße 80/82</p> <p>1938 Adalbertstraße 41
Umzug in die Große Frankfurter Straße 68</p> <p>1945 Köpenicker Straße 80/82 ist zerstört</p> <p>1945/46 Brunnenstraße 181 wird als Wärmestube ge-
nutzt</p> <p>1947, 27.8. Zweigstelle Brüderstraße eröffnet
Bestände aus der Großen Frankfurter Straße 68</p> <p>1948, 4.5. Kinderbibliothek Brunnenstraße 181 eröff-
net</p> <p>1949 existieren
1 Hauptstelle, Brunnenstr. 181
1 Zweigstelle, Brüderstr.
1 Kinderbibliothek, Brunnenstr. 181</p> <p>1951 Eröffnung Kastanienallee 59
Bestände für Erwachsene und Kinder</p> <p>1951 Brüderstraße
Umzug in die Max-Beer-Straße 2/4</p> <p>1952, 12.9. Brunnenstraße 181
Namensgebung: Dr.-Philipp-Schaeffer-Bibliothek
(bis 1932 Bibliothekar im Bezirk Mitte,
1943 eingerichtet als Mitglied der Widerstands-
gruppe um Schulze-Boysen und Harnack)</p> |
|--|---|

- 1953, 1.9. Chausseestraße 5: Eröffnung
- 1957 Chausseestraße 5
Umzug in die Chausseestraße 1/Ecke Wilhelm-Pieck-Straße 231
(zwischen 1957 und 1965: Namensgebung: Andersen-Nexö-Bibliothek)
- 1959/60 Max-Beer-Straße 2/4
Namensgebung: Kurt-Tucholsky-Bibliothek
- 1961, 26.10.
Eröffnung Hannoversche Str. 20 in der 10. OS (Tamara-Bunke-OS)
- 1963, Oktober: Eröffnung Sebastianstr. 57 in der 8. OS (Heinrich-Heine-OS)
- 1963, 22.10. Kastanienallee 59
Umzug in die Fürstenberger Straße 1
- 1963, November: Eröffnung Karl-Marx-Allee 33
Bestände für Erwachsene und Kinder
Namensgebung: Bertolt-Brecht-Bibliothek
1. Zweckbau für Berlin (zusammen mit dem Kino „International“)
- 1964 Ph.-Schaeffer-Bibliothek, Brunnenstr. 18
– muß laut Ratsbeschluß Räume an den VEB Möbelkombinat „Parat“ abtreten, dadurch wird sie um die Kinderbibliothek, einen Lesesaal und Arbeitsräume verkleinert
– Umstellung der Ph.-Schaeffer-Bibl. auf Freihandaufstellung
- 1965 Fürstenberger Straße 1 wird geteilt
– Erwachsenenbibliothek bleibt
– Kinderbibliothek: 2.1.66 Umzug in die Griebenowstraße 22
- 1965 Hannoversche Str. 20
Schließung wegen Eigenbedarfs der Schule; die Bestände werden eingelagert
- 1966, 2.1. Kinderbibliothek Fürstenberger Straße 1
Umzug nach Griebenowstraße 22
- 1967 Sebastianstr. 57
Schließung wegen Eigenbedarfs der Schule
Einlagerung der Bestände
- 1968 Eröffnung Brückenstr. 14
– Erwachsenenbestände von Köpenicker Str. 40/41 (dort gab es seit 1964 eine Ausleihstelle mit kleinstem Bestand)
– Kinderbestände aus Sebastianstr. 57
- 1968, Januar: Hackescher Markt 4
Neugründung einer Kinderbibliothek mit Beständen aus der Max-Beer-Straße 2/4
- 1971, 8.9. Eröffnung Wilhelm-Pieck-Straße 199
Namensgebung: Auguste-Lazar-Bibliothek
Bestände aus der Hannoverschen Str. 20 (1965 geschlossen) und aus der Brunnenstraße 181
- 1973, Dezember: Hackescher Markt 4
Schließung wegen Verkehrsproblemen und Personalmangel; Beginn der Planungen Leipziger Str.; Bestände auf alle Einrichtungen verteilt
- 1974, 22.01. Kinderbibliothek Brückenstr. 14
Umzug in die Köpenicker Str. 79
Namensgebung: Arkadi-Gaidar-Bibliothek
- 1974, 2.10 Bertolt-Brecht-Bibliothek, Karl-Marx-Allee 33: Weiterführung als Hauptkinderbibliothek für Mitte und Friedrichshain (Bezirkskooperation). Die Erwachsenenbestände gehen nach Friedrichshain, Pablo-Neruda-Bibliothek, Mollstraße. Die Bertolt-Brecht-Bibliothek erhält die Kinderbestände der Pablo-Neruda-Bibliothek.
- 1975 Literaturjugendklub gegründet
(20 ständige Mitglieder)
- 1978 Eröffnung Konsultationstelle Literaturpropaganda und Informationstelle
- 1978, 6.9. Griebenowstraße 22
Erweiterung und Namensgebung: Brüder-Grimm-Bibliothek
- 1978 Fürstenberger Straße 1
Umzug in die Griebenowstraße 23/24
- 1979, 11.4. Eröffnung Leipziger Str. 56
- 1980 Gründung des Bibliotheksbeirats Mitte, vorher gab es Beiräte bei den einzelnen Einrichtungen
seit 1982 jährlicher Literaturball für aktive Benutzer, Kulturfunktionäre und Brigaden der Betriebe
- 1984 Konsultationsstelle Literaturpropaganda und Informationsstelle
Umzug in die Wilhelm-Pieck-Straße 112
- 1984 Arkadi-Gaidar-Bibliothek, Köpenicker Str. 79
Rekonstruktion und Erweiterung
- 1987 Auguste-Lazar-Bibliothek, Wilhelm-Pieck-Straße 199
Rekonstruktion und Erweiterung
- 1988 Brückenstraße 14
Umzug in die Köpenicker Straße 100
Namensgebung: Heinrich-Heine-Bibliothek
- 1989 Andersen-Nexö-Bibliothek, Wilhelm-Pieck-Straße 231
Rekonstruktion
- 1989, 15.9. Eröffnung Rosa-Luxemburg-Str. 45
Namensgebung: Fred-Rodrian-Bibliothek
- 1990, 22.1. Arkadi-Gaidar-Bibliothek, Köpenicker Str. 79
Umzug in die Köpenicker Str. 101
- 1990/91 Andersen-Nexö-Bibliothek, Wilhelm-Pieck-Straße 231
Schließung
- 1991, Juli: Kurt-Tucholsky-Bibliothek, Max-Beer-Straße 2/4
Umzug in die Rosa-Luxemburg-Straße 49
- 1992, 2.1. Dr.-Philipp-Schaeffer-Bibliothek, Brunnenstraße 181
Umzug in das Hinterhaus, Vergrößerung
- 1994, Jan.: Brüder-Grimm-Bibliothek, Griebenowstraße 22
Schließung
- 1994, Feb.: Bertolt-Brecht-Bibliothek, Karl-Marx-Allee 33
Umwandlung in eine kombinierte Bibliothek
- 1994, 20.2. Dr.-Philipp-Schaeffer-Bibliothek, Brunnenstraße 181
Erweiterung der Hauptbibliothek für Erwachsene um eine Hauptkinderbibliothek
- 1994, 31.7. Auguste-Lazar-Bibliothek, Wilhelm-Pieck-Straße 199
Schließung, Verteilung der Bestände auf die Hauptkinderbibliothek, Brunnenstraße 181, und eine neue Schulbibliothek
- 1994, 1.9. Hannoversche Straße 20
Eröffnung einer Schulbibliothek in der 5. Grundschule mit Beständen der geschlossenen Auguste-Lazar-Bibliothek

Literaturverzeichnis

Quellen

Unveröffentlicht, Archivmaterial

Bezirksamt Kreuzberg von Berlin, Abt. Volksbildung, Amt Büchereiwesen: Verwaltungsakten

- Aktenplan Nr. 0: Büchereigeschichte, Büchereientwicklung
- Aktenplan Nr. 7.1.1: Bezirksamt/Volksbildungsstadtrat
- Aktenplan Nr. 7.2.1: Sen Kult, vorm. Sen Schul
- Protokolle der Arbeitsbesprechungen und bibliothekarischen Fachdiskussionen, 18.3.1970 ff.
- Einzelne Arbeitsverfahren, Organisationsschemata (alphabetisch nach Verfahren)

Bibliotheksentwicklungsplan für die Öffentlichen Allgemeinen Bibliotheken im Land Berlin. Senatsvorlage. Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten. Berlin 1994

Kreuzberg: Volksbüchereien des Bezirks Kreuzberg. Jahresbericht 1949 (unveröff.)

Rat des Stadtbezirks Mitte, Abteilung Kultur, Stadtbezirksbibliothek: Stellenplan 1967, nebst Anhang: Charakteristik der Arbeitsaufgaben für die einzelnen Planstellen

Stadtbezirksbibliothek Mitte: Über die Entwicklung des Bibliothekswesens im Stadtbezirk Berlin-Mitte. Maßnahmen zur Erhöhung der Qualität der bibliothekarischen Arbeit und der Leitungstätigkeit. (1966)

Ständige Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berliner Öffentlichen Bibliotheken: Einrichtung von Arbeitskreisen und Projektgruppen. 28.6.1991

Gedruckt

Arbeitsbericht

- Berlins Öffentliche Büchereien 1955/56. Von Heinz Steinberg. Berlin 1956
- Die öffentlichen Büchereien in Berlin 1956/57.1957 (Sonderdruck aus: Erwachsenenbildung in Berlin. Berlin 1957)
- Berlins Öffentliche Büchereien. Arbeitsbericht 1957/58.1958-1974.1975
- Öffentliche Bibliotheken in Berlin. Amerika-Gedenkbibliothek/Berliner Zentralbibliothek; Stadtbüchereien der Bezirke. Arbeitsbericht 1975. 1976 ff.

Berliner Bibliotheksgesetz

- Beschluß des Abgeordnetenhauses über Ausbau der Berliner Volksbüchereien. In: Berlins Öffentliche Büchereien 1955/56. Arbeitsbericht. 1956, S. 54-55

Bibliotheksplan '73: Entwurf eines umfassenden Bibliotheksnetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1991 (Unveränd. Nachdr. des „Bibliotheksplans 1973“)

Denkschrift (1954)

- Denkschrift über die Berliner Volksbüchereien und ihre künftige Gestaltung vom 28.6.1954. Vorlage zur Kenntnisnahme Nr. 265. In: Mitteilungen des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, II. Wahlperiode, Nr. 76, 1954

Einziehung (1946)

- Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters. Kontrollrat, Befehl Nr. 4. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Nr. 7, 31.5.1946, S. 151-152
- Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters. Abänderung des Befehls Nr. 4. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Nr. 10, 31.8.1948, S. 172

Haushaltsplan: Haushaltsplan von Berlin für das Haushaltsjahr 1991. Bezirksplan Kreuzberg

Jugendgesetz: Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik – Jugendgesetz der DDR – vom 28. Januar 1974. In: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Berlin 1974, S. 45 ff.

Kreuzberg: Kreuzberg. Leistung, Planung und Bilanz. 1967 – 1970. Hrsg. vom Bezirksamt Kreuzberg von Berlin. 1971

Landespressedienst. 15.11.1982. Aus dem Abgeordnetenhaus. Berlin. Mündliche Anfrage Nr. 12

Ministerium für Kultur. Statut des Ministeriums für Kultur. Beschluß des Ministerrats vom 20. Oktober 1977. In: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Berlin 1977, S. 360 ff.

Statistik

- Die Arbeitsergebnisse der Allgemeinen Öffentlichen Bibliotheken der Hauptstadt Berlin. 1.1966
- Die statistisch erfaßten Arbeitsergebnisse der Allgemeinen Öffentlichen Bibliotheken der Hauptstadt der DDR. 2.1967
- Die statistisch erfaßten Arbeitsergebnisse der Staatlichen Allgemeinbibliotheken und Gewerkschaftsbibliotheken der Hauptstadt der DDR. Hrsg.: Berliner Stadtbibliothek. 3.1969 – 24.1989

Verzeichnis: Verzeichnis der auszusondernden Literatur. Hrsg. von der Abteilung für Volksbildung im Magistrat der Stadt Berlin. Berlin 1946

Sekundärliteratur

Anderhub, Andreas: Die Berliner Öffentlichen Bibliotheken. In: Berliner Bibliotheken 1988. Hrsg. vom DBV, Landesverband Berlin. Berlin 1988, S. 46-49.

Arnold, Werner: Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945 bis 1965. Sechste Jahrestagung des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Bibliotheksgeschichte. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie. 37.1990, S. 392-398.

Beer, Rüdiger Robert: Die Öffentlichen Bibliotheken im Rahmen staatlicher und kommunaler Kulturpolitik. In: Bücherei und Bildung. 22.1970, S. 123-131.

Behr, Wolfgang: Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik. Systemvergleich Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. 2. erw. u. aktualis. Aufl. Stuttgart 1985.

Berliner Stadtbibliothek: Die Berliner Stadtbibliothek. Geschichte, Funktion, Leistung. Red.: Hilde Weise u. Adolf Weser. Berlin 1974.

Bibliotheksarbeit: Bibliotheksarbeit in der DDR und der Bundesrepublik im Vergleich. Hrsg. von Rolf Busch. Berlin 1990.

Buchholtz, Arend: Die Volksbibliotheken und Lesehallen der Stadt Berlin. 1850-1900. Festschrift der Stadt Berlin zum 50jährigen Bestehen der Volksbibliotheken. Berlin 1900.

Coburg, Götz: Lesen in Berlin. Geschichte der Öffentlichen Bibliotheken von 1850 bis 1980. Berlin 1980.

DBI: 10 Jahre Deutsches Bibliotheksinstitut. Bilanz und Ausblick. Berlin 1989. (DBI-Materialien. 85.)

Doering, Renate: Erwin Marks und die Bibliotheken. Auf Parteilinie getrimmt. In: Buch und Bibliothek. 42.1990, S. 937-938.

Flemming, Thomas: Berliner Bibliotheken einst und jetzt. Berlin 1988.

Gesellschaftliche Rolle: Die gesellschaftliche Rolle der deutschen Öffentlichen Bibliothek im Wandel 1945-1975. Ein Lesebuch. Hrsg. von Tibor Süle. Berlin 1976. (AFB-Materialien. 15.)

Göhler, Helmut: Soziale Aspekte von Kultur- und Informationsprozessen in der DDR und die Aufgaben der Bibliotheken. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen. 101.1987, S. 145-151.

Göhler, Helmut: Literaturversorgung und Bestandsaufbau in den Öffentlichen Bibliotheken der DDR. In: Buch und Bibliothek. 42.1990, S. 622-626.

Goltz, Siegfried; Günnel, Peter: Leitung, Betriebsstruktur. Berlin 1984. (Die Staatliche Allgemeinbibliothek in Einzeldarstellungen. 3.)

Gregor, Helena: Bibliotheksgeschichte in den sozialistischen Ländern. In: Bibliotheksgeschichte als wissenschaftliche Disziplin. Hrsg. von Peter Vodosek. Hamburg 1980 (Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens. 7) S. 34-56.

Greguletz, Alexander: Fortschritte und Probleme der BRD-Bibliothekshistoriographie. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen. 100.1986, S. 349-353.

Greguletz, Alexander: Die Entwicklung der Bibliotheksgeschichtsschreibung der DDR. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen. 101.1987, S. 151-163.

Greguletz, Alexander: Die Informationsgesellschaft, die Bibliothek

- und der Kommerz. Positionen zur Situation der Öffentlichen Bibliotheken in der BRD. In: *Bibliothekar*. 41.1987, S. 342-349.
- Greguletz, Alexander: Literarische Säuberungen und ihre politischen Metamorphosen im Bibliothekswesen der DDR 1945 bis 1949. In: *Buch und Bibliothek*. 42.1990, S. 412-416 u. 534-538.
- Greguletz, Alexander: Griff in die Mottenkiste. Eine Entgegnung. In: *Buch und Bibliothek*. 43.1991, S. 229-231.
- Günnel, Peter: Zur Rationalisierung der Bibliotheksarbeit. Berlin 1972.
- Günnel, Peter: Zu einigen Problemen der Betriebsstruktur der Staatlichen Allgemeinbibliotheken. In: *Bibliotheksarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik*. Bibliotheksverband der DDR. Berlin 1982. S. 112-119.
- Günnel, Peter: Betriebsstruktur. In: Goltz, Siegfried: *Leitung, Betriebsstruktur*. Berlin 1984. (Die Staatliche Allgemeinbibliothek in Einzeldarstellungen. 3) S. 73-98.
- Günnel, Peter: Statistik. In: Schurzig, Edith: *Planung, Statistik*. Berlin 1985 (Die Staatliche Allgemeinbibliothek in Einzeldarstellungen. 2) S. 53-113.
- Hantel, Peter: Aufbau und Aufgabenverteilung in der Berliner Verwaltung. In: *Juristische Schulung*. 28.1988, S. 512-519.
- Hauke, Walter: Die Entwicklung der Berliner Volksbüchereien von 1945 bis 1950. In: *Festschrift der Stadt Berlin zum hundertjährigen Bestehen der Volksbüchereien*. Hrsg. vom Magistrat von Groß-Berlin, Abt. Volksbildung. Berlin 1950. S. 27-48.
- Holzhausen, Hans Dieter: 125 Jahre Berliner Öffentliche Büchereien (1850-1975). In: *Öffentliche Büchereien in Berlin*. Arbeitsbericht 1975. S. 5-8.
- Kern, Wilfried: Das Bibliothekswesen der Deutschen Demokratischen Republik. Bibliotheksverband der DDR. Berlin 1981.
- Kinderbibliothek: Eine Kinderbibliothek und ihr Beirat. In: *Bibliothekar*. 27.1973, S. 236-238.
- Kleye, Werner A.: *Mein Traumberuf war es nicht*. Berlin 1990.
- Klingner, Helga: *Zentralinstitut für Bibliothekswesen 1950-1980*. Aufgaben, Arbeitsweise, Struktur und Leistungen. 2., erw. Aufl. Berlin 1980.
- Klingner, Helga: Der Beitrag der bibliothekarischen Fachinformation zur Bibliothekschronik und Bibliotheksgeschichtsschreibung im Bereich der Staatlichen Allgemeinbibliotheken. In: *Methodische und bibliographische Hinweise zur Bibliotheksgeschichtsschreibung in Staatlichen Allgemeinbibliotheken*. Berlin 1989. S. 15-24.
- Klingner, Helga: Überblick über das Bibliothekswesen der DDR Bibliotheksdienst. 24.1990, S. 1056-1062 u. 1399.
- Kreusel, Gerd: Bibliotheken in der „DDR“. In: *Buch und Bibliothek*. 43.1991. S. 131.
- Krupskaja, Nadeshda Konstantinowa; Lenin, Vladimir Ilijic: Was Lenin über die Bibliotheken schrieb und sagte. Berlin 1956.
- Kuhlmann, Hans Joachim: Gutachten für einen Bibliotheksentwicklungsplan der Öffentlichen Bibliotheken Berlins. O.O. 1988.
- Kunz, Fritz: Bibliothekswesen in der DDR 1979-1989. In: *Bibliothekar*. 43.1989, S. 308-313 u. 361-367.
- Kunze, Horst: *Grundzüge der Bibliothekslehre*. 4., neubarb. Aufl. Leipzig 1976.
- Marks, Erika: Im Vorfeld der Bibliotheksverordnung von 1968. In: *Bibliothekar*. 42.1988. S. 193-202.
- Marks, Erwin: Aus der Vorgeschichte der Stadtbezirksbibliothek Berlin-Mitte. In: *Bibliothekar*. 41.1987, S. 6-13.
- Marks, Erwin: Berliner Bibliothekare 1945-1986. In: *Bibliothekar*. 41.1987, S. 354-358 u. 396-398.
- Marks, Erwin: Berlins erste öffentliche Lesehalle. In: *Bibliothekar*. 41.1987, S. 57-60.
- Marks, Erwin: Die Entwicklung des Bibliothekswesens der DDR. 2. Aufl. Leipzig (Zentralblatt für Bibliothekswesen. Beih. 94) 1987.
- Marks, Erwin: Zur Geschichte und Wirksamkeit des Amtes für Büchereiwesen Berlin (1945-1956). Berlin (Beiträge zu Theorie und Praxis der Bibliotheksarbeit. 46) 1988.
- Marks, Erwin: Wie weiter mit dem Bibliothekswesen in der DDR. In: *Buch und Bibliothek*. 42.1990, S. 618-621.
- Marks, Erwin: Schwierigkeiten im Umgang mit der Bibliotheksgeschichte. In: *Buch und Bibliothek*. 43.1991, S. 129-131.
- Mauch, Bertold: Die Öffentliche Bibliothek im Strom bildungs- und kulturpolitischer Konzeptionen. Ein Rückblick auf wechselnde Orientierungen in der Bundesrepublik. In: *Buch und Bibliothek*. 37.1985, S. 860-863 u. 866-871.
- Meyer, Günther: Stadtgeschichte – Bibliotheksgeschichte. Gedanken zur 750-Jahr-Feier Berlins. In: *Zentralblatt für Bibliothekswesen*. 101.1987, S. 11-14.
- Morzé, Adolf von: Die Gedenkbibliothek im Offenen System der Berliner Büchereien. In: *Berliner Öffentliche Büchereien*. Arbeitsbericht 1964. 1965. S. 43-53.
- Mühle, Sabine: Aufgaben und Praxis der öffentlichen Bibliotheken im Dienste der Kommunen: Stadtbezirksbibliotheken. In: *Bibliotheksarbeit in der DDR und der Bundesrepublik im Vergleich*. (Beiträge zur bibliothekarischen Weiterbildung. 5) Berlin 1990. S. 52-57.
- Pilzer, Harald: Das öffentliche Bibliothekswesen Berlins in der Weimarer Republik. In: *Bibliothek* 12.1988, S. 3-34.
- Pilzer, Harald: „Die Berliner Situation ist nicht mit Mitteln von gestern zu bewältigen.“ Die öffentlichen Bibliotheken in Berlin (West) zwischen 1945 und 1965. In: *Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945-1965*. Wiesbaden 1993. (Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens. 19) (Vorträge der ... Jahrestagung des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Bibliotheksgeschichte. 6) S. 127-161.
- Rechts-ABC: *Rechts-ABC für Bibliothekare*. Ausgabe 1983. Leipzig.
- Ribbe, Wolfgang; Schmaedeke, Juergen: *Kleine Berlin-Geschichte*. 2. durchges. Aufl. Berlin 1989.
- Riedl, Hans; Rückl, Gotthard: Die Staatlichen Allgemeinbibliotheken. Produkt und aktives Instrument des sozialistischen Aufbaus in der DDR. In: *Bibliothekar*. 33.1979, S. 282-301.
- Roschke, Heike: Neue Kinderbibliothek in der Leipziger Straße. In: *Bibliothekar*. 33.1979, S. 430.
- Rückl, Gotthard: Zu Funktion und Wirkungsweise der Staatlichen Allgemeinbibliotheken. In: *Bibliotheksarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik*. Bibliotheksverband der DDR. Berlin 1982. S. 132-140.
- Runkel, Christa: Die Planung muß den Anforderungen der kommenden Jahre gerecht werden In: *Bibliothekar*. 20.1966, S. 741-744.
- Runkel, Christa: *Leserkonferenz mit Kindern*. In: *Bibliothekar*. 27.1973. S. 235-236.
- Sasse, Anne-Lise: Zehn Jahre Büchereibau. In: *Berlins Öffentliche Bibliotheken*. Arbeitsbericht 1964. 1965, S. 15-42.
- Sauer, Christine-Dorothea: Kein „Mauerblümchen“ mehr. In: *Buch und Bibliothek*. 42.1990. S. 150-151.
- Sauer, Christine-Dorothea: Aufgaben und Praxis der Öffentlichen Bibliotheken im Dienste der Kommunen: Stadtbüchereien. In: *Bibliotheksarbeit in der DDR und der Bundesrepublik im Vergleich*. (Beiträge zur bibliothekarischen Weiterbildung. 5) Berlin 1990. S. 43-51.
- Schröter, Erich: Die Bertolt-Brecht-Bibliothek in der Berliner Karl-Marx-Allee. In: *Bibliothekar* 18.1964, S. 697-704.
- Schuhboeck, Hans P.: Die gesellschaftliche Funktion von Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland. Zur neueren Diskussion nach 1945. In: *Bibliothek* 7.1983, S. 203-222.
- Schumann, Ilse: Zur Tätigkeit der SMAD beim Aufbau der Bibliotheken nach 1945. In: *Bibliothekar* 39.1985, S. 155-160.
- Schurzig, Edith: Zur Planung der hauptberuflich geleiteten Staatlichen Allgemeinbibliothek. Berlin (Beiträge zu Theorie und Praxis der Bibliotheksarbeit. 33) 1979.
- Schurzig, Edith: *Planung, Statistik*. Berlin (Die Staatliche Allgemeinbibliothek in Einzeldarstellungen. 2) 1985.
- Siebert, Erich: *Kurze Geschichte der Bibliotheken in Deutschland*. 2., veränd. Aufl. Leipzig 1982.
- Steinberg, Heinz: Büchereigesetz. In: *Berlins Öffentliche Büchereien*. Arbeitsbericht 1955/56. 1956, S. 9-24.
- Steinberg, Heinz: Entwicklungsstand und Arbeitsprogramm des öffentlichen Büchereiwesens in Berlin. In: *Die öffentlichen Büchereien in Berlin*. Arbeitsbericht 1956/57. 1957, [S. 1-13] (Sonderdruck aus: *Erwachsenenbildung in Berlin*. Berlin 1957).
- Steinberg, Heinz: Fünf Jahre Büchereigesetz. In: *Berlins Öffentliche Büchereien*. Arbeitsbericht 1959/60. 1960. S. 3-8.
- Sühnhold, Margrit: Durch Gemeinschaftsarbeit zu höheren Leistungen. In: *Bibliothekar* 37.1983. S. 443-447.

- Sühnhold, Margrit: Vom Nutzen sozialistischer Kooperation. In: Bibliothekar. 39.1985, S. 212-214.
- Sühnhold, Margrit: Die Entwicklung der Stadtbezirksbibliothek Berlin-Mitte. In: Bibliothekar. 41.1987, S. 446-450.
- Sühnhold, Margrit: Aus der Arbeit des Bibliotheksbeirates der Stadtbezirksbibliothek Berlin-Mitte. In: Bibliothekar. 43.1989, S. 19-23.
- Sühnhold, Margrit: Berlin – Zusammenarbeit zwischen Ost und West. In: Buch und Bibliothek. 42.1990. S. 597-599.
- Thauer, Wolfgang; Vodosek, Peter: Geschichte der Öffentlichen Bücherei in Deutschland. 2. Aufl. Wiesbaden 1978.
- Thilo, Martin: Zum weiteren Aufbau des Öffentlichen Büchereiwesens in Berlin. In: Die öffentlichen Büchereien in Berlin. Arbeitsbericht 1956/57. 1957, [S. 14-19] (Sonderdruck aus: Erwachsenenbildung in Berlin. Berlin 1957).
- Thilo, Martin: Das Büchereiwesen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: Handbuch des Büchereiwesens. Hrsg. von Johannes Langfeldt. 2. Halbbd. Wiesbaden 1965. S. 715-746.
- Vodosek, Peter: Bibliotheksarbeit in der DDR. Die Staatlichen Allgemeinbibliotheken. In: Buch und Bibliothek. 30.1978, S. 15-24.
- Vodosek, Peter: Hat die Vergangenheit eine Zukunft? In: Bibliothekswissenschaft, Musikbibliothek, Soziale Bibliotheksarbeit. Wiesbaden 1982. S. 87-98.
- Vodosek, Peter: Die Erforschung der Geschichte Öffentlicher Bibliotheken. In: Die Erforschung der Buch- und Bibliotheksgeschichte in Deutschland. Wiesbaden 1987. S. 441-460.
- Vodosek, Peter: Die Zukunft der Vergangenheit. Bibliothekar und historisches Bewußtsein. In: Buch und Bibliothek. 40.1988, S. 752-756.
- Vorstius, Joris; Joost, Siegfried: Grundzüge der Bibliotheksgeschichte. 8. Aufl. Wiesbaden 1980.
- Weber, Hermann: DDR. Grundriß der Geschichte. Vollst. überarb. u. erg. Neuaufl. Hannover 1991.
- Wendland, Erich: Zum Entwicklungsstand der Berliner Öffentlichen Büchereien. In: Berlins Öffentliche Büchereien. Arbeitsbericht 1964. 1965, S. 7-14.
- Werner, Heinz: Berlin – Stadt der Bibliotheken. Zur gesellschaftlichen Wirksamkeit der StAB in der Hauptstadt. In: Bibliothekar. 41.1987, S. 1-6.
- Werner, Heinz: Struktur und Bibliotheksrecht in der DDR. In: Bibliotheksarbeit in der DDR und der Bundesrepublik im Vergleich. Berlin 1990. S. 30-34.
- Wiesbaum, Elisabeth: Zur Geschichte der öffentlichen Bibliotheken des Stadtbezirks Berlin-Weißensee. In: Beiträge zur Berliner Bibliotheksgeschichte 7.1989, S. 2-56.
- Winckler, Lutz: Kulturelle Erneuerung und gesellschaftlicher Auftrag. Zur Bestandpolitik der Öffentlichen Bibliotheken und Betriebsbüchereien in der SBZ und DDR von 1945 bis 1951. Tübingen 1987.

Anschrift der Autorin:

Petra Hätscher
Stadtbibliothek Kreuzberg
Adalbertstr. 2
D-10999 Berlin